

KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG

Nr. 6/73

MLS-WIEN

CHILE · HAGMÜLLER · KOLLEKTIVVERTRAG · STREIKS IN DER BRD · MASSAKER IN MOZAMBIQUE · VIETNAM

Inhalt

JAHRESABONNEMENT DER KOMMUNISTISCHEN HOCHSCHULZEITUNG
(mindestens 8 Nummern) Preis: S 40,-- Bestellungen sind zu richten an:
MARXISTISCH-LENINISTISCHE STUDENTENORGANISATION,
1070 WIEN, WESTBAHNSTRASSE 7/8, Tel. 93-31-79 (Mo.-Fr. v. 14-18 h)

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Vervielfältiger u. Verleger:
Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation; für den Inhalt
verantwortlich: Margarita Schneider, alle 1070 Wien, Westbahnstraße 7/8

EDITORIAL

Das vergangene Semester brachte nicht nur eine verstärkte Durchsetzung der HS-Reform mit sich, es ließ auch viele Studenten den Charakter und die Funktion dieser Reform klar erkennen. Schon seit Jahren wurden einzelne Studienrichtungen umgestalten, aber erst in letzter Zeit nahm die Stückwerkreform Gestalt an. Verkürzung und Straffung der Studienzeiten und Inhalte schlugen sich in Diplomordnungen nieder, der indirekte oder verschleierte Numerus clausus zeigte sich in der Vorverlegung von Zwischenprüfungen, in Proseminaren und Seminaren, die zu mehr als der Hälfte aus Prüfungen bestehen. Nicht in allen Studienrichtungen traten die Verschärfungen mit der gleichen Vehemenz auf, aber uberall sollten sie eine zweifache Funktion erfüllen: einmal dem Staat der Kapitalisten Kosten zu sparen durch die allgemeine Verkürzung der Studienzeit und durch frühzeitige "Hinaussäuberung" der nicht zu einem raschen Studienabschluß kommenden Studenten. Zum anderen durch den verschärften Prüfungs- und Leistungsdruck die Ausbildung effektiver zu gestalten, was immer auch die verstärkte ideologische Indoktrinierung der Studenten beinhaltet: indem die kritische Auseinandersetzung mit den Lehrinhalten, wie Reflexion über die gesellschaftliche Funktion ihres späteren Berufs damit verunmöglicht wird.

In dieser oder jener Form bekamen fast alle Studenten die Auswirkungen der HS-Reform zu spüren, an einigen Instituten kam es zu spontanen Bewegungen. Aber nirgendwo nahmen diese vereinzelten Regungen des Protestes organisierte Formen an, die Zersplitterung, Isoliertheit der Kämpfe konnte noch nicht überwunden werden. Das liegt nicht zuletzt daran, daß in die HS-Reform bestimmte politische Maßnahmen eingebaut sind, die die Reform- und Mitbestimmungsillusionen vieler Studenten verstärken und ausbauen sollen.

Während der bürgerliche Staat die organisatorische und ideologische Formierung vorantreibt, muß er gleichzeitig die spontane Unzufriedenheit der Studenten mit den veränderten Ausbildungsbedingungen abzufangen suchen. Durch Mitbestimmungs- und Demokratisierungsversprechen, durch Einführung von paritätisch besetzten Gremien soll den Studenten der wahre Charakter und die Funktion von Inhalt und Organisation ihres Studiums verschleiert werden, soll ihr Unmut abgefangen und auf die kosmetische Operation der Durchsetzungsformen der Reform gelenkt werden.
Die Mitbestimmungsgremien haben nur einen geringen Kompetenzbereich, der die Mitarbeit der Studenten hauptsächlich auf die Übernahme von bürokratischem Kram beschränkt - aber selbst bei ausgedehnteren Entscheidungsbefugnissen würde sich an ihrer grundsätzlichen Funktion nichts ändern:
das volkfeindliche, unterdrükkende Wesen der Wissenschaft und ihrer Anwendung im Kapitalismus zu verschleiern, größere Teile der Studenten an den bürgerlichen Staat zu binden. Kein Mitbestimmungsrecht der Studenten hebt die reaktionäre Gestalt der HS-Reform auf, die den monopolkapitalistischen Verhältnissen entspricht, in denen Wissenschaft und Forschung notwendig immer direkter unter Einfluß und Kontrolle des Monopolkapitals geraten.

Die MLS als kommunistische HS-Organisation sieht ihre entscheidende Aufgabe darin, in die spontane Bewegung der Studenten einzugreifen, entschieden für die berechtigten Forderungen einzutreten und sie in ihrer Wendung gegen den bürgerlichen Staat zu unterstützen. In diesen Kämpfen wird sie Teilen der Studenten die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen klarmachen, den Klasseninhalt und die Funktion des bürgerlichen Staats aufweisen und sie so für den

Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie und die soziale Revolution unter Führung des Proletariats zu gewinnen suchen. Indem die zersplitterten Kämpfe gegen den bürgerlichen Staatsapparat gelenkt und die Massen im Geiste des konsequenten Demokratismus erzogen werden, wird das Bündnis mit der Arbeiterklasse schrittweise erkämpft.

Spontane Bewegungen entwickeln sich heute v.a. an den Instituten. Dort tritt der Unmut gegen die Verschärfung des Prüfungsdrucks zuerst auf, dort erleben die Studenten die verschiedensten Formen von Zulassungsbeschränkungen, dort werden sie in den Lehrveranstaltungen mit dem reaktionären Inhalt der bürgerlichen Wissenschaft konfrontiert. Deshalb hat die MLS im vergangenen Jahr den Aufbau von Institutsgruppen propagiert und am Aufbau solcher Gruppen an einigen Instituten teilgenommen. Eizelne Institutsgruppen, in denen sich die fortschrittlichen Studenten an den Instituten zusammengeschlossen haben, haben im Kampf gegen die Auswirkungen der HS-Reform, gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen bereits die ersten Schritte gesetzt. Sie haben dabei einige Fortschritte erzielt, aus Fehlern gelernt. Sie haben v.a. die Erfahrung gemacht, daß sie den Kampf gegen die Auswirkungen der HS-Reform und um demokratische Rechte (1*) verbinden müssen mit dem Kampf gegen die Ausbildungsinhalte, mit der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft. Denn nur die konsequente Kritik der bürgerlichen Wissenschaft kann ihren Klassencharakter aufdecken, kann den Klassencharakter der einzelnen Maßnahmen des bürgerlichen Staates erkennbar machen, kann im Kampf der studierenden Jugend gegen die HS-Reform die richtige Perspektive weisen, indem sie alle Reformillusionen zerstört. Durch die Verbindung des demokratischen Kampfes mit der KdbW kann dieser für eine Ausbildung im Dienst des Volkes ausgerichtet werden, die durch die soziale Revolution des Proletariats erkämpft wird. (2*)

Die KdbW muß organisiert dort aufgenommen werden, wo die Studenten mit der bW konfrontiert werden - in den Lehrveranstaltungen.
In der Teilnahme am Aufbau von IGn und ihrer Propagierung als derzeit wichtigste Kampfinstrumente im Kampf gegen die kapitalistische Formierung der Ausbildung, gegen die Verschärfung der Studienbedingungen, gegen die bürgerliche Wissenschaft sieht die MLS weiterhin die entscheidende Aufgabe bei der Entfaltung und Vertiefung der demokratischen Kämpfe an der HS. Die Kommunisten führen die demokratischen Kämpfe aber nie zum Selbstzweck, sondern stets darum, um diese Kämpfe auf die Kämpfe der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes zu orientieren, um das Volk im Kampf für die richtigen Teilziele unter der Führung des Proletariats zusammenzuschließen, um durch die Führung des demokratischen Kampfes die Voraussetzung für die Gewinnung der Massen für den Sozialismus zu schaffen.

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, umfassend die Ausgangspunkte unserer Politik an der Hochschule darzulegen.
Wir werden deshalb in nächster Zeit eine politische Erklärung der MLS veröffentlichen, in der zu allen entscheidenden politischen Aufgaben, die sich heute an der Hochschule stellen, ausführlich Stellung genommen, der Kampf der Studenten, seine Unterordnung unter die Kämpfe der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie und für den Sozialismus, aufgezeigt wird.

1* Wie das Recht auf freie Diskussion in den Lehrveranstaltungen, freie Wahl des Studiengangs, Einsicht in Berufungsverfahren und überhaupt das Recht auf freie politische Betätigung an der Hochschule

---

2* Nur die Enteignung der Kapita-

listen und die Übernahme und Neuorganisation der gesellschaftlichen Produktion durch die Arbeiterklasse ermöglicht grundlegende Veränderungen auch im Ausbildungsprozeß.

ANHANG

Wir haben zu Ende des vergangenen Semesters, im Juni 73, mit der Herausgabe einer Zeitschrift "Dem Volke dienen" begonnen, die der Propagierung und Verteidigung der Theorie des Marxismus-Leninismus, dem ideologischen Kampf gegen alle "reformistischen oder revolutionaristischen Irrlehren", die die demokratische und antiimperialistische Bewegung schwächen, dienen sollte.

Die Zusammenfassung und Überprüfung der politischen Erfahrungen, die wir im litzten Semester gemacht haben, zeigten aber, daß die Herausgabe einer solchen Zeitschrift ein ungeeigneter und falscher Schritt war, um den ideologischen Kampf gegen den bürgerlichen Einfluß auf die Studenten auf eine höhere Stufe zu heben.

Für diese Aufgabe brauchen wir kein besonderes Organ, keine eigene Zeitschrift neben der KHZ, dem publizistischen Haupthebel in unserer Massenarbeit. Vor allem brauchen wir keine rein theoretischen Erörterungen, losgelöst von den tatsächlichen Bewegungen und unabhängig von den Fragen, die nicht nur für einige wenige Intelektuelle, sondern für die breite Mehrheit der Studenten von Interesse sind. Unsere Agitation und Propaganda muß auf die entscheidenden Aufgaben, auf die Entwicklung und Vertiefung von Massenkämpfen ausgerichtet sein. Wir müssen alle wichtigen politischen Fragen in unserer Propaganda aufgreifen und behandeln, und zwar so, daß sie zu größerer Klarheit und Kampfbereitschaft führen, und diese Klarheit und Bewußtheit v.a dort hineintragen, wo die Massen heute schon Kämpfe führen. Die rein theoretische Propagierung des Marxismus-Leninismus wird dieser Aufgabe nicht gerecht.

Die fortschrittlichen Studenten und Intelektuellen werden nicht an den Kommunismus herangeführt, indem wir abstrakt die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus propagieren. Dies trägt im Gegenteil sogar die Gefahr in sich, die kontemplative, "theoretisierende" Haltung vieler Intellektueller zu verfestigen.
Der Marxismus ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. Deshalb stellen wir auch nicht einfach falschen Theorien die richtige, den ML gegenüber, sondern benutzen diese Theorie als ideologische Waffe, als unumstößliche Grundlage unserer Politik, als wissenschaftlichen Ausgangspunkt um richtig in die Kämpfe der studierenden Jugend eingreifen und ihnen die richtige politische Perspektive weisen zu können.

Weil die Zeitschrift "Dem Volke dienen" dafür kein taugliches Instrument ist, haben wir beschlossen, sie einzustellen. Der notwendigen umfassenderen Behandlung wichtiger politischer Probleme, die den normalen Rahmen der KHZ sprengen würden, wie z.B. die Herausgabe der politischen Erklärung der MLS, wird in fallweisen Sondernummern der KHZ Rechnung getragen werden.

ENTLASSUNG DES LEHRBEAUFTRAGTEN HAGMÜLLER DURCH KAMPF DER ARCHITEKTURSTUDENTEN VERHINDERT

(Bericht aus der Institutsgruppe Technik)

Seit drei Jahren gibt es an der TH die Lehrveranstaltung "Wohnbau in Entwicklungsländern". Als Lehrbeauftragter wurde der FAO-Beamte (Welternährungsorganisation) und ständige Konsulent der UNIDO (Organisation für wirtschaftliche Entwicklung mit Sitz in Wien) Dipl. Ing. Götz Hagmüller berufen. Die LV war anrechenbar für den Wahlplan Wohnbau. Aus eigener Initiative gestaltete Kollege Hagmüller seine Lehrveranstaltung ganz anders, als es an der Technik üblich ist. Er schlug seinen Hörern vor, die politischen und ökonomischen Verhältnisse in den "Entwicklungsländern" miteinzubeziehen und so eine möglichst umfassende Darstellung der Probleme des Wohnbaus in diesen Ländern zu erarbeiten. In einer Erklärung an den Vorstand des Instituts für Wohnbau Prof. Gieselmann bestimmte er die Zielsetzung seiner Lehrtätigkeit wie folgt:
"Es ist nicht Sinn dieser Lehrveranstaltung - und kann bei zwei Wochenstunden auch gar nicht deren Aufgabe sein - Tropenbaufachleute auszubilden, mit dem Hintergedanken etwa, in der Dritten Welt ein Ventil für die Überschußproduktion österreichischer Architekten zu öffnen. Vielmehr ist es Ziel dieser Lehrveranstaltung, Verständnis und ein kritisches Bewußtsein um die Probleme der armen Nationen gerade in jenem Fach zu vermitteln das die gesellschaftliche Verantwortung des Architekten am engsten berührt: im Wohnbau, in der Frage nämlich nach den Möglichkeiten menschlicher Behausung unter Bedingungen äußerster Not und Hoffnungslosigkeit."
Im Wissen, daß die Probleme der unterentwickelt gehaltenen Länder durch "Entwicklungshilfe" und durch Architektur (schöne, tropengeeignete Wohnungen neben Slums) nicht gelöst werden können, zeigte er die politischen und ökonomischen Verhältnisse auf, die in diesen Ländern eine Architektur, die den Bedürfnissen des Volkes entspricht, verhindern. Im Vertrauen auf die Überzeugungskraft der Tatsachen verzichtete er auf jeden Leistungsdruck zur Durchsetzung der von ihm vertretenen Inhalte. Er verzichtete daher auf Prüfungen und gab allen Teilnehmern der LV dieselbe Note.
So konnten sich die Architekturstudenten in dieser LV Rechenschaft vom Widerspruch zwischen bürgerlicher Architekturideologie und Wirklichkeit ablegen und zu ersten Ansätzen der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft kommen.
Diese Entwicklung machte die LV aber zu einem Dorn im Auge Prof. Gieselmanns, der anfangs Hagmüllers Berufung erwirkt hatte. Seine Vorstellung von dem, was Hagmüller lehren sollte, ging von dem ästhetischen Widerspruch zwischen modernen Betonhotels im westlichen Stil und der traditionellen einheimischen Bauweise der "unterentwickelten" Länder aus. Er schlug vor, eine Synthese von Touristendörfern und Eingeborenen

dörfern zu erarbeiten, um modernen Komfort mit malerischer Rückständigkeit zu einer Einheit zu verbinden. Das war seine Vorstellung von praxisorientiertem Architekturunterricht. Darauf antwortete Hagmüller in der oben erwähnten Erklärung:
"Dem Wunsch des Institutsvorstandes nach "möglichst praxisbezogenen", technologisch orientierten "Übungen" (mit den üblichen Plan- und Detailzeichnungen, Modellen, etc.) wurde im ersten Jahr der LV - trotz Bedenken des Lehrbeauftragten - versucht Rechnung zu tragen. Da jedoch keiner der Hörer Verständnis und Interesse für ein solches Übungsprogramm aufbringen konnte und wollte, wurde diese im weiteren Verlauf wesentlich zweckdienlicher und sinnvoller in der oben beschriebenen Weise mit den 'Vorlesungen' in das gemeinsame Lehrziel integriert."
(Die LV wurde in Form von Gruppenarbeit und Diskussionen abgehalten)

Allmählich setzten kleinliche bürokratische Repressionen gegen die LV ein. Die Vervielfältigung der von den Teilnehmern erarbeiteten Grundlagen, die sie auch anderen Studenten zugänglich machen sollte, wurde systematisch sabotiert. Hagmüller wurde vom Institusvorstand vorgeworfen, er habe die Studenten nicht in der Hand, z.B. sei eine im Seminarraum für einen nachfolgenden Empfang bereitgestellte Mineralwasserflasche ausgetrunken und der Raum in unordentlichem Zustand hinterlassen worden. Gleichzeitig betonte Herr Gieselmann immer wieder, er halte Hagmüllers LV für interessant und wertvoll. Trotz dieser kleinen Vorwarnungen kam in diesem Frühjahr der Beschluß der Fakultätsversammlung für Bauingenieurwesen und Architektur (Mitglieder sind nur die Professoren, tagt nicht öffentlich), Hagmüllers Lehrauftrag nicht zu verlängern, völlig überraschend. Kollege Hagmüller wurde in Kenntnis gesetzt, die Fakultätsversammlung habe einen gewissen Herrn Dipl. Ing. Dr.Ing. Lippsmeier mit der Abhaltung seiner LV ab WS 73/74 beauftragt. Die Begründung von seiten Prof. Gieselmanns war:
"Das von mir kreierte Wahlfach hat offenbar Kinderkrankheiten (linke? die Red.) zu überstehen. Bisher kopflastig und erst zur Problem-Analyse vorgedrungen, muß nun die Problemlösung erfolgen. Dem FAO-Beamten (Hagmüller, d.Red.), dessen Aufgabe die Stillung des Hungers in der dritten Welt ist, folgt der praktizierende Architekt, dessen Aufgabe die Konstruktion des D aches über dem Kopf ist, - eine, glaube ich, für das Wahlfach wie für die Ausbildung von Architekten logische Entwicklung." (zitiert aus Gieselmanns "Antwort an die lustbetonten anonymen Seminarteilnehmer")

Die Institutsgruppe Technik schrieb daraufhin an die Genossen von der Marxistisch-Leninistischen Hochschulgruppe Bau (MLH BAU) an der Technischen Universität Berlin, wo sich Lippsmeier bereits einmal um eine Lehrstelle beworben hatte, um Informationsmaterial über diesen. Lippsmeiers Berliner Bewerbunsunterlagen und die Kritik der Berliner Genossen ermöglichten ein erstes Urteil darüber, wie Lippsmeier an die Fragen des Wohnbaus in"Entwicklungsländern"herangeht.

Lippsmeier wird als praktizierender Architekt berufen. Also was sind seine Erfahrungen im Wohnbau in"Entwicklungsländern"? Hauptsächliche Projekte Lippsmeiers sind Ausstellungspavillons, Verwaltungsgebäude, Radiostationen und einige Spitäler. Hat er Dächer über den Köpfen jener konstruiert, deren Hunger der FAO-Beamte stillen sollte (nach der metaphorischen Ausdrucksweise Prof. Gieselmanns)? Herr Lippsmeier arbeitet eng mit dem westdeutschen Ministerium für Entwicklungshilfe zusammen. Aufgabe dieser"Entwicklungshilfe"ist es, der einheimischen Oberschicht der imperialistisch unterdrückten Länder in Form von Almosen einen kleinen Teil von dem, was zuvor dem ganzen Volk geraubt wurde zurückzugeben. So sehen auch die Projekte Lippmeiers aus:

-Ausstellungspavillons und Radiostationen, die einerseits der einheimischen Bourgeoisie ein westliches Lebensgefühl vermitteln sollen, die andererseits als Instrumente der idologischen Niederhaltung der unterdrückten Volksmassen und der Zerstörung ihrer Kultur dienen.

- Verwaltungsgebäude für die korrupte, ausufernde Bürokratie,

-Moderne teure Spitäler, die mangels allgemeiner Krankenversicherung in diesen Ländern nur für die Gesundheit der Reichen da sein können.

Zu den wirklichen Problemen der unterentwickelt gehaltenen Länder - also auch zu den Problemen des Wohnbaus in diesen Ländern - brachte Lippsmeier bei seiner Berliner Probevorlesung nur die üblichen humanitären Floskeln vor und ersparte sich dadurch jede politische und ökonomische Analyse. Die Berliner Berufungskommission lehnte ihn daher als "den reaktionärsten Kandidaten" ab.

DIE EINSCHÄTZUNG DES FALLS DURCH DIE INSTITUTSGRUPPE TECHNIK

Die Diskussion in der Institutsgruppe ergab, daß der Fall Hagmüller nicht als Einzelfall behandelt werden darf. Er gehört zu einer Reihe ähnlich gelagerter Fälle wie Larcher in Tirol, Massl in Salzburg, Stadler in Mürzzuschlag, wo kritische Lehrer von reaktionären Vorgesetzten mit Billigung der vorgesetzten Behörden unterdrückt und von ihren Arbeitsplätzen entfernt worden sind. In normalen Zeiten erfordert die Unterdrückung fortschrittlicher Menschen keine Haupt- und Staatsaktionen, sondern kann, da es sich um einzelne handelt, auch durch einzelne, untergeordnete Repräsentanten des bürgerlichen Staats erfolgen. Dadurch erscheinen die Repressionsmaßnahmen als Ausfluß der individuellen Gesinnung dieser Herrn.

Was und wem nützt die Entfernung des Kollegen Hagmüller von der TH? Sie dient zunächst einmal der Aufrechterhaltung der herrschenden Architekturideologie, durch die die Studenten zur Dienstbarkeit gegenüber denBedürfnissen der herrschenden Klasse erzogen werden. Hagmüllers LV war eine Störung dieser "Erziehung", weil sie die Architekturstudenten am Beispiel der "Entwicklungsländer" auf die politischen und ökonomischen Voraussetzungen der Architektur hinwies und damit in Widerspruch stand zu den herrschenden "funktionellen" Vorstellungen. Die Diskussionen in der LV blieben zwar manchmal auf halbem Wege stecken und gelangten im Allgemeinen nicht zu einer die Sache an der Wurzel greifenden, marxistischen Kritik der bürgerlichen Architektur, aber die Studenten kamen politisch und ideologisch in Bewegung.

Die Institutsgruppe kam zu dem Schluß, daß man sich für Hagmüllers LV nicht deshalb einsetzen muß, weil er ein guter "Linker" oder Marxist ist, sondern weil - ungeachtet der politischen Differenzen zu ihm - in seiner LV günstige Bedingungen für die Entfaltung der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft vorhanden sind.

Die Kommunisten und alle anderen Demokraten an den Hochschulen kämpfen für demokratische Rechte und Freiheiten für alle Studenten und Lehrer, um so eine umfassende Entfaltung der ideologischen und politischen Auseinandersetzung zu ermöglichen, weil sie die Gewißheit haben, daß in der offenen Auseinandersetzung die Sache der Arbeiterklasse und des Volkes siegen wird.

Darum unterstützen wir alle demokratischen Lehrer, die in ihren Lehrveranstaltungen die Kritik der bürgerlichen Wissenschaften zulassen, unterstützen oder selbst betreiben: das faßte die Institutsgruppe in der Losung: FÜR DIE BERUFUNG VON DEMOKRATISCHEN LEHRERN, DIE DIE KRITIK DER BÜRGERLICHEN WISSENSCHAFT UNTERSTÜTZEN ODER ZULASSEN! zusammen.

Im konkreten Fall ging es darum, den Architekturstudenten als unabdingbare Forderung vorzuschlagen, daß Kollege Hagmüller eine für den Wahlplan Wohnbau anrechenbare LV mit demselben Inhalt wie bisher bekommt, weil nur so gewährleistet werden kann, daß er nicht auf die leise Tour abgeschoben wird. Bekommt Hagmüller irgendein unwichtiges Freifach und Lippsmeier das anrechenbare Wahlfach, dann wird Hagmüller abgebaut und Lippsmeier aufgebaut. Die Berufung von Lippsmeier muß bekämpft werden, weil der scheindemokratische Versuch, beiden, Lippsmeier und Hagmüller, eine LV einzuräumen, unter obigen Bedingungen und bei der negativen Einstellung des Institutsvorstandes zu Hagmüller nur dessen Abservierung gedient hätte. Darum beschloß die Institutsgruppe zwei Forderungen: "FÜR DIE VERLÄNGERUNG DES LEHRAUFTRAGS VON KOLLEGEN HAGMÜLLER!" und "GEGEN DIE BERUFUNG DES REAKTIONÄRS LIPPSMEIER!"

Diese zunächst von der Institutsgruppe aufgestellten Forderungen entsprachen genau den Interessen der Teilnehmer von Hagmüllers Übung, die sich geschlossen mit Hagmüller solidarisiert hatten. Aber die Solidaritätsfront mußte breiter gestaltet werden, möglichst alle Architekturstudenten und auch die übrigen TH-Studenten einbeziehen, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen und gegen die Professoren durchzusetzen.

DER KAMPF BEGINNT UND SPITZT SICH IMMER MEHR ZU

Zunächst bildete sich durch öffentlichen Aufruf eine Aktivgruppe von Architekturstudenten. An ihr beteiligten sich neben dem Großteil der Hagmüllerhörer auch Kollegen aus der Fachschaft Architektur, aus der Studienkommission und aus der Institutsgruppe Technik, sowie andere demokratische Architekturstudenten. Es wurde beschlossen, den Kampf unter den von der Institutsgruppe vorgeschlagenen Losungen zu führen. Alle Studenten und Lehrer auf der TH, insbesondere die Architekten wurden durch Flugblätter, Aussendungen und Plakate eingehend informiert und zur Solidarität aufgerufen. Auf einer Hauptausschußsitzung der ÖH Technik brachte der Vertreter der Fachschaft Architektur eine Solidaritätserklärung mit beiden Forderungen (Verlängerung des Lehrauftrags von Kollegen Hagmüller, gegen die Berufung Lippsmeiers) zur Abstimmung. Sie wurde mit seiner und den Stimmen der Mehrheit der ÖSU-Vertreter, bei Stimmenthaltung der übrigen ÖSU-ler und gegen die Stimmen der zwei RFS-ler angenommen. Letztere sahen "in der Ablehnung Lippsmeiers in Berlin eine Empfehlung für Wien." Der Hauptausschuß drohte zwar mit einem "Streik aller Techniksstudenten", unterließ aber jede weitere Mobilisierung der Studenten und begnügte sich schließlich mit einem Bittbrief an Prof. Gieselmann.

Auf der Hörerversammlung der Architekturstudenten am 14.6.1973 wurde eine Resolution, welche die drei oben angeführten Losungen aufstellte und begründete, mit 127 Prostimmen, 2 Stimmenthaltungen und einer Gegenstimme angenommen. Prof. Gieselmann wurde aufgefordert, auf der nächsten Hörerversammlung persönlich Stellung zu beziehen.

Prof. Gieselmann und der Rektor der TH, Prof. Paschke, ignorierten weiterhin die Forderungen der Architekturstudenten. Sie verfolgten eine Hinhaltetaktik, in der Hoffnung, daß die Bewegung in den Sommerferien von selbst versanden würde. Deshalb mußte zu schärferen Kampfmaßnahmen gegriffen werden. Bei der nächsten Hörerversammlung waren unter den ca. 160 Anwesenden auch Rektor Paschke, Prof. Gieselmann und andere Architekturprofessoren. In seiner Stellungnahme verriet Prof. Gieselmann:
"Lippsmeier ist, wenn Sie so wollen, ein Fachidiot." Seine Behauptung, die Studenten hätten kein Interesse an Hagmüllers LV gehabt, erntete bei den Anwesen-

den einen Lacherfolg. Daraufhin spielte er den Beleidigten und entfernte sich eilenden Schrittes. So ignorierte er die berechtigten Forderungen der Studenten und wich der Diskussion aus. Die konsequente Reaktion der Architekturstudenten darauf war, das Institut zu besetzen, um eine weitere Aussprache mit Prof. Gieselmann herbeizuführen. Geschlossen zogen die anwesenden Studenten ins Institut für Wohnbau.
Kaum war das Institut besetzt, war Gieselmann auch schon bereit, weiter zu verhandeln. Er versprach den Studenten ein Treffen mit ihm und dem Rektor, " um über die Art der Wiedereinstellung Hagmüllers zu verhandeln" (so Gieselmann wörtlich).

Obwohl die Institutsgruppe in einem Flugblatt die Studenten dazu aufrief, zahlreich bei diesem Treffen zu erscheinen, kamen nur wenige Studenten. Die Hinhaltetaktik der Professoren war zum Teil aufgegangen. Es war der vorletzte Tag vor Semesterschluß. Deswegen kamen im Wesentlichen nur die Leute der Aktivgruppe. Prof. Gieselmann wollte nun von seinem "Versprechen" nichts mehr wissen und erklärte dezidiert, daß für Hagmüller an keinem Architekturinstitut Platz sei. Der Rektor versprach, Hagmüllers LV irgendwo unterzubringen, weil er - wie er sagte - Ruhe auf der Hochschule haben wollte. Er wollte also die Architekturstudenten mit einem auf die Dauer wertlosen Kompromiß, der nur die endgültige Entfernung Hagmüllers von der TH vorbereitet hätte, abspeisen.
Im Kampf gegen die Entlassung Hagmüllers hat sich gezeigt, daß die große Mehrheit der Architekturstudenten bereit ist, richtige demokratische Forderungen durch aktive Kampfmaßnahmen zu unterstützen. Andrerseits hat sich gezeigt, daß, wenn der unmittelbare Druck der Bewegung nachläßt, die reaktionären Professoren ihre Maßnahmen dennoch durchführen können.

Der relative Erfolg der Bewegung war einmal dadurch bedingt, daß sie von den tatsächlichen Erfahrungen der Übungsteilnehmer Hagmüllers ausging, denen in der Übung selbst die Kritik der bürgerlichen Architektur und die politische und ideologische Auseinandersetzung zum Bedürfnis geworden war. Zweitens dadurch, daß die Forderungen konsequent, auf einer inhaltlich ausgeführten und nicht auf einer formaldemokratischen Grundlage gestellt und so auch den anderen Architekturstudenten einsichtig wurden.
Die TH-Bürokratie konnte aber die Schwäche der Bewegung am Ende des Sommersemesters ausnützen und so den Studenten eine vorübergehende Niederlage zufügen. Solche Rückschläge sind bei den bestehenden Kräfteverhältnissen unvermeidlich; sie können aber die weitere Entwicklung des Kampfes nicht verhindern.
Lippsmeier soll nach dem Willen der Professoren die anrechenbare Wahlvorlesung bekommen. Die mit der Berufung Lippsmeiers verfolgte Absicht, die Architekturstudenten wiederum ideologisch und politisch zu vergattern, wird durch Entfaltung der Kritik der bürgerlichen Architektur gerade in seiner Vorlesung zum Scheitern gebracht. Zugleich gilt es, die Möglichkeiten für eine offene politische und idologisc he Auseinandersetzung in der LV Hagmüllers voll auszunutzen und so auch dem Versuch, ihn in aller Stille abzuschieben, wirksam entgegen zu treten.

Durch die Kritik der bürgerlichen Lehrinhalte in den Vorlesungen können wir die Forderung der Institutsgruppe "FÜR DIE BERUFUNG VON DEMOKRATISCHEN LEHRERN, DIE DIE KRITIK DER BÜRGERLICHEN WISSENSCHAFT UNTERSTÜTZEN ODER ZULASSSEN" zu einer Kampflosung der Architekturstudenten machen.



DIE KOLLEKTIVVERTRAGSAB- SCHLÜSSE - EIN ANGRIFF AUF DIE LEBENSBEDINGUNGEN DER ARBEITERKLASSE

Als am 15. September das Ergebnis der Kollektivvertragsverhandlungen für die Metall- und Bergarbeiter bekannt wurde, bestätigte sich für die 33o ooo Arbeiter dieser Branche endgültig, was sich schon seit Monaten abgezeichnet hatte: Die Gewerkschaftsführung hat mit einem Abschluß, der nicht einmal die seit dem letzten Kollektivvertrag im Juni 1972 stattgefundene Teuerung ausgleicht, der Lohnraubpolitik der Kapitalisten ihren Sanctus gegeben. Die Kapitalisten haben ihr Ziel voll erreicht. Nach dem miesen Kollektivvertrag des letzten Jahres sind über 15 Monate vergangen, die für die Masse der Arbeiter nichts oder fast nichts an Lohnerhöhungen, für die Kapitalisten aber Preis- und Gewinnsteigerungen wie schon lange nicht gebracht haben. Der Index der Verbraucherpreise - ohnehin nach unten manipuliert: z.B. wird die Gewichtung des Warenkorbs auf der Basis des Verbrauchs von vor ca. 1o Jahren berechet, deshalb spielen Ausgaben für Kraftfahrzeuge hier fast keine Rolle - kletterte auf über 8%. Die letzte Jahressteigerungsrate der Unternehmergewinne liegt alles in allem bei 16%, Profitraten von 25%, 3o% und noch mehr waren 1973 keine Seltenheit. Die Gewinnerwartungen für 1974 sind nicht weniger rosig.

DAS STABILITÄTSABKOMMEN

Um den Kapitalisten eine neue Waffe in die Hand zu geben, Lohnforderungen der Arbeiter besser entgegentreten zu können, schlossen die "Sozialpartner" - die Kapitalistenkammer - und der ÖGB - ende November den sogenannten Benya-Sallinger-Pakt, der zum Inhalt das vage Versprechen der Unternehmerkammer hat, "auf ihre Mitglieder dahingehend einzuwirken, von Preiserhöhungen - soweit es irgendwie möglich ist - Abstand zu nehmen", sowie die Verpflichtung des ÖGB, trotz der enormen Teuerung die Kollektivverträge nicht "frühzeitig" zu kündigen, sondern wie bei den Metall- und Bergarbeitern möglichst lange zu verschleppen, und wenn sich neue Verhandlungen nicht mehr verschleppen ließen, solche Abschlüsse "zu tätigen, die (für die Kapitalisten) möglichst geringe kostenmäßige Auswirkungen mit sich bringen"; und drittens schließlich auf die Arbeiter einzuwirken, daß sie von innerbetrieblichen Lohnerhöhungen Abstand nehmen. Das Abkommen hat sich für die Kapitalisten glänzend bewährt: "Eine Zwischenlohnrunde konnte verhindert werden." Inerbetribliche Lohnerhöhungen wurden weitestgehend verhindert, wo nicht der Arbeitskräftemangel oder die Gefahr der Abwanderung ins Ausland die Unternehmer selber zu gewissen Lohnerhöhungen zwang.

Das "preisdämpfende Einwirken" der Unternehmerkammer auf ihre Mitglieder schaute so aus, daß die Teuerung alle Rekorde schlug, während zugleich die Profite in die Höhe schnellten. Diese Entwicklung hat für große Teile der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen dazu geführt, daß das, was sie von ihrem Lohn nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge kaufen können, heute weniger ist.

als vor einem Jahr.Die Preistreiberei der Kapitalisten,die Lohnsteuerauspressung durch den Bürgerlichen Staat haben im letzten Jahr für große Teile des Volkes eine Reallohnsenkung bewirkt.Der erreichte Lebensstandard ist gefährdet.

DIE KOLLEKTIVVETRAGSBSCHLÜSSE = REALLOHNABBAU !

Dieselbe Gewerkschaftsführung, die die Arbeiter.wenn nötig auch mit Drohungen und Erpressungen dazu gebracht hatte,ein Jahr lang von innerbetrieblichen Lohnerhöhungen "Abstand zu nehmen" hatte natürlich nicht das geringste Interesse daran,die Kollektivvertragsverhandlungen dazu zu benützen,der Lohnraubpolitik der Kapitalisten entgegenzutreten und für die Arbeiter einen Abschluß durchzusetzen, der ausgereicht hätte,das Sinken des Reallohns abzuwehren.Sie hat auf allen Linien den Wünschen und Forderungen der Unternehmer nachgegeben.Sie hat bei den Metallarbeitern mit 12,5% brutto (!) abgeschlossen,während seit dem letzten KV allein die Teuerung 13% ausmachte.Dieser Abschluß reicht jetzt schon nicht. Wie soll er dann für die nächsten 15Monate reichen,in denen es,geht es nach dem Willen der Kapitalisten,wieder nichts geben soll.

Die Lohnraubabschlüsse bei den Kollektivverträgen sind ein klares Zeichen dafür,daß eine Wende der Entwicklung eingesetzt hat.Die Bourgeoisie ist zum Angriff auf die materiellen Existenzbedingungen übergegangen.Während in den letzten Jahren der steigende Grad der Ausbeutung noch mit Kompensationen verbunden war,wie geringfügig steigenden Reallöhnen,ist die Bourgeoisie seit dem vergangenen Jahr bemüht,die Reallöhne unter das erreichte Niveau zu drücken,ihre Profite auf Kosten des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten (vor allem der Privatangestellten) zu sanieren. Am deutlichsten wird das,wenn man nicht in Prozenten,sondern in Schilling und Groschen rechnet. Nach den Statistiken der Wiener Arbeiterkammer sind von Mai 1972 bis August 1973 die wöchentlichen Ausgaben einer dreiköpfigen Arbeiterfamilie in Wien um 175.- gestiegen.

Daß dabei die wöchentlichen Ausgaben für Fleisch und Wurst nur mit 11o.- und für Gemüse nur mit 23.- angegeben sind,zeigt auf der einen Seite,daß es um den"Wohlstand"der breiten Massen der Arbeiter so bestellt ist,daß Fleisch ein Luxusgegenstand ist und es immer mehr wird.Andererseits geht diese Statistik offenkundig zum Teil von Leuten aus,die zu einem guten Teil von Luft und Liebe leben.Aber nehmen wir diese Zahlen. Dann ergeben sich monatliche Mehrausgaben gegenüber der Zeit des letzten KV-Abschlusses von 700.- Das was ein Metallarbeiter nach dem jetzigen KV effektiv mehr auf die Hand kriegt,macht dagegen pro Woche 85.- bis 130.- aus.

Noch empörender ist die Tatsache, daß die ÖGB-Führung bei den Metallarbeitern dem Lohnraub offen und für jeden sichtbar zugestimmt hat,indem sie die Untergrenze der Lohnerhöhung mit 450.- angesetzt hat,wobei da noch Steuern und Sozialversicherungsbeitrag abgezogen werden.Keine noch so ausgeklügelte Rechnung,keine noch so geschickte Demagogie der Kapitalisten und ihrer "sozialpartner"in der Gewerkschaft , kein Geschwätz von Benya und Konsorten über eine"durchschnittliche 3%ige Reallohnsteigerung" als Ziel der Gewerkschaft kann darüber hinwegtäuschen.Es wird nicht besser,sondern schlechter. Die Steigerung der Ausbeutung, wie sie bisher betrieben wurde, ist den Kapitalisten nicht mehr genug.Nicht nur bei den Löhnen und bei den Preisen haben die Kapitalisten den Angriff auf die materiellen Existenzbedingungen der Arbeiter und der übrigen Werktätigen eröffnet:Die Arbeitshetze im Betrieb steigt,durch die niedrigen Löhne sind die Arbeiter zur Überstundenschinderei gezwungen,ein immer größerer Teil der Steuerlasten wird auf die arbeitende Bevölkerung übergewälzt.

VERSTÄRKTER IDEOLOGISCHER DRUCK AUF DIE ARBEITERKLASSE

Um die Verschlechterung der materiellen Existenzbedingungen möglichst ohne Widerstand durchzusetzen, verstärkt die Bourgeoisie zusammen mit den bürgerlichen Führern der Gewerkschaft, zusammen mit der sozialdemokratischen Regierung den politischen und ideologischen Druck auf die Arbeiterschaft: Mit allen Mitteln versuchen sie den Arbeitern die "Mitbestimmung" schmackhaft zu machen, um sie von ihren Klasseninteressen abzulenken und am "Wohl des Betriebs und der Wirtschaft" zu interessieren. Tag für Tag prasseln in Zeitungen und im Rundfunk Appelle an das "Stabilitätsbewußtsein", Aufrufe zum "Maßhalten" auf die Massen herunter. Aber so geschickt können die Bacher, Dalma und Portisch gar nicht sein, daß sie auf die Dauer dem Volk den Blick auf die handgreiflichlichsten realen Tatsachen vernebeln können. So geschickt können sie gar nicht sein, daß sie dem Arbeiter der sich jeden Monat für sein Geld weniger kaufen kann, einreden können, daß es immer besser wird. Deshalb wächst auch die Unzufriedenheit und die Empörung. Deshalb wächst auch die Kampfbereitschaft.

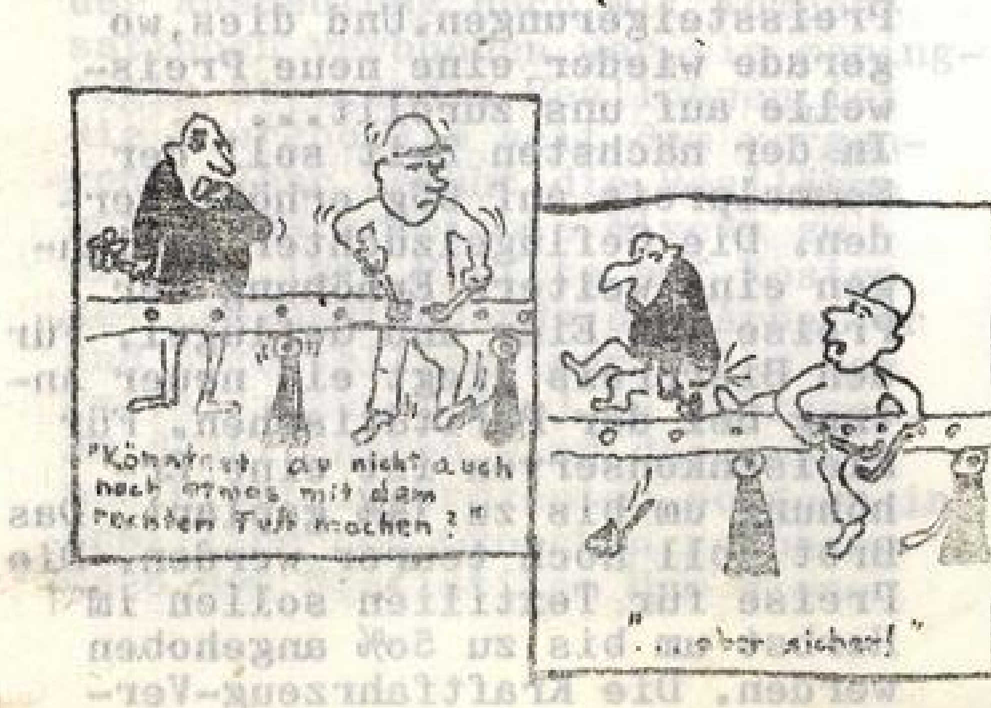
Der Sammelname für die im letzten Jahr von Regierung und "Sozialpartnern" eingeschlagene Politik bei den Löhnen, Preisen, Steuern, aber auch in der Kreditpolitik usw. heißt "Stabilitätspolitik". Sie appellieren an das Interesse des Volkes, die Inflation zu beseitigen, und versuchen, die Sorge über die ganze Entwicklung der letzten Zeit für ihre arbeiter- und volksfeindliche Politik auszunützen. Die Realität zeigt deutlich genug, daß sie keinen einzigen wirklichen Schritt zur Bekämpfung der Inflation getan haben und daß sie in erster Linie mit allen Mitteln zu verhindern trachten, daß die Arbeiter sich bei den Löhnen schadlos halten. Sie meinen etwas ganz anderes, wenn sie "Stabilitätspolitik" sagen. Sie meinen: Steigerung der Ausbeutung und Preistreiberei - ja, aber möglichst kontinuierlich und ohne Sprünge. Sie meinen: Die Kosten der Inflation sollen die Arbeiter tragen, während die Kapitalisten sich in riesigem Ausmaß bereichern. Sie meinen vor allem: Mit der "Stabilisierung" fangen wir bei den Löhnen an. Sie sind für mehr "Stabilität", für einen stabileren Entwicklungsgang der kapitalistischen Ausbeuterordnung, aber die Freiheit, die Preise auf dem freien Markt" in die Höhe zu treiben und die Freiheit der Profitexplosion geht ihnen über alles. In der Praxis ist die "Stabilitätspolitik" nur ein anderer Name für Preistreiberei, Steuerauspressung und Lohnraub.

Das einzige wirkliche Resultat der "ersten Phase" der "Stabilitätspolitik" von November 1972 bis mitte 1973 war die Verhindrung praktisch jeder Lohnsteigerung, die Abwälzung der Kosten der Inflation auf die Arbeiter und die übrigen Werktätigen. Das Resultat der "zweiten Phase" der "Stabilisierungspolitik" waren die Kollektivverträge, die den stattgefundenen und weiter drohenden Reallohnabbau sanktionierten und keinerlei Besserung der Lage der Arbeiter, Angestellten usw. brachten. Jetzt urgiert Sallinger von der Bundeswirtschaftskammer eine "dritte Phase", in der die "Sozialpartner" sich wieder an die gleichen Prinzipien halten sollten, die sich in der "ersten Phase" bereits "bewährt" haben: Erneutes Stillhalten bei den Löhnen heißt das, womöglich bis ende 1974, ohne ausreichende betriebliche oder überbetriebliche Abgeltungen der Preissteigerungen. Und dies, wo gerade wieder eine neue Preiswelle auf uns zurollt...
In der nächsten Zeit soll der Semmelpreis auf 95g erhöht werden. Die Geflügelzüchter verlangen eine weitere Erhöhung der Preise für Eier und Geflügel. Für den Bierpreis liegt ein neuer Antrag bei der Paritätischen. Für Fleischkonserven ist eine Erhöhung um bis zu 14% geplant. Das Brot soll noch teurer werden. Die Preise für Textilien sollen im Herbst um bis zu 50% angehoben werden. Die Kraftfahrzeug-Ver-

sicherungsprä en steigen um 25% - wenn man nicht auf einen Teil der Versicherungsleistung von vornherein verzichtet; und im Frühjahr steht eine generelle Erhöhung bevor.

DIE BOURGEOISIE SCHAFFT SICH EINEN PROFITPOLSTER

Ist die österreichische Bourgeoisie aggressiver geworden? Stimmt es vielleicht, daß die wirtschaftliche Lage, die Perspektiven so trist sind, wie uns die Kapitalisten weismachen wollen? Was steckt hinter dem Übergang zu dieser ernsten Verschlechterung der Lage der breiten Massen des Volkes, was steckt hinter dem Übergang zur "Stabilisierungspolitik"? Die Lage bei den Profiten ist für die Bourgeoisie zur Zeit ausgezeichnet. Die letzte Jahressteigerungsrate der Unternehmergewinne liegt alles in allem bei 16%, Profitraten von 25%, 3o% und noch mehr waren 1972 keine Seltenheit. Aber zugleich spitzt sich die Konkurrenz auf dem Weltmarkt international zu. Der E(W)G-Anschluß war der Schritt, mit dem die österreichischen Kapitalisten ihre Chancen auf dem europäischen Markt entscheidend verbessern wollen. Aber zugleich steigt natürlich der Druck auf den Inlandsmarkt. Für die österreichische Bourgeoisie handelt es sich heute darum, die Ausbeutung der Arbeiter und die Profitpolster zu verstärken, um in der internationalen Konkurrenz bestehen und ihre Positionen noch verbessern zu können. Der immer heftigere Konkurrenzkampf, der seinen Ausdruck unter anderem auch in den Währungskrisen findet, wird auf dem Rücken der Arbeiter jedes Landes ausgetragen. Es ist kein Zufall, daß E(W)G-Anschluß, Übergang zur "Stabilisierungspolitik" und die verstärkte Ausbeutung der Arbeiter zeitlich zusammenfallen. Von einer vorübergehenden "Durststrecke" kann gar keine Rede sein. Die Existenzbedingungen werden sich nicht verbessern, wenn die Arbeiter und die anderen Teile des Volkes sich nicht zur Wehr setzen. Das erkennen immer mehr Arbeiter und andere Werktätige.



DIE ARBEITERKLASSE NIMMT DEN KAMPF AUF

Deshalb ist das letzte Jahr nicht nur ein Jahr des Angriffs der Bourgeoisie auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Massen, sondern auch ein Jahr der steigenden Empörung und Kampfbereitschaft bei der Arbeiterschaft. Immer weniger vetrauen sie den Versprechen der Kapitalisten und ihrer sozialdemokratischen Führer. Auch schon vor dem letzten KV-Abschluß bei den Metallarbeitern hat kaum ein Kollege sich von der ÖGB-Führung einen ernsten Widerstand gegen die Lohnraubpolitik der Kapitalisten erwartet. Immer häufiger haben Teile der Arbeiterschaft ihre Angelegenheiten selbst in die Hand genommen und selbständig im Betrieb den Kampf aufgenommen, auch ohne Unterstützung, ja sogar gegen die Gewerkschaftsführung.

Die Politik der Kapitalisten und der Regierung zwingt die Arbeiter dazu, den Kampf im Betrieb aufzunehmen, wenn sie nicht die Reallohnsenkung hinnehmen wollen.

In Österreich ist die Streikbewegung viel geringer als in der BRD, aber auch hier hat sie eine aufsteigende Tendenz. Neben einer großen Zahl kleinerer Proteste und Streiks, die teils mit Erfolgen, teils mit Niederlagen endeten, stechen zwei Streiks in die Augen:

DER STREIK DER JUDENBURGER GUSZSTAHLWERK-ARBEITER.

Ende November 1972 standen 200 Arbeiter des Kaltwalzwerkes 10 Tage gegen die geschlossene Front der Firmenleitung und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen im Lohnstreik. Einige Tage vorher war der Benya-Sallinger-Pakt abgeschlossen worden. Die Gewerkschaftsführung mußte sich mit allen Mitteln, darunter die frontale Ablehnung des Streiks, Spaltungsmanöver, die Verweigerung der den Kollegen zustehenden Streikgelder usw, um die Niederwerfung des Streiks bemühen, um den Unternehmern ihre Treue zu dem arbeiterfeindlichen Abkommen und ihre "Glaubwürdigkeit" zu beweisen. Trotz eines Solidaritätsstreiks der 200 Heißwalzwerker mußte der Streik schließlich erfolglos abgebrochen werden.

DER STREIK BEI BÖHLER-YBBSTAL

Dieser Streik Ende Juni dieses Jahres war noch größer und bedeutsamer. Über zwei Wochen standen mehr als 1300 Arbeiter im Streik um eine Lohnforderung. Die Arbeiter sahen klar, daß der bevorstehende Kollektivvertragsabschluß an ihrer miesen Lage nichts ändern würde. Das Zusammentreffen der allgemeine Verschlechterung der Situation, v.a. der Preistreiberei, die ablehnende Haltung der Firma gegenüber jeder ausreichenden Lohnforderung, eine geplante Verschärfung des Akkords als "Pendant" zu der vom Betriebsrat ausgehandelten Lohnerhöhung um 1.-- bis 1.70 und schließlich die Empörung über dieses Ergebnis der Packelei zwischen Firmenleitung und Betriebsrat - das alles wirkte zusammen und ließ die angesammelte Empörung in Kampfmaßnahmen umschlagen. Von der Firmenleitung, der ÖGB-Führung und den sozialdemokratischen Betriebsräten wurde die große Bedeutung dieses Streiks sofort erkannt. Ein Erfolg hätte eine ganze Welle von Lohnforderungen in Gang gebracht. Die Gewerkschaftsführung hätte sich den geplanten 12.5%-Abschluß noch einmal überlegen müssen. Daß in den umliegenden kleineren Betrieben im Ybbstal sofort nach Beginn des Böhler-Streiks die Kapitalisten "freiwillig" Lohnerhöhungen bis zu 4.-- gewährten, spricht eine deutliche Sprache.

Der Streik mußte mit allen Mitteln abgewürgt werden. Die Streikgelder und überhaupt jede Hilfe durch die Gewerkschaft wurde verweigert; die Firma drohte mit Abmeldung von der Krankenkassa und Einstellung der Investitionen in einem so "unsicheren" Betrieb; die SP-Betriebsratsobmänner erklärten, der Streik sei eine von Kommunisten angezettelte politische Aktion, für die die Arbeiter mißbraucht würden. Alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, Drohung, Erpressung, Versprechungen. Die Arbeiter ließen sich nicht irreführen. Aber in der dritten Woche erschöpften sich ihre Kräfte. Die geschlossene Streikfront begann abzubröckeln. Da wurde der disziplinierte Abbruch des Streiks beschlossen. Das Streikkomitee, das an der Spitze des Streiks gestanden war, leitete Maßnahmen ein, die zur Abwahl der verräterischen BR-Fürsten und zur Wahl klassenbewußter kampfbereiter Kollegen führen sollten.

Der Streik hat ebenfalls mit einer Niederlage geendet, aber die Arbeiter sind mit größerer Klarheit und Entschlossenheit aus ihm herausgegangen, sie sind nicht resigniert. Die Forderungen bleiben auf der Tagesordnung, schrieb das Streikkomitee im letzten Flugblatt. "Der Streik war nicht umsonst. Der einheitlich geführte Kampf hat eine große weit über den Betrieb hinausgehende Bedeutung. Er hat gezeigt, daß die Arbeiter nicht mehr bereit sind, sich von oben gängeln zu lassen. Er wird nicht wirkungslos bleiben"

Viele österreichische Arbeiter haben den Streik der Ybbstaler mit Interesse und Sympathie verfolgt. Die bürgerlichen Massenmedien konnten ihn nicht mehr einfach totschweigen. Die Nieder-

LEBENSMITTELVERBRAUCH EINER 3KÖPFIGEN ARBEITERFAMILIE
(auf eine Woche gerechnet)

Verbrauchsmengen auf Basis Jahresdurchschnittsverbrauch 1971 berechnet. Daten aus einer Broschüre der Wiener Arbeiterkammer "Haushaltsbudget Wiener Familie" entnommen. Da die Teilnahme an dieser Untersuchung auf Basis der freiwilligen Meldung erfolgte, sind hier eher sehr sparsame Familienbudgets zugrunde genommen, was sich besonders bei den Lebensmitteln auswirkt (Mehlspeisküche mit Saisongemüse, faktisch keinerlei "Luxus"lebensmittel.)

Die Preise sind auf der Grundlage der Indexziffern der "Statistischen Nachrichten" berechnet.

AUSGABE	Mai 1972 Betrag pro Woche	Teuerung in %	Mai 1973 Betrag pro Woche	Mehrausgaben pro Woche in Schilling
Wohnung, Zins + Instandhaltung	111,40	+14,2%	127,22	+15,82
Hausrat-Wohnungseinrichtung	165,22	+5,0 %	173,46	+ 8,26
Beheizung Beleuchtung	57,17	+ 9,2 %	62,43	+ 5,23
Bekleidung, Wäsche Bettzeug	202,69	+ 6,8 %	216,47	+13,78
Reinigung von Wäsche, Bettzeug Hausrat	21,94	+ 7,0 %	23,48	+ 1,54
Tabakwaren	3o,97	+ o,o %	3o,97	o,oo
Gesundheit Körperpflege	53,58	+5,1 %	56,31	+2,73
Bildung, Urlaub, Sport, Unterricht, Kino, Erholung	164,9o	+6,8 %	176,11	+11,21
Verkehrsausgaben, incl. eigenes Fahrzeug	152,45	+4,1 %	158,7o	+ 6,25
Geschenke, Genuß-sonstige Ausgaben	171,2o	+ 8,1 % (3)	185,o7	+ 13,87
Ausgaben pro Woche	1131,72	+ 8,1 %	121o,44	+ 78,72
Zusätzliche Lebensmittel pro Woche	492,51	+ 9,9 %	545,75	+ 53,24
Gesamtausgaben pro Woche	1624,23		1756,19	131,96 (4)

(3) Teuerungsindex geschätzt nach dem Durchschnittsindex

(4) Auf den Zeitraum bis Ende August geschätzt – würden die Gesamtmehrausgaben ca. 175,– pro Woche betragen.



lage ist nicht das Ende der Bewegung, sondern vielmehr der Ausgangspunkt zum Sammeln neuer Kräfte, der Ausgangspunkt neuer Kämpfe. Der Streik war wirklich nicht umsonst. Und er war Zeichen für den beginnenden Aufschwung der Arbeiterbewegung in unserem Land.

DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTEN

Den Kommunisten kommt eine wichtige Rolle in diesen Kämpfen zu. Sie vertreten am entschiedensten und konsequentesten die Interessen der Arbeiter; sie zeigen den antagonistischen Gegensatz der Klassen hinter dem tagtäglichen Kleinkrieg gegen die Auswirkungen des bestehenden Systems. Sie zeigen auf, daß die entscheidenden Hindernisse auf die der Kampf stößt und die häufig zu Niederlagen führen, letztlich ihre gemeinsame politische Wurzel in der Fesselung der Arbeiter an die bürgerliche Ideologie, an die bürgerlichen Parteien haben, in der Herrschaft der Klassenversöhnler in Gewerkschaft und Betriebsräten. Die Kommunisten weisen ständig darauf hin - und der Verlauf der wirklichen Kämpfe liefert dazu genügend Anschauungsmaterial -, daß erst die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung und der Sieg des Sozialismus eine ernste und wirkliche Verbesserung der Lage des Volkes ermöglicht.

Je stärker die spontane Bewegung der Arbeiter sich entwickelt und je besser und vorwärtstreibender die Rolle ist, die die Kommunisten darin spielen, desto mehr wächst das Vertrauen der Massen zu den Kommunisten, desto näher kommen wir unserem Ziel, die Massen für den Kommunismus zu gewinnen. Die kommunistische Bewegung steht in Österreich erst am Anfang. Aber die Fortschritte, die der KB Wien, der KB Salzburg/Hallein und andere kommunistische Gruppen bei der Entwicklung einer proletarischen Klassenpolitik und bei der Verankerung in der Arbeiterklasse erzielen, sind klar zu sehen und erfüllen uns mit Zuversicht für die Sache der Arbeiterklasse in unserem Land.

★

Hört die revolutionären Sender!

DEUTSCHSPRACHIGES PROGRAMM VON RADIO PEKING

MEZ	Meterband		
19.00 h - 20.00 h	43,7	42,8	26,2
21.00 h - 22.00 h	43,7	42,8	26,2

DEUTSCHSPRACHIGES PROGRAMM VON RADIO TIRANA

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6.00 h - 6.30 h	41,5 Meter	215 Meter
13.00 h - 13.30 h	32,41 "	
14.00 h - 15.00 h	"	"
16.00 h - 16.30 h	"	"
18.00 h - 18.30 h	"	"
19.00 h - 19.30 h	"	"
21.30 h - 22.00 h	"	"
23.00 h - 23.30 h	"	215 Meter

DIE STREIKBEWEGUNG IN WESTDEUTSCHLAND

Anfang dieses Jahres schloß die DGB-Spitze unter dem Titel "Stabilitätsopfer" Tarifverträge zwischen 8,5 und 9,5 % für die Metallarbeiter, um 10 % für einige andere Branchen (Druck, Textil, Chemie) ab; sie sollen bis Ende Dezember 1973 laufen. Bei einer Teuerungsrate von über 8 % (Lebensmittel weit über 10 %), allgemeiner Inflation, Steuerprogression, und einer ungeheuren Verschärfung der Arbeitshetze, bedeutete dieser Abschluß nichts anderes, als einen Reallohnabbau. Die Arbeiter und Angestellten ließen sich aber von den "Stabilitäts"phrasen und dem nachträglichen Gejammer der Gewerkschaftsspitze über die mangelnde Preisdisziplin der Kapitalisten nicht für dumm verkaufen, weil sie am eigenen Lohnsäckel und den dauernd steigenden Lebenshaltungskosten sehr wohl erkannten, zu wessen Gunsten und auf wessen Kosten Opfer gebracht werden sollten - zu gunsten der Kapitalisten und zu Lasten der Arbeiter und Angestellten. Da diese Tarifvertragsabschlüsse die berechtigten Forderungen der werktätigen Bevölkerung nicht erfüllten, begannen die Kollegen den innerbetrieblichen Kampf für höhere Löhne.
Die ersten waren die Hoescharbeiter, die fast unmittelbar nach dem Abschluß im Stahlbereich in den Streik traten. Dann folgte der wochenlange Streik bei Mannesmann-Huckingen. In der Metall-Industrie, wo sich die Kapitalisten im Gegensatz zur Stahl-Industrie hartnäckig weigerten, auch nur bescheidene allgemeine Zuschläge zu zahlen, begann die Streikbewegung im Mai und Juni und konzentrierte sich zunächst auf Süddeutschland mit dem Zentrum im Raum Mannheim/Heidelberg. Innerhalb eines kurzen Zeitraums traten hier über 20 Betriebe in den Streik. Durch längere Dauer und besondere Hartnäckigkeit zeichneten sich die Streiks bei John Deere in Mannheim und Harvester in Heidelberg aus. Ein durchschlagender Erfolg konnte in keinem dieser Streiks errungen werden, aber sie alle zwangen die jeweiligen Kapitalisten zu wirtschaftlichen Zugeständnissen und bedeuteten einen Bruch mit dem verordneten Tariffrieden.
Im Juni griffen einzelne Belegschaften in Bremen zum Streik. Zuerst die Arbeiter vom Vulkan, die mehrere Tage streikten und auch zum Kampfmittel der Straßendemonstration griffen. Mit dem Streik bei Klöckner zeichnete sich zum ersten Mal ein Umschlagen der einzelnen Streiks in eine allgemeine Streikbewegung ab. Wie bei Hoesch im Januar streikte hier aufs Neue eine Belegschaft, auf die spätestens seit den Septemberstreiks von 69 die westdeutschen Arbeiter blicken und deren Siege und Niederlagen eine allgemeine Bedeutung haben. Auch die Kapitalistenklasse begriff sofort die Bedeutung des Klöckner-Streiks. Ihre Zeitungen, allen voran die Bild-Zeitung, verschärften die Hetze und die Spaltungsmanöver. Aufgrund fehlender Vorbereitung und Organisation konnte der Streik zerschlagen werden - mit Hilfe von Lügen der Geschäftsleitung und Gewaltanwendung von Werkschutz und Polizei.

Aber die Bourgeoisie hatte keinen Grund zum Feiern. Längst war klar und die vielen Warnstreiks in Betrieben der ganzen BRD vor allem in den verschiedenen AEG-Betrieben, zeigten es deutlich: trotz einzelner Niederlagen und keinem durchschlagenden Erfolg in den bisherigen Streiks, breitete sich die Streikbereitschaft immer mehr unter den Arbeitern aus und erfaßte schon andere Bereiche als die Stahl- und Metall-Industrie (z. B. Volko-Gießen und die holzverarbeitende Industrie). Das Wort vom "Heißen Herbst" geisterte durch die bürgerlichen Redaktionsstuben.
Aber bis zum Herbst wollten die Metallarbeiter in Nordrhein-Westfalen nicht warten. Ende Juli streikte die Belegschaft der Hella-Werke in Lippstadt und Paderborn und setzte trotz Polizeieinsatz einige ihrer Forderungen durch. Mitte August begann die Streikwelle in ganz Nordrhein-Westfalen mit ihren Höhepunkten bei Opel/Bochum und Ford/Köln. Über 50.000 Arbeiter traten allein im Bereich Essen im Verlauf weniger Tage in Streik und die Streiks bei Buderus/Wetzlar, in Lübeck und in einigen anderen Städten außerhalb NRW zeigten, daß diese neue Streikwelle das ganze Land erfaßt.

DIE KAMPFBEDINGUNGEN

In der gegenwärtigen Phase herrscht in der BRD Hochkonjunktur und die Unternehmer machen Riesenprofite, aber zugleich verschärft sich die Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Dieser Konkurrenzkampf wird genauso wie bei uns auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen.
In einer solchen Lage den Kampf nicht aufzunehmen, die Kapitalisten bei ihrem Geschäft der Schweißauspressung gewähren zu lassen, das heißt, die Kapitalisten zu weiteren und noch schärferen Angriffen auf die Arbeiterklasse förmlich einzuladen. Mehr noch, in dem Maße, in dem es der Kapitalistenklasse in einem Land gelingt, der Arbeiterbewegung Niederlagen beizufügen und die Ausbeutung zu verschärfen, in dem Maße erzwingt die Konkurrenz auf dem Weltmarkt weitere und schärfere Angriffe auf die Arbeiterklasse der anderen Länder, entwickelt sich der freie Wettbewerb der Kapitalisten der verschiedenen Staaten, treten die Kapitalisten der verschiedenen Staaten in ein Wettrennen der Ausbeutung ihrer Arbeiter ein.
Wie die Geschichte der Streiks zeigt, haben bedeutende Teile der Arbeiterklasse das erkannt und den Kampf aufgenommen.
Doch der Kampf muß unter schwierigen Bedingungen geführt werden: Die Gewerkschaften, die Kampforganisationen der Arbeiterklasse sind mehrheitlich in Händen der klassenversöhnlerischen SPD, die die Interessen der Kapitalistenklasse vertritt und gegenüber der werktätigen Bevölkerung durchsetzt.
Die Kämpfe der letzten Monate mußten fast alle ohne die Gewerkschaft, in vielen Fällen gegen sie geführt werden.



Streikende Arbeiter treten auf der Betriebsversammlung entschlossen gegen die klassenversöhnlerischen Betriebsräte auf

Die Rolle, die den Betriebsräten im Fall "wilder" Streiks zugedacht wird, wird in den "Richtlinien für das Verhalten der Konzerne bei 'wilden' Streiks", ausgearbeitet vom Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V. (Juli 1970) folgendermaßen charakterisiert:
Unter dem Punkt "Vorbeugende Maßnahmen" heißt es: "Bei aufkommender Unruhe sofort Betriebsrat ansprechen, um Konfliktstoff auszuräumen".
Für den Fall des Ausbruchs des "wilden" Streiks wird empfohlen: "Den Betriebsrat in die Verantwortung ziehen. Der Betriebsrat darf wegen seiner absoluten Friedenspflicht keine Arbeitskämpfe durchführen oder unterstützen. Er hat darüber hinaus alles in seiner Macht stehende zu tun, um wilde Streiks beizulegen. ..."
"Sind Betriebsratmitglieder Streikführer, sie eindringlich auf ihre absolute Friedenspflicht hinweisen; sind die Betriebsräte nicht Streikführer, sie sofort als Vermittler (!) heranziehen."
"Falls der Einfluß des Betriebsrates auf die Streikenden nicht ausreicht, prüfen, ob gewerkschaftliche Vertrauensleute angesprochen werden sollen".
Diesen Vorstellungen der Kapitalisten haben viele Betriebsräte in den geführten Kämpfen entsprochen. Immer wieder traten sie abwieglerisch auf. In vielen Fällen wurden die berechtigten Forderungen der Kollegen nicht beachtet und oft gelang es, die Schwäche der Kollegen dahingehend auszunützen, daß "stellvertretend" für die Kollegen hinter verschlossenen Türen mit den Kapitalisten Ergebnisse ausgehandelt wurden, die in keiner Weise den Forderungen gerecht wurden.

DIE ARBEITER BEGINNEN DEN KAMPF SELBER

Aber die Arbeiter und Angestellten haben begonnen, die Fesseln der Sozialpartnerschaftsideologie abzuwerfen, sie gaben den innerbetrieblichen Kampf trotz Sabotage der Gewerkschaftsführung aufgenommen und dabei Formen der Organisierung entwickelt, die Voraussetzung für das Durchhalten und die Durchsetzung der Forderung ist:
Wahl einer Streikleitung aus Kollegen, die das Vertrauen der Belegschaft haben, weil sie bekanntermaßen die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten. Breitester Demokratie bei der Festlegung der Forderungen und der Vorgangsweise durch regelmäßige Streikversammlungen, auf denen Beschlüsse gefaßt werden, an die sich die zu Verhandlungen mit der Betriebsleitung Delegierten halten müssen. Diskussion und Abstimmung über jedes Angebot der Unternehmer. Organisierung der permanenten Diskussion und Anwesenheit der Streikenden auf dem Betriebsgelände, um Zersplitterungsmanöver der Kapitalisten abzuwehren.
Die Kapitalisten haben sehr wohl die große Gefahr erkannt, die in dieser Organisierung der Kämpfe liegt, wenn sie nicht mehr unter den Einfluß der Klassenversöhnler gebracht werden können. Deshalb versuchen sie mit allen Mitteln, die Streikfront zu spalten. Dabei macht sie sich die vorhandene Spaltung der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten zunutze, um weiter zu spalten.

So gelang es in vielen Betrieben nicht, die Angestellten, die durch Greuelpropaganda der Betriebsleitung unter Ausnutzung der objektiv vorhandenen Trennung von den Arbeitern verschreckt waren, in die Kampffront einzubeziehen.
Lehrlinge, die sich geschlossen an den Streiks beteiligten, wurden, wie beispielsweise bei John Deere in "ihrem Interesse", wie die Betriebsleitung behauptete, "zwangsbeurlaubt", d.h. ausgesperrt. In anderen Betrieben wurden sie bei Umzügen auf dem Werksgelände einzeln von ihren Meistern aus dem Zug gefischt und in ihren Werkshallen von Meistern beaufsichtigt, was soviel heißt wie eingesperrt.
Ganzen Abteilungen, die noch nicht in den Streik einbezogen waren, wurde bezahlter Sonderurlaub angeboten, einzelnen Kollegen wurde Bezahlung der Streikzeit zugesichert, wenn sie heim gingen und sich nicht mehr aktiv am Streik beteiligten.
Besonders aktive Kollegen, ob in der Streikleitung oder nicht, werden als "Rädelsführer" herausgegriffen, bekommen Werksverbot und werden fristlos entlassen, um die Streikfront ihrer aktivsten Elemente zu berauben und zugleich die anderen einzuschüchtern. Meister und andere durch minimale Vergünstigungen oft bestochene Arbeiter und Angestellte werden zum Streikbruch und öfters zum gewaltsamen Vorgehen gemeinsam mit Werksschutz und betriebsfremden Schlägertrupps gegen die Streikenden eingesetzt.

Immer häufiger greifen die Kapitalisten zur Aussperrung, um die Bildung einer einheitlichen Streikfront, die demokratisch ihr Vorgehen selbst bestimmt, breiteste Informationstätigkeit entfaltet und so geschlossen die Spaltungsversuche abwehren kann, zu verhindern und den Streik orientierungslos zu machen. Immer häufiger wird zu diesem Zweck Polizei eingesetzt, die mit unglaublicher Brutalität die Streikenden aus dem Werk hinausprügelt und sogar "Rädelsführer" verhaftet.

Besonders eifrig wird versucht, einen Keil zwischen die ausländischen und einheimischen Arbeiter zu treiben. Denn gerade die ausländischen Arbeiter stellen aufgrund ihrer noch größeren Unterdrückung und Ausbeutung einen der aktivsten Teile im Kampf für die Durchsetzung der berechtigten Forderungen dar. Mit den übelsten Manövern soll den inländischen Arbeitern eingeredet werden, es ginge gar nicht um ihre Interessen im gemeinsamen Kampf. Zu diesem Zweck werden Provokationen seitens der Werkleitung gesetzt, Schlägereien inszeniert, um dann in großes Geheul über Terrorakte, Messerstechereien usw. ausländischer Arbeiter ausbrechen zu können. Eine besonders wichtige Rolle spielen dabei die bürgerlichen Massenmedien. Die Streikberichte sind äußerst spärlich und dem Inhalt nach gelogen.



Die Arbeiter von Küppersbusch marschieren um das Werk

Die Berichte werden so verfaßt und erscheinen nur dann, wenn sie gestatten, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und zu verstärken.
Wenn man den bürgerlichen Massenmedien Glauben schenken wollte, hätte die ganze letzte Streikbewegung in der BRD hauptsächlich aus dem Streik bei Ford/Köln bestanden, der sofort als "Türkenstreik" bezeichnet wurde. In übelster Weise wurde rassistische und chauvinistische Hetze betrieben ("Türkenterror bei Ford"; die Provokationen betriebsfremder Prügeltrupps, die wohlweislich unter Transparenten "Wir wollen arbeiten" marschierten, wurden zu "deutsche Arbeiter kämpfen ihre (!) Fabrik frei" umgelogen) alles zu dem Zweck, die Solidarisierung mit dem Kampf der Ford-Arbeiter und ihren Forderungen zu verhindern.

DIE STREIKS: EIN SCHLAG GEGEN DAS KLASSENVERSÖHNLERTUM

Die Streikbewegung in Westdeutschland hat nicht nur den miserablen Tarifabschluß vom Januar endgültig ins Wanken gebracht. Sie hat auch den alten Mythen der Sozialpartnerschaft, des sozialen Friedens und des neutralen Staates einen neuen Stoß versetzt. Sie hat die bestehenden Verhältnisse zum Tanzen gebracht und jede Klasse, jede Schicht hat in disen Verhältnissen Stellung bezogen, und jede politische Organisation hat zeigen müssen wo sie steht. Zeiten, in denen die Verhältnisse in Bewegung kommen, bieten hervorragendes Lehrmaterial für die Arbeiterklasse. "Wer hat die politische Macht?" "Wem gehören Staat und Regierung?" "Auf wen kann man sich verlassen im Kampf um die eigenen Klasseninteressen?" "Wer fällt einem in den Rücken und steht trotz allem Geschwätz auf der Seite des Feindes?"
All diese Fragen stellen sich deutlich und verlangen Antwort. In jeder Streikbewegung erringen die Arbeiter nicht nur diesen oder jenen wirtschaftlichen Erfolg, sie gewinnen auch mehr Klarheit über den weiteren Gang der Bewegung und über die Richtung, die sie nehmen muß. Diese Klarheit ist die entscheidende Waffe für die weiteren Kämpfe.
Die Kommunisten waren die einzigen, die konsequent von den Interessen der Arbeiterklasse ausgingen. Mehr und mehr gelang es ihnen, richtig in die Kämpfe einzugreifen. In vielen Betrieben waren sie die führende organisierende Kraft der Kämpfe. Die Entwicklung der spontanen Kämpfe der Arbeiter ist einerseits die Voraussetzung für die Erstarkung und Verankerung der Kommunisten unter den Arbeitern; andrerseits ist die kommunistische Bewegung, die ständig an Vertrauen und Einfluß gewinnt, die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse Vertrauen in ihre Kraft gewinnt, daß ihre Kämpfe an Organisiertheit, Stärke und Zielbewußtheit zunehmen.

Ford Köln vier Tage lang von streikenden Arbeitern besetzt

Ford Köln hat 32 000 Beschäftigte, darunter 12 000 türkische Arbeiter. Sie stellen 95% der Bandarbeiter, haben die unmenschlichsten Arbeitsbedingungen und werden am schlechtesten bezahlt.
Nach Angaben der Gewerkschaftsführung sind 80 bis 90% der deutschen Kollegen gewerkschaftlich organisiert, bei den türkischen Kollegen 60 bis 70%.
Im Betriebsrat sind die türkischen Arbeiter hoffnungslos unterrepräsentiert, von 41 Betriebsräten stellen sie 5, keiner ist freigestellt. Selbst ein türkischer Kollege, der bei der letzten Betriebsratswahl gegen die IGM-Liste kandidiert und 32,9% aller Stimmen erhalten hat, wurde von der SPD-Clique unter Führung von Lück und Kuckelkorn (Vorsitzender und Geschäftsführer des Betriebsrates) nicht freigestellt.
Die SPD-Führer im Betriebsrat zeichnen sich dadurch aus, daß sie eng mit den Fordkapitalisten zusammenarbeiten. Auf der letzten Betriebsversammlung in der Woche vor dem Streik versuchten sie den Kollegen zu erzählen, an der beschissenen Lage bei Ford-Köln sei nur das englische Ford-Management schuld, man müßte gemeinsam mit Schünemann und Co. (Vorstand) Front gegen die englische Vorherrschaft machen. Durch solche Mätzchen versuchen Lück, Kuckelkorn und Konsorten die Kollegen einzulullen, sie versuchen nationalistische Vorurteile zu schüren, um von der Tatsache abzulenken, daß die Arbeiter von allen Kapitalisten gleichgültig welcher Nationalität ausgebeutet werden.
Doch alle Märchen von den "bösen" Engländern und den "guten" Deutschen halfen nicht; als auf der Betriebsversammlung fortschrittliche Kollegen aufstanden und 1 DM mehr für alle forderten, erhielten sie starken Beifall.
Hinzu kam, daß die Geschäftsleitung etwa 500 türkische Kollegen entlassen wollte, weil sie zu spät aus dem Urlaub zurückgekommen waren. Da diese Kollegen für Hin- und Rückreise mindestens 10 Tage brauchen, bleiben ihnen für die Familie höchstens 2 1/2 Wochen. Deshalb hängten viele türkische Kollegen noch 1 bis 2 Wochen an ihren Urlaub an, weil sie ihre Frauen und Kinder sowieso nur einmal im Jahr sehen.
Die Arbeit der Entlassenen sollte von den anderen türkischen Kollegen zusätzlich übernommen werden, so daß sich die ohnehin unerträgliche Arbeitshetze noch weiter verschärfte. Das ließen sich die türkischen Kollegen nicht bieten.

DIE Y-HALLE FÄNGT AN ZU STREIKEN

Am Freitagnachmittag zu Beginn der Spätschicht um 15 Uhr schmeißen die türkischen Kollegen in der Y-Halle (Endmontage) die Brocken hin. Sie weigern sich die anfallende Mehrarbeit zu machen und fordern die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen. Ein Streikzug wird formiert und zieht durch die Halle. Die meisten deutschen Kollegen schließen sich an, sie unterstützen die Forderungen. Der Zug geht durch das ganze Werksgelände, die Spätschicht wird vollständig für die Streik mobilisiert.
Um 18 Uhr endet der Zug auf dem Platz vor dem M-Gebäude, der in den nächsten Tagen zum Mittelpunkt des Streiks wird. Ca. 8000 Arbeiter sind versammelt, nirgendwo wird mehr gearbeitet. Die Streikfront steht und die meisten deutschen Kollegen sind dabei. Der türkische Kollege Targün und der deutsche Kollege Heinert (der wegen dieser Rede von der Geschäftsleitung Hausverbot erhält) begründen die Forderungen und die Notwendigkeit des Streiks.

1 DM MEHR FÜR ALLE!
ZURÜCKNAHME DER ENTLASSUNGEN!
6 WOCHEN BEZAHLTEN URLAUB!
VERRINGERUNG DES ARBEITSTEMPOS!
BEZAHLUNG DER STREIKSTUNDEN!
KEINE DISZIPLINARMASSNAHMEN GEGEN STREIKENDE!

Das sind die Forderungen von 8000 deutschen und türkischen Kollegen.
Eine Streikleitung wird zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewählt und Streikposten für die Tore wurden auch noch nicht organisiert. So kam es, daß die Nachtschicht und die Samstagsschicht fast vollständig wieder arbeiteten.
Während des Wochenendes wurden die nächsten Schritte diskutiert. Am Montagmorgen erschien ein Flugblatt der Gruppe Kölner Fordarbeiter, in der fortschrittliche Kollegen zusammenarbeiten. In diesem Flugblatt wurden noch einmal die Forderungen bekräftigt und der Streik als Mittel ihrer Durchsetzung propagiert.
Die Frühschicht nahm am Montag in den drei größten Hallen (Y-, W- und G-Halle) die Arbeit gar nicht erst auf. Von der Y-Halle zogen die Kollegen zur G- und W-Halle und sammelten die dort wartenden Arbeiter ein. Auf Schildern und Transparenten wurden die Forderungen mitgeführt, die morgens auf dem Flugblatt gestanden hatten. Anschließend folgte ein Umzug durch das ganze Werk, bei dem die noch arbeitenden Kollegen davon überzeugt wurden, daß es notwendig ist, geschlossen zu streiken. In einzelnen Fällen kam es auch zu Auseinandersetzungen, die dann in der bürgerlichen Presse aufgebauscht wurden, um die deutschen gegen die türkischen Arbeiter aufzuhetzen.

DIE STREIKLEITUNG WIRD GEWÄHLT

Um 9 Uhr endete der Umzug am M-Gebäude, dort war Streikversammlung. Erst sprachen 4 Kollegen, die nochmals die Forderungen unterstrichen und erklärten, solange nicht alle 6 Forderungen erfüllt wären, würde gestreikt. Danach versuchte der Betriebsrat über Megaphon Einfluß auf die Kollegen zu gewinnen: er habe ja Verständnis für die Kollegen und man würde auch mit der Geschäftsleitung verhandeln. Zu diesem Zeitpunkt wagten es die SPD-Führer im Betriebsrat noch nicht, zur Arbeitsaufnahme aufzufordern. Zuviel deutsche Kollegen unterstützten noch den Streik, deshalb zeigte sich der Betriebsrat auch "verständnisvoll". Sein wahres Gesicht zeigte sich jedoch schon, als er den Kollegen Heinert nicht ans Megaphon ließ, weil dieser Hausverbot erhalten hatte; damit unterstützte er ganz klar die Unterdrückungsmaßnahmen der Geschäftsleitung. Die streikenden Kollegen erkannten die Doppelzüngigkeit der SPD-Führer und pfiffen sie aus.
Vor allem für die türkischen Kollegen, die bisher immer wieder vom Betriebsrat verschaukelt worden waren, war klar, daß diese Arbeiterverräter nicht die richtigen Leute waren, um den Streik zu organisieren und die Forderungen gegenüber der Geschäftsleitung zu vertreten. Deshalb wurde der Vorschlag, eine Streikleitung zu wählen, stürmisch bejubelt und sofort in die Tat umgesetzt. 9 türkische, 2 deutsche, 2 italienische und ein jugoslawischer Kollege wurden von der Versammlung gewählt. Die Streikleitung machte sofort Vorschläge, um die Geschlossenheit und Disziplin des Streiks zu stärken. Mit

überwältigender Mehrheit beschloß die Streikversammlung:

– kein Alkohol während des Streiks;
– Gewalt nur gegen Provokateure, nicht gegen Arbeitswillige;
– keine Beschädigung von Maschinen.

Diese Beschlüsse wurden während des Streiks diszipliniert eingehalten. Wenn tatsächlich einmal dagegen verstoßen wurde, griff die Streikleitung sofort ein; es herrschte eine fast militärische Disziplin. Darüber war in der bürgerlichen Presse allerdings kein Wort zu finden, die Wahrheit paßte eben nicht in das Bild von den "Krawallmachern", "chaotischen Türken" (Polizeipräsident Hosse) usw.

Nachdem die Streikleitung gewählt war, erkannten Betriebsrat und Geschäftsleitung, daß ihre übliche Taktik zum Scheitern verurteilt war. Die meisten Streiks in den anderen Betrieben waren nach dem Motto: "An die Spitze setzen, faule Kompromisse aushandeln und dann abwürgen" kaputt gemacht worden. Das war bei Ford nicht mehr drin, weil der Streik eine klare Führung hatte, die das Vertrauen der Kollgen besaß.

Deshalb ging die Geschäftsleitung dazu über, die Kollegen erst einmal aus dem Werk zu schicken. Als um 12.30 Uhr die erste Verhandlungsrunde mit dem Betriebsrat abgebrochen wurde, erklärte die Geschäftsleitung, daß Spät- und Nachtschicht nicht arbeiten würden, und die Kollegen der Frühschicht nach Hause gehen sollten.

Sofort nach Bekanntwerden dieser Maßnahme diskutierte die Streikversammlung die notwendigen Schritte dagegen. Es wurde beschlossen, Abordnungen an die Tore zu schicken, um die Spätschicht zu agitieren und die Tore zu besetzen. Die Streikleitung teilte Agitationstrupps ein, die einen großen Teil der Spätschicht davon überzeugen konnte, ins Werk zu kommen und sich aktiv am Streik zu beteiligen. Der Entschluß, die Tore zu besetzen, um den Streik im Betrieb zu führen, war zweifellos richtig. Er wirkte sich jedoch bei vielen deutschen Kollegen, die nach Hause wollten, negativ aus. Bei diesen Kollegen fiel die nationalistische Hetze ("Türkenterror") von Geschäftsleitung und Presse auf fruchtbaren Boden. Hinzu kam, daß die Streikleitung anfangs hauptsächlich auf türkisch agitierte, so daß viele Kollegen nicht verstanden, worum es ging.

Die Kampfformen, die Fehler der Streikleitung bei der Agitation und die nationalistische und antikommunistische Hetze in der bürgerlichen Öffentlichkeit, das waren die Hauptursachen für die Spaltung zwischen deutschen und türkischen Arbeitern, die sich schon am Montagnachmittag abzeichnete.

Um eine polizeiliche Besetzung des Werkes in der Nacht zu verhindern, wurde eine Streikwache aufgestellt, an der sich 300 Kollegen beteiligten. Sie wechselten sich schichtweise beim Tordienst und Schlafen ab; außerdem wurde ein Botendienst mit Fahrrädern zwischen den Toren organisiert, um im Notfall sofort eingreifen zu können.

PUTSCHVERSUCH DER IGM-FÜHRUNG GESCHEITERT

Am Dienstagmorgen startete die IGM-Führung einen Versuch, die Initiative wieder an sich zu reißen. Vor der Frühschicht zog sie mit einem Lautsprecher am Tor 3 auf und hetzte gegen die Streikleitung: "Hört nicht auf Chaoten, hört auf eure Vertrauensleute." Sie erreichte, daß ein Teil der deutschen Kollegen nach Hause ging oder vor dem Tor stehenblieb. Anschließend machten die IGM-Führung und Betriebsrat eine Versammlung am Busbahnhof vor dem Werk. Der Betriebsrat erklärte, er hätte eine Zurücknahme der Entlassungen erreicht, soweit Entschuldigungen vorliegen. Am Ende forderte er die 500 anwesenden deutschen Kollegen auf: "Wir ziehen jetzt zum M-Gebäude (Versammlungsplatz), um zu sehen, wer die Macht im Betrieb hat."

Das hat er dann auch deutlich gesehen. Als er mit den knapp 500 Kollegen auf dem Versammlungsplatz ankam, war dort eine riesige Streikversammlung von mehreren tausend Kollegen. Über eine dicke Lautsprecheranlage der IGM erklärte der Betriebsrat, er stehe nicht mehr hinter den Forderungen der Streikenden. Da er der Streikleitung das Mikrophon verweigerte, gab diese die Parole aus, eine Demonstration zu machen. Etwa 3/4 der Anwesenden folgte dem Aufruf. Nachdem der Zug wieder zurück war, weigerte sich der Betriebsrat weiterhin, die Streikleitung an das Mikrophon zu lassen. Daraufhin stellte die Streikleitung an die Kollegen die Frage, ob sie die Streikleitung als ihre Vertretung anerkennen. Die überwältigende Mehrheit stimmte mit Ja. Jetzt versuchte es der Betriebsrat anders herum: er bot der Streikleitung ein gemeinsames Gespräch an. Ein Kollege hatte jedoch durch Zufall erfahren, was hinter diesem Manöver steckte: er hatte ein Gespräch zwischen zwei Betriebsräten belauscht, aus dem klar wurde, daß der Betriebsrat die Streikleitung isolieren wollte, um sie dann verhaften zu lassen. Um diesen schmutzigen Plan zu durchkreuzen, wurden folgende Vorkehrungen getroffen:

– 20 kräftige Kollegen stellten sich vor den Eingang zum Betriebsratsbüro und ließen niemand hinein;
– mit dem Betriebsrat wurde vereinbart, daß sich 2 Betriebsräte für die Dauer der Verhandlungen bei den Streikenden aufhalten;
– der Kollege Targün zeigte sich jede halbe Stunde am Fenster, als Zeichen, daß alles in Ordnung war.

Bei den Verhandlungen weigerte sich der Betriebsrat, den Streik anzuerkennen. Er sagte, es handle sich lediglich um eine Arbeitsniederlegung; weil Tariffrieden herrsche, könne es keinen Streik geben. Die Streikleitung verlangte, daß sich der Betriebsrat erstens hinter die Forderungen und zweitens hinter den Streik der Kollegen stellt.

Da der Betriebsrat das ablehnte, wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

AUSSPERRUNG VEREITELT, DER KAMPF GEHT IM BETRIEB WEITER!

Am Vortag hatte die Geschäftsleitung ihr Ziel nicht erreicht, die Spätschicht aus dem Werk zu halten. Diesmal will sie sicher gehen: am Dienstag gegen 14 Uhr fährt ein Mannschaftswagen am Tor 3 auf. Das Tor wird geschlossen und 10 uniformierte Polizisten riegeln den Zugang ab. Die Streikleitung fordert die Polizei auf, das Tor zu räumen. Keine Reaktion. Die Kollegen lassen sich nicht ins Bockshorn jagen. Kräftige Fäuste packen zu, hauruck und das Tor ist ausgehängt. Die türkischen Kollegen der Spätschicht strömen ins Werk.

Wie ernst die Bourgeoisie die Gefahr beim Fordstreik einschätzte, zeigte sich daran, daß NRW-Innenminister Weyer persönlich mit einem Hubschrauber an die Front kam, um sich über die "polizeitaktische" Lage zu informieren. Derselbe Weyer, der erst vor kurzem 17 Millionen DM zusätzlich für die Polizei bereitstellte, um sie besser auf die erwarteten Lohnkämpfe vorzubereiten. Stabilitätsgeschwafel für die Arbeiter, Millionen für die Polizei, das ist die Politik von SPD und FDP.

FAULER KOMPROMISS ZURÜCKGEWIESEN

Bei der Frühschicht am Mittwochmorgen zeigte sich, wie weit die Spaltung zwischen deutschen und türkischen Arbeitern schon gediehen war: alle türkischen Kollegen kamen ins Werk, aber fast kein deutscher, sie blieben vor den Toren.

Nachmittags um 14 Uhr gibt der Betriebsrat vor dem Haupttor das Verhandlungsergebnis bekannt. Die Geschäftsleitung hatte angeboten:

– 280 DM;
– Bezahlung der Streiktage;
– Zurücknahme der Entlassungen, soweit Entschuldigungen vorgelegt werden.

Während die meisten deutschen Kollegen klatschten, pfiffen die türkischen Arbeiter.

Als danach die Geschäftsleitung das Ultimatum stellte, daß das Angebot nur dann gilt, wenn die Spätschicht wieder arbeitet, und als ein extra herangekarrter Faschistenknecht aus dem türkischen Arbeitsministerium die Kollegen zur Arbeit auffordert, stieg die Empörung der türkischen Kollegen auf den Siedepunkt.
Gemeinsam mit den ankommenden Kollegen der Spätschicht organisierte die Streikleitung eine Versammlung an der G-Halle. Dort wird nochmals über die Fortsetzung des Streiks und die Forderungen abgestimmt. Die türkischen Kollegen sind geschlossen für die Weiterführung des Streiks bis alle Forderungen erfüllt sind. Auf dieser Versammlung kommt es zur Diskussion zwischen dem Kollegen Targün von der Streikleitung und Direktor Schünemann. Schünemann bietet Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung, Betriebsrat und Streikleitung an; das wird von der Streikleitung abgelehnt, die den Betriebsrat nicht am Verhandlungstisch haben will. Die Diskussion endet ohne Ergebnis.
Nach der Versammlung marschierte ein Umzug durch das Werk, um die Kollegen von der Spätschicht (30%, fast ausschließlich Deutsche, waren an die Arbeitsplätze gegangen) für das Weiterstreiken zu agitieren. Dabei zeigte sich wiederum, welch hervorragende Disziplin bei diesem Streik herrschte: Als die Demonstration an der Y-Halle vorbeizog, sahen die türkischen Kollegen, daß deutsche Kollegen in der Halle wieder arbeiteten. Spontan wollten sie die Halle stürmen und die Streikbrecher heraustreiben. Die Streikleitung schritt sofort ein und überzeugte die Kollegen, daß das nur die Spaltung weiter vertiefen würde und ein gefundenes Fressen für Polizei und Presse wäre.

GESCHÄFTSLEITUNG UND POLIZEI BEREITEN DIE ZERSCHLAGUNG DES STREIKS VOR

Nach der Streikversammlung am Mittwochnachmittag war endgültig klar, daß dieser Streik nicht durch faule Kompromisse zu beenden war. Systematisch bereitete sich die Geschäftsleitung in enger Zusammenarbeit mit der Polizei auf die Zerschlagung des Streiks vor.
Am Mittwochnachmittag wurden Flugblätter verteilt, in denen die deutschen Kollegen aufgehetzt wurden: "Eine kleine Gruppe einer radikalen Minderheit hat es verstanden, unser Werk zum Erliegen zu bringen. Wir sind der Ansicht, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, sich diesen Terror nicht länger bieten zu lassen". Inzwischen waren um das Fordwerk 5 Hundertschaften Polizei zusammengezogen worden, die im Laufe der Nacht noch verstärkt wurden. Bereits am Mittwochmorgen verhandelten die Fordkapitalisten mit der Kölner Polizeiführung über eine gewaltsame Räumung des Werkes. Am Mittwochabend schließlich wurden am Haupteingang antikommunistische Schlägertypen gesichtet, die vielen Kollegen noch vom 1. Mai bekannt waren. Vermutlich wurden außerdem in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag 800 Polizisten in Zivil mit Werksausweis eingeschleust.
Die streikenden Kollegen ließen sich jedoch nicht einschüchtern. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag hielten soviel Kollegen wie nie zuvor Streikwache: fast 1000 Mann.

DER STREIK WIRD BRUTAL ZERSCHLAGEN

Nach dem Frühstück am Donnerstagmorgen um 6.20 Uhr organisierte der größte Teil der Streikwache einen Umzug; der kleinere Teil blieb am Haupttor zurück, um die Frühschicht zu agitieren.
Der Zug ging ins Westgelände zur W-, R- und Z-Halle. Als die Demonstration um 7 Uhr wieder über die Brücke ins Ostgelände zurückkehrte, war sie ca. 1500 Mann stark. Plötzlich brach unter den Kollegen lauter Jubel aus: von der G-Halle kam ein Zug mit mindestens 3000 Kollegen (Rest Streikwache und Frühschicht) entgegen. Beide Züge vereinigten sich und zogen zur Y-Halle. Hier blieb die Streikleitung zurück, um die weiteren Schritte zu beraten. Der Streikzug marschierte weiter zum Tor 3. Auf dem Weg dorthin kam ihm eine Gegendemonstration mit der Parole "Wir wollen arbeiten" entgegen. Bisher ist noch unklar, wie diese Gegendemonstration (ca. 800 Mann) zusammengesetzt war. Fest steht, daß nur wenige deutsche Arbeiter dabei waren. Der Rest hatte die Meisterkittel an. Ob es sich tatsächlich um Meister handelte, ist noch offen. Nach Aussage der streikenden Kollegen waren es Gesichter, die zum größten Teil keiner kannte. Auch der Betriebsrat bestätigte später, daß es sich hauptsächlich um Betriebsfremde handelte.
Es gibt bisher 3 Versionen:
1. es handelte sich um eingeschleuste Zivilpolizisten; türkische Kollegen berichteten, daß unter dem Kittel teilweise Pistolen getragen wurden;
2. es handelte sich um Werkschutzleute aus Gent; dafür spricht, daß mehrere Busse aus Belgien da waren;
3. es handelte sich um gekaufte Schläger, die über die Verbindung einiger Werkschutzleute zu rechtsradikalen Organisationen angeworben wurden.
Als die Gegendemonstration auftauchte, entstand im Streikzug Verwirrung, weil die Streikleitung nicht da war und man ja beschlossen hatte, keine Arbeitswilligen zu verprügeln. Schließlich wurde die Gegendemonstration durchgelassen und die Streikenden zogen zur G-Halle weiter.
Mittlerweile war die Streikleitung wieder an der Spitze des ca. 5000 Mann starken Zuges. Die Demonstration marschierte um die G-Halle herum zum Versammlungsplatz vor dem M-Gebäude. Als die ersten Reihen um die Ecke zum Hintereingang der G-Halle einbog, sahen sie sich einer Gruppe von 150 Deutschen (Betriebsfremden) gegenüber. Um Auseinandersetzungen zu vermeiden, zog die Streikleitung in die G-Halle. In der Zwischenzeit war das Ende des Demonstrationszuges (ca. 500 bis 1000) am Vordereingang der G-Halle von der zurückgekommenen Gegendemonstration abgeschnitten und aus dem Werk geprügelt worden. Die Streikleitung hatte davon nichts gemerkt, weil der Zug an der rechten vorderen und hinteren Ecke der G-Halle einen Knick machte. Nachdem die Zugspitze etwa die Mitte der



Die Minister Friedrich und Ahrendt und der designierte Arbeitergeber-Präsident Schleyer geben sich lässig, wenn sie über die Zerschlagung der Streiks beraten.

G-Halle erreicht hatte, bemerkte die Streikleitung (die zu diesem Zeitpunkt kein Megaphon hatte), wie das Hallengitter am Vordereingang bewegt wurde. Um eine Einschließung zu vermeiden, stürmte die Streikleitung los, in der Hoffnung, den Zug mitzureißen und wieder freies Gelände zu gewinnen. Die ersten Reihen (ca. 150 bis 200 Mann) stürmten mit, dann riß der Zug ab, weil die meisten Kollegen nicht mitbekommen hatten, was eigentlich los war. Als die knapp 200 Kollegen die Halle verließen, gerieten sie in ein sich verengendes Spalier von Gegendemonstranten, die brutal mit umwickelten Nockenwellen, Eisenstangen und anderen Waffen losprügelten. Gleichzeitig wurde das Gitter herabgelassen, so daß die Streikleitung vom Rest des Zuges abgeschnitten war. Ca. 50 uniformierte Polizisten kamen in Greiftrupps a 9 Mann auf das Werksgelände und verhafteten unter gemeinsamer Anleitung von Betriebsrat und Geschäftsleitung 11 Kollegen, vor allem Kollegen aus der Streikleitung. Ford-Direktor Bergemann lobte im "Spiegel" die Arbeiterverräter im Betriebsrat, die "unter vorbildlichem körperlichen Einsatz" die Kollegen der Streikleitung der Polizei ausgeliefert haben; Betriebsrat Kuckelkorn versuchte die Handlanger vor der Presse zu vertuschen: "Ich kann das weder bestätigen noch dementieren. Sie müssen verstehen, der Betriebsrat ist so groß ..."

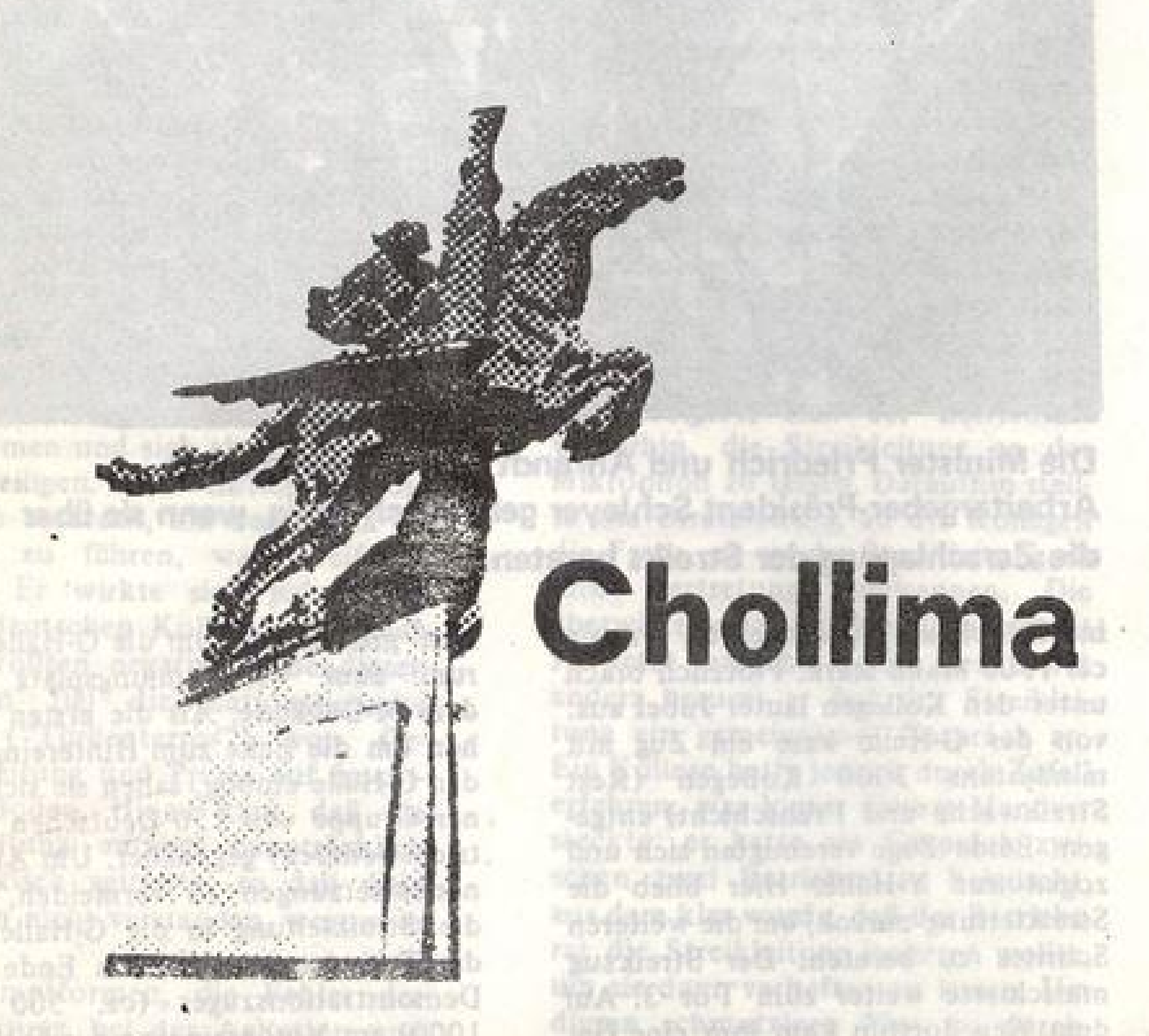
In der Zwischenzeit wollten die Streikenden aus der G-Halle wieder heraus zum M-Gebäude. Plötzlich stürmte neben den 150 Schlägern, die sich rechts neben dem Hintereingang der G-Halle befanden, ein zweiter Trupp aus Richtung Westgelände kommend (ca. 200 Mann) auf die Streikenden los und schlug rücksichtslos auf sie ein. Im Streikzug herrschte große Verwirrung, überall standen oder liefen einzelne Gruppen durcheinander, ein organisierter Widerstand gegen die Schlägertrupps war nicht mehr möglich. Außerdem verließ eine Anzahl von Kollegen das Werk, als die Polizei eingriff, weil sie meinten, gegen die Polizei hätten sie keine Chance.

Mit der Verhaftung der Streikleitung und der brutalen Zerschlagung des Streikzuges war der Streik kaputt. Danach spielten sich unbeschreibliche Hetzjagden auf dem Werksgelände ab. Rollkommandos verfolgten einzelne Kollegen und schlugen sie zusammen. Mindestens 80 Kollegen wurden krankenhausreif geschlagen.

Der Streik endete mit einer vorläufigen Niederlage. Über 100 Kollegen wurden in den nächsten Tagen entlassen. Gegen eine Reihe weiterer Kollegen laufen noch Ermittlungsverfahren, die von Betriebsrat und Geschäftsleitung gemeinsam geführt werden. Um in Verdacht zu kommen, genügt es manchmal schon, ein Mitglied der Streikleitung gewesen zu haben.

Die Bezirksleitung der IGM hat mittlerweile beschlossen, den "Chaoten" keinen Rechtsschutz zu gewähren. Als "Chaoten" gelten z. B. Kollegen, die in der Streikleitung waren und z. T. schon 10 Jahre im Betrieb gearbeitet haben, so der Kollege Heinert. Hier zeigt sich, daß den SPD-Gewerkschaftsführern kein Mittel zu schmutzig ist, um den Kampf der Arbeiter für ihre berechtigten Interessen zu sabotieren. Offener Terror gegen die eigenen Gewerkschaftsmitglieder, das ist die Antwort der Gewerkschaftsführung auf den Kampf der Fordarbeiter.

Um dieser Hetze in der bürgerlichen Presse entgegenzuwirken, wurde an den Kölner Betrieben ein Flugblatt der Kölner Fordarbeiter verteilt, in dem den Verzerrungen im Kölner EXPRESS die Tatsachen entgegengestellt wurden.



ORGAN DES "ÖSTERREICHISCHEN SOLIDARITÄTSKOMITEES FÜR DIE FRIEDLICHE WIEDERVEREINIGUNG KOREAS"

CHILE 1973

Am 11. September trat die vereinigte Reaktion Chiles und der Imperialismus in Chile zum offenen Angriff an. Die Armee putschte und eliminierte die Regierung der Unidad Popular mit Salvador Allende an der Spitze.
Die Ereignisse in Chile hatten sich in den letzten Wochen überstürzt, und immer mehr zugespitzt. Es wurde immer deutlicher sichtbar, daß die Reaktion nach der unumschränkten politischen Macht griff. Der Boykott des Transportunternehmerverbandes, der die innere Versorgung mit Lebensmitteln zusammenbrechen ließ, war nur die Ergänzung des Boykotts Chiles seitens der USA, den diese durch die Sperrung aller Weltbankkredite und der Verweigerung der Ersatzteillieferungen für die Industrie begonnen hatten. Die faschistischen Terrorakte der Banden der "Patria y Libertad" auf Gewerkschafter, Kommunisten und Demokraten war nur noch ein zusätzliches Druckmittel zu den Demonstrationen und Boykotts der Rechten und des Kleinbürgertums, zu den immer mehr sich verstärkenden Angriffen der Polizei und Militärs auf Arbeiter und Landarbeiter, ergänzt von der Lügen- und Hetzprpaganda der Massenmedien - überwiegend im Besitz und unter Kontrolle der Reaktion. Die Regierung Allende war zwischen zwei Mühlsteine geraten und versuchte sich durch Kompromisse und durch taktische Schachzüge aus der Sackgasse heraus zu manövrieren. Auf der einen Seite konnten weder die Verständigungsversuche mit den Christdemokraten, noch das Scheinverbot der faschistischen "Patria y Libertad", noch der Kompromiß der Hereinnahme der Militärs in die Regierung die Rechte besänftigen. Auf der anderen Seite verstärkten diese Kompromisse nur die Kämpfe der breiten Volksmassen um die wirkliche Übernahme der Macht in Chile durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, und machten alle Versuche, diese Kämpfe unter Kontrolle zu bringen und in die Politik des Klassenkompromisses einzuordnen, zunichte.

Der Putsch, dem bereits die Generalprobe mit dem Putschversuch des zweiten Panzerregiments im Juni vorangegangen war, war dann das letzte, aber wirkungsvollste Mittel der Bourgeoisie in Chile, die politische Macht wieder alleine zu übernahmen. Er zeigte deutlich: hier wird mit allen Mitteln eine revolutionäre Massenbewegung unterdrückt, hier wurde mit allen Mitteln eine demokratische und antiimperialistische Regierung gestürzt. Mit jedem Tag, der seit dem Putsch vergeht, demaskiert sich immer mehr die Bourgeoisie, demaskiert sich immer mehr ihre Heuchelei vom Parlamentarismus, von Gesetzen und von der bürgerlichen Legalität. Die Urheberschaft des Imperialismus an diesem Putsch ist auch bereits der bürgerlichen Presse kein Geheimnis mehr. Die permanente Unterstützung des chilenischen Militärs mit Waffen und Geld, das Komplott und Zusammenspiel der multinationalen Konzerne mit dem CIA zum Zweck des Putsches, die Manöver der US-Flotte just zu dem Zeitpunkt des Putsches vor der chilenischen Küste; aber noch deutlicher das plötzliche Steigen der Kupferaktien auf den Börsen des Imperialismus und die jetzt unmittelbar nach dem Putsch erfolgte Ankündigung von Weltbankkrediten für Chile in "unbegrenzter" Höhe. Die einheimische Großbourgeoisie hat sich wieder als Handlanger und Büttel des Imperialismus entpuppt. Über ihre Vertreter beim Heer lassen sie jetzt alle Reformen der Unidad Popular annulieren. Die Großgrundbesitzer, die Großkapitalisten, die Spekulanten und alle Ausbeuter des chilensichen Volkes in Komplizenschaft mit den US-Imperialisten, die auch wieder "ihre" Kupfergruben haben möchten, gieren nach den fettesten Brocken. Diesen Reaktionären haben sich auch die nationale Bourgeoisie und große Teile des Kleinbürgertums angeschlossen, die jetzt alle etwas von dem fetten Happen abkriegen wollen. Die reaktionären Politiker der Nationalen Partei, aber auch der überwiegende Teil der Christdemokraten Chiles stimmen mit jedem Tag überzeugter dem Putsch zu, der ja für sie nur "die gestörte wirtschaftliche und verfassungsmäßige Ordnung wiederherstellt". Die Herstellung der wirtschaftlichen und verfassungsmäßigen Ordnung heißt für die vereinigte Bourgeoisie die Ermordung tausender Arbeiter und Bauern, und Studenten, die wahllose Sprengung aller für sie nur erreichbaren "Widerstandsnester" und die Ermordung und Einkerkerung der vom Kongreß selbst gewählten Regierung, die sich durchgehend an die Gesetze, an die Legalität eben dieser bürgerlichen Gesellschaft gehalten hatte. Das wahre Gesicht der Herrschaft der Bourgeoisie zeigt sich, sobald ihre Macht irgendwo gefährdet ist.

Doch die heilige Dreifaltigkeit der Ausbeutung ist in Lateinamerika ohne die katholische Kirche nicht komplett. Imperialismus, Reaktion und Kirche sind da die Eckpfeiler der Herrschaft des Kapitals. Der Erzbischof von Santiago, der 1970 alle "ehrlichen Chilenen" zur Unterstützung der "verfassungsmäßigen" Regierung afgerufen hatte und der sich noch Ende August "mehrmals für Gespräche der Christdemokraten mit der Unidad Popular eingesetzt hatte", zeigte jetzt sein wahres Gesicht. Zitat aus der "Presse" vom 19.9.1973:
"Der Erzbischof von Santiago de Chile, Kardinal Raoul Silva Henriquez, hat an alle Chilenen einen Appell gerichtet, die neuen Machthaber zu unterstützen. Das Volk solle dies im Vertrauen auf die Uneigennützigkeit und den Patriotismus jener tun, die die gestörte wirtschaftliche und verfassungsmäßige Ordnung wiederherstellen wollten.
- Die Entschlossenheit,, politisches Sektierertum zu überwinden und das Versprechen, politische und weltanschauliche Richtungen nicht zu unterdrücken, noch persönliche Rache zu üben, verdienen unsere volle Unterstützung -, erklärte der Erzbischof wörtlich." (Dieses Zitat stammt aus einem Bericht der "Presse" mit dem bezeichnenden Titel "CHILE FEST IN UNSERER HAND")

Doch die Arbeiter, die Landarbeiter und andere Teile des chilenischen Volkes haben den Kampf aufgenommen. Mit der Waffe in der Hand verteidigen sie sich. Für sie und für immer mehr Menschen wird anhand der Ereignisse in Chile klar sichtbar, daß der Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, nur dann erfolgreich sein kann, wenn die revolutionären Massen den gesamten Apparat des bürgerlichen Staates zerbrechen und an seine Stelle den Staatsapparat der revolutiären Massen setzen. Hier gewinnen die Lehren Lenins ganz besonders an Bedeutung:
"Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen, wie ihn die Bourgeoisie braucht, mit Machtorganen, die vom Volk getrennt sind und dem Volk entegegengestellt werden, wie Polizei, Armee und Bürokratie

(Beamtentum). Alle bürgerlichen Revolutionen haben diese Staatsmaschine lediglich vervollkommnet, lediglich einer Partei genommen und anderen übergeben. Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaften der gegenwärtigen Revolution behaupten und weitergehen will, diese "fertige", Staatsmaschine, um Marx' Worte zu gebrauchen, 'zerbrechen' und sie durch eine neue ersetzen, bei der Armee und Bürokratie mit dem bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk zu einer Einheit verschmolzen sind. Wie die Erfahrungen der Pariser Commune von 1871 und der russischen Revolution von 1905 zeigen, muß das Proletariat alle armen, ausgebeuteten Teile der Bevölkerung organisieren und bewaffnen, damit sie die Organe der Staatsmacht selbst und unmittelbar in die Hände nehmen, damit sie selbst die Institutionen dieser Staatsmacht bilden."(Lenin)

DIE KRISE DER CHILENISCHEN BOURGEOISIE

1970, als die Parteienkoalition der Unidad Popular unter Führung des Sozialisten Savador Allende die Regierungsgewalt übernahm, befand sich Chile am Höhepunkt der ökonomischen und politischen



Pinochet,Merino: die Reaktion schmiedet Pläne zur Liquidierung des Widerstandes

Krise. Die Regierung Frei, die Vertreterin der unter Führung der Christdemokraten vereinigten Rechten, war gescheitert. War es ihr noch 1964 gelungen, unter Einsatz der massivsten sozialen Demagogie, einen überwältigenden Wahlsieg zu erringen, so war es 1970 der Rechten nicht mehr möglich, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Das "Experiment" der "Revolution in Freiheit" der Christdemokraten hatte sich als das herausgestellt, was es war: ein Versuch, die Ausbeutung der großen Mehrheit des chilenischen Volkes durch eine Minderheit von Großgrundbesitzern und Reaktionären, die mit den USA - aber auch mit den anderen imperialistischen Ländern - auf Gedeih und Verderb verbunden waren, aufrecht zu erhalten. Sowohl die Agrarreform, als auch die "Chilenisierung" des Kupfers hatten sich als Windel entpuppt, dessen Kosten allerdings die Arbeiterklasse und die anderen Teile des Volkes bezahlen mußten. Das gleiche war mit den vorher bombastisch angekündigten Sozialreformen geschehen.

Der Regierung Frei war es nicht gelungen die Inflationsrate einzudämmen. Mit 34,9% erreichte sie 1970 einen neuen Rekord, während das Bruttosozialprodukt die beiden Jahre davor langsamer gestiegen war als der Bevölkerungszuwachs (1969/70 nur um 2,5%). Die Arbeitslosigkeit im Agrar- und Dienstleistungssektor war erschreckend hoch und die halbverhungerten Landarbeiter strömten in die Städte und bildeten um diese herum einen Gürtel des Elends, in dem über 2 Millionen Menschen unter primitivsten und unhygienischen Bedingungen lebten. 43% der Bevölkerung waren unterernährt und 10% der Bevölkerung verfügten über mehr als 5o% des Nationaleinkommens. Frei hatte überhaupt nichts an der Abhängigkeit Chiles vom Imperialismus geändert, - Im Gegenteil; die Investitionen der US-Konzerne warennoch auf ca 790 Mio $ angestiegen (1953 589 Mio $). Der Anteil des Kupfers am chilenischen Gesamtexport war auf 76% angewachsen und die Profite der US Gesellschaften waren am Kupfer gewaltig gestiegen, während sie gleichzeitig mit der vom chilenischen Staat gezahlten Entschädigung für die Teilaneignung der Kupfergruben in andere Bereiche der chilenischen Industrie vorstießen.

Dadurch, daß an der Abhängigkeit vom Imperialismus überhaupt nicht, an der Macht des Großgrundbesitzes nur schüchtern gerüttelt wurde, konnte die Regierung Frei nichts an der tristen Lage der arbeitenden Massen in Chile verändern, bot aber auch Teilen der chilenischenBourgeoisie aktuell keine rosige Entwicklungsperspektive. Zu den Wahlen von 1970 konnte sich die Bourgeoisie nicht mehr, so wie 1964, auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Die extreme Rechte der Nationalen Partei einigte sich auf Allesandri, der mit dem christdemokratischen "Abenteuer" aufräumen wollte. Für die Großgrundbesitzer, für die Schmarotzer der US-Konzerne und für alle Reaktionäre war die in den letzten Jahren erstarkende Bewegung der Volksmassen zu einer Gefahr geworden, die man mit Reformen nicht eindämmen konnte.
Im Gegenteil die Reformillusionen der Christdemokraten hatten in breiten Teilen der Massen Hoffnungen erweckt, die diese nun immer vehementer erfüllt sehen wollten. Mit einem Programm der Sparmaßnahmen und der radikalen Eindämmung der Volksbewegungbeabsichtigte die Reaktion dagegen vorzugehen. Demgegenüber versuchten die CHristdemokraten unter der Führung von Tomic mit noch radikaleren Sozialreform-Konzepten und rigorosen Verstaatlichungskonzepten die sich in faktisch nichts vom Programm der Unidad Popular unterschieden, möglichst große Teile der Bourgeoisie, das Kleinbürgertum und Teile der Arbeiter und Landarbeiter für sich zu gewinnen.
Für große Teile der nationalen Bourgeoisie(kleinere und mittlere Kapitalisten, Export - Import etc.) bedeutete die unmittelbare Abhängigkeit vom Imperialismus eine Beschränkung ihrer eigenen Expansionsbestrebungen. Daher war für sie ein Bündnis mit der extremen Rechten, die mit dem Imperialismus direkt verbunden war, zu diesem Zeitpunkt nicht lukrativ. Nicht in so starkem Ausmaß wie bei der Arbeiterklasse und den Landarbeitern hatte sich die katastrophale wirtschaftliche Lage auf große Teile des Kleinbürgertums ausgewirkt. Durch die gallopierende Inflation, den Kaufkraftschwund der Massen hatten sich auch ihre Lebensbedingungen verschlechtert und nicht unbeträchtliche Teile waren auf das Lebensniveau der breiten Massen, unter das Existenzminimum, abgerutscht. Aus diesen Gründen, aber auch im Gefolge der zunehmenden Kämpfe der Arbeiter und Landarbeiter traten Teile des Kleinbütgertums politisch auf die Seite der Ausgebeuteten. 1970 stand die chilenische Bourgeoisie am Zenith ihrer Krise: Geschwächt, uneinig und untereinander in Widersprüche verstrickt stand sie einer sich immmer stärker entwickelnden Bewegung der chilenischen Arbeiter und Landarbeiter gegenüber.
Spätestens 1966 war der Scheincharakter der Frei'schen Reformen großen Teilen der Arbeiterklasse einsichtig geworden. Hatten die Christdemokraten bei den Wahlen 1964 Einbrüche in die Domäne der Arbeiterparteien in den Bergbaugebieten erzielen können, so setzte schon sehr bald gerade dort der Kampf der chilenischen Arbeiterklasse an. Pausenlos führten die Bergarbeiter und andere Teile der Arbeiterklasse Arbeitskämpfe und Streiks gegen die Verschlechterung der Lebensbedingun-

gen. Allein 1968 zählte man in den Minen 1124 Streiks, an denen sich 292.000 Bergarbeiter beteiligten. Zu diesen ökonomischen Kämpfen kamen noch Auseinandersetzungen um soziale und politische Forderungen, an denen sich nicht nur die Arbeiterklasse sondern gerade immer stärker die Slumbewohner der Größstädte, der "poblaciones" beteiligten.
Die Kämpfe der Slumbewohner nahmen am schnellsten einen organisierten radikalen Charakter an. Denn sie litten nicht nur ganz besonders unter der Verschlechterung der Lebensbedingungen sondern für sie ging es ums Überleben. Ihre Forderungen nach Arbeit, nach irgendwelchen sozialen Rechten, nach medizinischer Betreuung, nach menschenwürdigen Wohnungen waren für sie unmittelbare Existenzfragen.
Mit der Verstärkung der Kämpfe schlossen sich immer breitere Teile der Bevölkerung, die Studenten, Intellektuelle und Teile des Kleinbürgertums der Bewegung an und traten aktiver auch mit eigenen Forderungen in Erscheinung.
Am schärfsten und konsequentesten entwickelten sich aber die Kämpfe auf dem Land. Hier prallten auch die schärfsten Gegensätze aufeinander. Den feudalen Großgrundbesitzern standen die Landarbeiter gegenüber, die entweder nur saisonweise beschäftigt und gnadenlos ausgebeutet wurden. Zudem existierten noch bedeutende Überreste des auf Leibeigenschaft beruhenden Encomienda - Systems, das die spanischen Conquistadoren bei der Eroberung Chiles eingeführt hatten.

Die Produktionsweise auf dem Land war veraltet, die Großgrundbesitzer bauten nur das an, was ihnen unmittelbaren Nutzen brachte. Die unentwickelte Infrastruktur - wie nicht entwickeltes Transport- und Kühlwesen, zu große Entfernung von den Städten - und die feudale Haltung der "terratenientes" bewirkten, daß ungeheuer viel kultivierbares Land brach liegen blieb, während daneben die Landarbeiter halb verhungerten und nach einem Stück Land dursteten. Durch die Frei'schen Versprechungen waren die Landarbeiter in Bewegung geraten und organisierten sich zum Teil auch in christlichen Landarbeiter-Verbänden. (Von 1965 bis 1970 wurden nur 1408 landwirtschaftliche Betriebe mit 3,5 Mio ha Land enteignet; davon waren jedoch nur 280.000 ha bewässertes Ackerland. Die gesamte agrarische Nutzfläche Chiles betrug 1968 13,6 Mio ha.) Doch die Bewegung war nicht mehr aufzuhalten und die Landarbeiter begannen, sich ihr Land notfalls auch mit Gewalt zu nehmen. Dies war umso notwendiger als die Grogrundbesitzer seit alters her das Recht auf eine eigene bewaffnete Schutztruppe hatten und diese auch entsprechend einsetzten.
In den Jahren 1968/69 nahm die Landnahme von brachliegendem Land oder aber von Landgütern, deren Besitzer die Enteignung mit allen Mitteln der bürgerlichen Gerichtsbarkeit und allen Mitteln des Terrors zur Einschüchterung der Landarbeiter aber auch der Regierungsbeamten verhinderten, stark zu. Die von der Regierung Frei begonnene Organisierung der Landarbeiter wirkte sich jetzt verstärkend auf den Kampf aus. Denn sehr bald erkannten die Landarbeiter den hohlen Heiligenschein der christlichen Landarbeiterverbände und schlossen sich immer stärker um die Bewegung der revolutionären Landarbeiter (MCR) zusammen. Diese organisierten nicht nur die Landbesetzungen, sondern stellten such bewaffnete Bauernmilizen zur Verteidigung des Landes auf. Dabei entlarvten sich dann auch die christlichen Reformer, die die Polizei, aber besonders die militärisch organisierten Carabineros mit aller Gewalt eingreifen ließen - wobei es laufend zu blutigen Gefechten mit vielen Toten und Verwundeten kam-. Aber all das konnte den Kampfwillen der Landarbeiter nicht wirklich einschüchtern, denn sie hatten keine andere Wahl, wollten sie nicht weiter halb verhungert dahinvegetieren.

DAS REFORMPROGRAMM DER UP

In dieser Situation der besonderen Schwäche der Bourgeoisie und der immer vehementer zunehmenden Massenkämpfe trat die Unidad Popular (= VOLKSEINHEIT, eine Parteienkoalition der Sozialistischen Partei, Kommunsitischen Partei, Radikalen Partei, MAPU = christlichsoziale Abspaltung, Sozialdemokratische Partei und einige kleinere politische Gruppierungen.) mit dem Programm ihrer radikalen , sozialen und wirtschaftlichen Reformen zur Wahl von 1970 an.
Das Reformprogramm, mit dem die UP zu den Wahlen auftrat, kombinierte die Forderungen nach ökonomischen Umwandlungen im Dienste der unabhängigen ökonomischen Entwicklung mit Forderungen, die auf eine Überwindung des Gesamtcharakters der kapitalistischen Gesellschaft hinzielen sollten. Diese radikale gesellschaftliche Umwälzung sollte sich, ausgehend vom Rahmen der bürgerlichen Legalität, schrittweise vollziehen und fortschreitend die gesamte Basis-, und Überbaustruktur des Landes zugunsten sozialistischer Strukturen verändern. Das UP-Programm betonte die absolute Priorität der ökonomischen Umwandlungen, d.h. die Neuordnung der Wirtschaftsstruktur im Rahmen eines antiimperialistischen Reform- und Entwicklungsprogramms. Durch die Nationalisierung der bis jetzt im Auslandsbesitz befindlichen Grundindustrie hauptsächlich des Bergbaus, aber auch der großen ausländischen Banken, sollte über gezielte staatliche Steuerungs-, Planungs- und Kontrollgremien die wirtschaftliche Entwicklung angekurbelt werden. Über steuerliche und kreditmäßige Vorteile gegenüber der noch im Besitz des Auslandskapitals oder der chilenischen Großbourgeoisie befindlichen Monopolindustrie, sollte die mittlere und kleine nationale Industrie gefördert werden. Die Ankurbelung der nationalen Industrie sollte als erste Etappe völlig im Rahmen der bestehenden Gesetze , oder solcher, die jetzt von der UP mit Unterstützung der CD durch den Kongress gebracht werden konnten, erfolgen. Damit erhoffte man eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und damit den Gewinn der Unterstützung breiter Teile des Kleinbürgertums. Erst dann sollte der nächste Schritt zur stufenweisen Eroberung des Staatsapparats erfolgen.
Die sozialen Reformen sollten unmittelbar die ärgsten Auswüchse der Ungerechtigkeit des Klassenstaates beseitigen. Ein breiter sozialer Wohnbau, Eliminierung der Arbeitslosigkeit, staatliche Kontrolle der Mieten, Preiskontrolle, Maßnahmen gegen Spekulation, Verbesserung der Sozialversicherung und der medizinischen Versorgung der Bevölkerung und allgemeine Lohnerhöhungen zur Ausgleichung des Inflationsverlustes waren die Hauptforderungen.
Die Einbeziehung der Arbeiterklasse und der Volksmassen in die politische Machtausübung sollte ebenso schrittweise erfolgen. An diese sollten die Arbeiter durch verschiedene Formen der "participacio" herangeführt werden. Besonders in dem nunmehr sehr großen Sektor der verstaatlichten Industrie wurde die Form der sogenannten "kollegialen Verwaltung" eingeführt. Diese sah zwar gewählte Arbeitervertreter vor, doch waren diese gegenüber den vom Staat bestellten Vertretern und dem Direktor in der Minderheit, also die Entscheidung lag immer bei den Vertretern des Staatsapparates - der ja bekanntlich von der Regierung Allende völlig unverändert übernommen wurde. Ähnlich sah es in allen wesentlichen entscheidungsbefugten Gremien aus.
Bei der Agrarreform stützte man sich voll auf die von der Regierung Frei erlassenen Gesetze - nur daß man sie konsequent durchzuführen versprach. Das Fundament seiner Durchführbarkeit hatte dieses "legalistische" Konzept der stufenweisen Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft in der Einschätzung des Militärs und der Polizei. Man ging davon aus, daß wenn die Regierung der UP striktest die Gesetze des bürgerlichen Staates einhielte, das Heer und die Polizei

sich dieser Regierung gegenüber "loyal und patriotisch" verhalten würde. Prägnant drückte das V. Teitelboim, Politbüromitglied der KP-Chiles, aus, der meinte, daß "der Rechtstitel der Allende-Regierung, d.h. ihr Wahlsieg nach den Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus auch die Streitkräfte zur Verteidigung der konstitutionellen Regierung verpflichte."

DIE WAHLEN VON 1970

Die Unidad Popular war schon zu den Wahlen von 1964 angetreten und konnte über 38 % der Stimmen erringen. Eines hatte sich in der Zwischenzeit nicht geändert: das Wahlrecht, das alle Analphabeten von den Wahlen ausschloß. Daher waren auch diese Teile des Volkes, die den radikalsten Kern der Massenbewegung bildeten, große Teile der Landarbeiter und der Bewohner der "poblacines", nicht wahlberechtigt. Insofern waren diese Wahlen weder ein brauchbares Barometer für die Stimmung der Volksmassen, noch bedeutete sie eine Zählung der Stärke der Revolutionäre. Mit 1,075.616 Stimmen und 36,8 % der gültigen Stimmen fiel das Ergebnis sicherlich nicht sensationell für die Unidad Popular aus, im Gegenteil, sie blieb noch unter dem Prozentanteil von 1964. Es war ihr nicht einmal gelungen den Einbruch der der Christdemokraten von 1964 in Teile der Arbeiterklasse und der Landarbeiter auszumerzen.

Ergebnisse der Wahlen	1970	1964
Unidad Popular-Allende (1,075.616)	36,3 %	38,9 %
Christdemokraten-Tomič (824,845)	27,8 %	Frei 56,1 %
Nationalpartei-Allesandri (1,036.278)	34,9 %	

Im Gegensatz zu 1964 brachte 1970 die Krise der Bourgeoisie die Parteienkoalition der Unidad Popular an die Macht. Für die Rechten um die Nationalpartei kam das Akzeptieren einer Regierung Allende nicht in Frage. Denn sowohl die geplante Zurückdrängung der imperialistischen Machtpositionen als auch die Verstaatlichung der großen Banken und die Agrarreform waren eine direkte Bedrohung ihrer Macht. Als Gegener stellten sich für sie nicht nur die breiten Volksmassen, sondern auch Teile der nationalen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, die an einer Zurückdrängung der Macht der Reaktion - der "momios"- interessiert waren.
Da die Unidad POpular im Kongreß nur über 8o von 2oo Abgeordneten verfügte, war Allende auf die Stimmen der Christdemokraten Tomic's angewiesen. In dem zwischen der Unidad Popular und den Christdemokraten ausgehandelten Garantiestatut wurden die "Spielregeln" derRegierung der Unidad Popular verpflichtend festgelegt:

1., Verpflichtung des Präsidenten, die Legalität in allen seinen Aktionen zu respektieren; Respektierung der Unantastbarkeit aller bestehenden Institutionen

2., Verzicht des Präsidenten auf die Bildung von Volksmilizen

3., Respektierung der verfassungsmäßigen Rechte der Opposition und Garantie ihrer Institutionen und Massenkommunikationsmedien.

Gegenüber der Forderung der Christdemokraten "erkämpfte" sich Allende das Recht, die Oberkommandierenden der Armee zu ernennen.
Für die Bourgeoisie bedeutete diese Regierung natürlich ein zweischneidiges Schwert. Denn sie konnte sich ausrechnen, daß eine Regierung der Linkskräfte sicherlich das Selbstbewußtsein und die Kampfstärke der Arbeiterklasse, der Landarbeiter und andrer Teile des Volkes verstärken werde. Sie konnte sich auch weiters ausrechnen, daß bei einer Torpedierung der Sozialreformen - was sie ja selbst über den Kongress und die verschiedensten Institutionen zu tun gedachten- die Massen sich nicht mehr an dise Vereinbarungen halten würden.
Doch mit dem Garantiestatut im Rücken. das dies ganz konkret, mit dem unangetasteten bürgerlichen Staatsapparat, Gerichtsbarkeit, mit der Mehrheit in allen gesetzgebenden Körperschaften, mit der Kontrolle des überwiegenden Teils der Massenmedien, wie Zeitungen und Rundfunkanstalten usw. und mit dem unveränderten Militär und der Polizei als einziger bewaffneter Institution, konnten große Teile der Bourgeoisie die Regierung der Unidad Popular dulden. Auch erwartete die nationale Bourgeoisie und das Kleinbürgertum von den ökonomischen Reformen reale Verbesserungen ihrer Situation:

- Der übermächtige, alle Regungen des nationalen Kapitals erstickende US-Imperialismus, in Gestalt der multinationalen Konzerne, sollte ausgeschaltet werden. Die jetzt nicht mehr ins Ausland transferierten Gewinne sollten für die "Ankurbelung der nationalen Akkumulation" und für die Finanzierung der Sozialreformen verwendet werden.
- die galiopierende Inflation sollte durch staatliche Eingriffe eingedämmt werden.

- Die Agrarreform sollte schnell durchgeführt werden, was zur "Schaffung einer relativ kapitalkräftigen Schicht von Schicht von Mittelbauern" führen sollte, die dann natürlich ein Absatzmarkt der erstarkenden chilenischen Industrie sein würde.

Doch die chilenische Bourgeoisie stimmte am 24. Oktober 1970 nicht darum mehrheitlich für die Regierung Allende (153 gegen 35 Stimmen im Kongreß), weil sie diese als ihre Regierung ansah, die voll ihre Interessen verwirklichte, sondern sie sah darin, in der Situation ihrer politischen Schwäche und Desorientierung, die für sie unmittelbar beste Lösung.
Obwohl die revolutionäre Linke (MIR-Bewegung der revolutionären Linken) die Bildung der Unidad Popular 1969 als "erneuten reformistischen Versuch der Demibilisierung der Massen" bezeichnete, korrigierte sie nach den Wahlen von 1970 ihre taktische Position. Sie entschloß sich für eine kritische taktische Unterstützung der Linkskoalition, im Bewußtsein, daß eine radikal negative Haltung gegenüber der Unidad Popular nur die Position der Reaktion und des Imperialismus stärken und wichtige ökonomische Änderungen behindern würde. Sie trat nicht in die Koalition der Unidad Popular ein, sondern verstand sich als revolutionäre Avantgarde, die den revolutionären Prozeß weiterführen und so einen dauernden Druck auf die Regierung ausüben würde. Denn klar wurde erkannt, daß durch die Unidad Popular sich die Klassenkonstellation zugunsten der Arbeiterklasse und des Volkes verändert hatte, indem die ökonomische Macht der Bourgeoisie insgesamt geschwächt wurde und die Unterdrückung der revolutionären Bewegung durch die Auflösung der berüchtigten Polizeieinheit "grupo movil" wesentlich gemildert wurde. So erklärte die MIR in ihrer Stellungnahme nach den Wahlen vom 4. September 1970:" Dieser Wahlsieg ändert für uns nicht das geringste in strategischer Hinsicht, denn unser Ziel ist nicht ein Wahlsieg, sondern eine wirkliche revolutionäre Veränderung. Unsere Aktivitäten richten sich daher in erster Linie auf den Aufbau einer Avantgardepartei und die Vorbereitung der Massen auf die Konfrontation mit dem Klassenfeind. Die Übernahme der Regierung durch die Linke ändert lediglich die Bedingungen für diese Konfrontation."

DIE REGIERUNG DER UNIDAD POPULAR

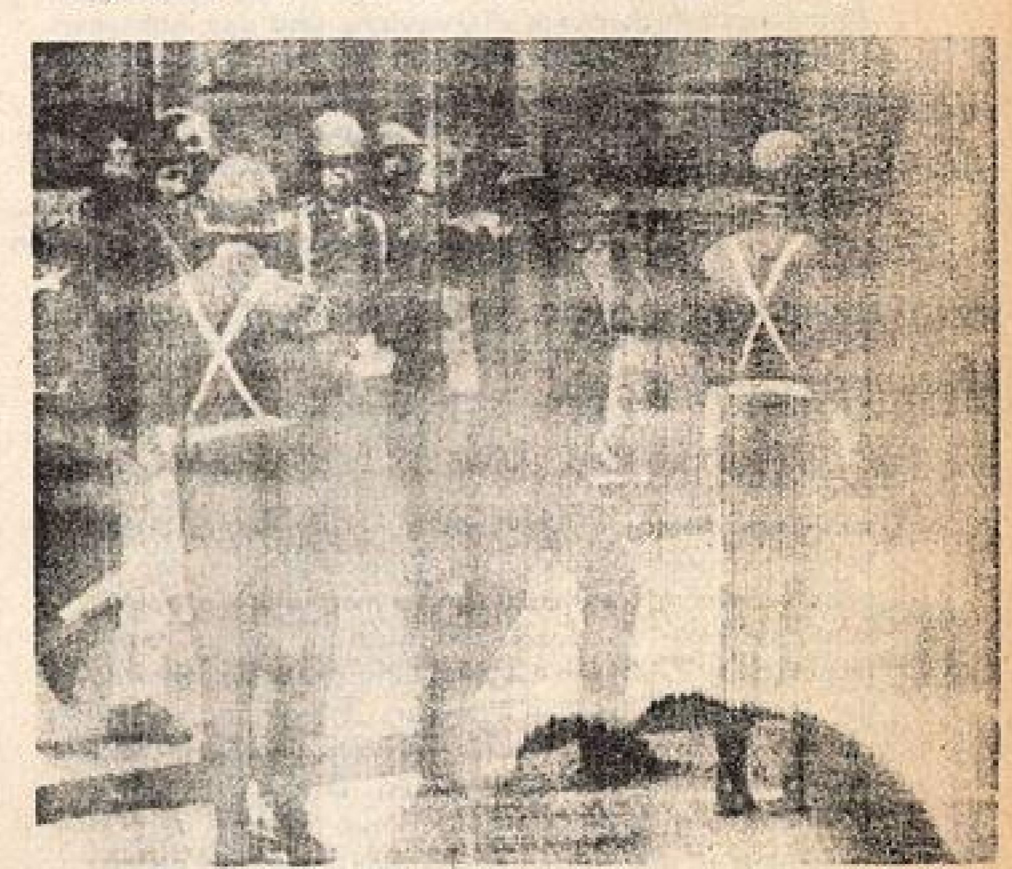
Der Unidad Popular gelang es verhältnismäßig schnell einen Teil der wirtschaftlichen und sozialen Reformen in die Tat umsetzen. Damit erreichte sie in kurzer Zeit eine gewisse Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage. Die Inflation konnte unter Kontrolle gebracht werden und die Warenproduktion stieg um 8,5% an. Dies erreichte sie über forcierte Kontrolle der Kapazitätsauslastung der Betriebe - allen denjenigen Betrieben die ihre Kapazität absichtlich nicht auslasteten, drohte aufgrund eines Gesetzes aus dem Jahre 1932 die Enteignung - über staatliche Fixpreiskontrolle, billige Kredite und staatliche Hilfe an kleinere chilenische Kapitalisten. Gleichzeitig wurde im ersten halben Jahr der Regierungszeit der Unidad Popular die Nationalisierung des chilenischen Kupfers, Salpeters und der anderen Bodenschätze auf Kosten der US-Konzerne faktisch abgeschlossen.

Doch wesentlicher Faktor der Stabilisierung war die massive Unterstützung, die die Regierung durch die Volksmassen hatte. Da die Parteien der Unidad Popular in der Arbeiterklasse verankert waren und da auch die anderen Teile des Volkes, die Landarbeiter und Slumbewohner von dieser Regierung eine wirkliche Verbesserung ihrer Lage erwarteten, konnte die Unidad Popular zur Vorbereitung der Wahlen über 16ooo Basiskomitees aufbauen.
Diese Basiskomitees in den Fabriken, den Slumvierteln, überall auf dem Land, und auf den Hochschulen sollten vorerst der Unterstützung der Wahl der Unidad Popular dienen; nach der Wahl aber, schrittweise den Charakter von Organen der Volksmacht übernehmen. Vorerst sollten sie lokale Kompetenzen wahrnehmen, aber mit dem Fortschreiten des Prozesses in allen Bereichen des gesellschaftlichen und sozialen Lebens die Organe der Volksmacht sein.
Die massive Unterstützung des Volkes konnte die Unidad Popular durch die sehr schnell in Angriff genommenen sozialen Reformen zugunsten der breiten Volksmassen noch weiter festigen. Die niederen Löhne und die Arbeiterlöhne wurden recht erheblich (30-40%) gehoben, der Wohnbau gewaltig angekurbelt, Gratismilchverteilung an alle Kinder organisiert, die medizinische Versorgung der Bevölkerung verbessert.
Etwas problematischer verlief der Prozeß bei der Agrarreform. Da die Unidad Popular sich hauptsächlich auf die Gesetze der bürgerlichen Regierung Frei stützte, mußte sie für jede Enteignung den vorgeschriebenen Weg durch den Dschungel der bürgerlichen Gesetze gehen, und wurde da von der Reaktion, die weiterhin die Kontrolle über die Gerichtsbarkeit behalten hatte, äußerst behindert. Doch die Massen der Landarbeiter wollten nicht mehr warten. Sie hatten sich von der Regierung eine rasche Durchführung der Agrarreform erwartet und außerdem waren sie bereits seit zwei Jahren in Kämpfe um ihren Boden verwickelt. Daher nahmen nach einer kurzen Pause 1970 die Landbesetzungen durch die Landarbeiter wieder rapid zu. Dies zwang die Regierung zu einer sehr beschleunigten Durchführung der Agrarreform unter Einsatz aller für sie nur möglichen Mittel. (Bis 1972 war dann ca. 25% des kultivierbaren Bodens unter die Agrarreform gefallen).
Das führte oft dazu, daß sich sogar Gouverneure ganzer Provinzen einschalteten, die dann auch öfters von den reaktionären Gerichten wegen ihrer "ungesetzlichen Handlungen" zugunsten der Landarbeiter abgesetzt wurden. Der Kampf um das Land nahm die ganze Zeit über sehr scharfe Formen an, da die Großgrundbesitzer weiterhin das Recht hatten, sich ihre private Polizei, die weißen Garden, zu halten. Diese hatten die Funktion, die Landarbeiter einzuschüchtern und versuchten durch massiven Terror den Wunsch nach Land bereits im Keim zu ersticken. Alles dies zusammen bewirkte, daß sich die Landarbeiter nicht bis zum nächsten Gerichtsbeschluß vertrösten ließen, sondern organisiert das Land selbst besetzten, mit oder ohne Einwilligung der Regierung, und auch die bewaffneten Milizen eigentlich nie aufgelöst wurden.

Der Regierung der Unidad Popular war es also durch den konsequenten Versuch der Umsetzung ihrer wirtschaftlichen Reformen gelungen, die Massen des Volkes weiterhin zur Unterstützung ihrer Politik zu gewinnen und große Teile der nationalen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums zumindest zu einer wohlwollenden Duldung der Regierung Allende zu bringen.

DER BEGINN DER ANGRIFFE DER REAKTION

Doch die Bourgeoisie und die Reaktion hatten nicht vergessen, daß das nicht ihre Regierung war, und begannen sehr bald mit gezielten Angriffen. Als erster reagierte der US-Imperialismus. Mit der Einstellung der Weltbankkredite und der Einstellung wichtiger Ersatzteillieferungen wollte man empfindliche Störungen der chilenischen Wirtschaft herbeiführen. Hand in Hand damit ging der Transfer von Kapital in das Ausland. Die chilenische Großbourgeoisie, die durch die Nationalisierung des Bergbaus nicht unmittelbar bedroht wurde, verschärfte in dem Maße den Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse und das Volk, als einerseits über die Agrarreform ihre Positionen geschwächt wurden, andrerseits die Inangriffnahme der Verstaatlichung der Monopolindustrie, deren Besitzer sie war, auf der Tagesordnung stand. Der erste Schritt war die Blockierung



Standesrechtliche Erschiessung droht den gefangenen Widerstandskämpfern

aller entsprechender Vorlagen im Kongreß. Da ja im Kongreß die Rechtsparteien über eine solide Mehrheit verfügten, verweigerten sie sich dem von der Unidad Popular geforderten "Realismus des Kongresses" zu entsprechen, und entsprachen dem Realismus ihrer Klasseninteressen. D.h. die Verstaatlichung der Monopolindustrie verschob sich immer mehr und auch die Agrarreform blieb immer mehr stecken. Gleichzeitig damit entfachte die Reaktion,

die weiterhin, durch das Garantiestatut gesichert, im Besitz des überwiegenden Teils der Radiostationen und der Zeitungen geblieben war, eine immer wüstere Hetz- und Verleumdungskampagne gegen alles, was links war. Langsam und sicher kamen sie so ihrem Ziel immer naher, das Kleinbürgertum, das in Bezug auf die Unidad Popular eine sehr schwankende und vorsichtige Haltung eingenommen hatte, immer mehr auf ihre Seite zu ziehen. Denn, hatte das Chile der hemmungslosen imperialistischen Ausbeutung für sie keine besonderen Perspektiven bereit und brachte sie politisch mit dem IMperialismus in verschiedenste Konflikte (Einschränkung der demokratischen Rechte usw.), so hatten sie doch Angst, ihre, wenn auch nicht allzu großen Privilegien der Arbeiterklasse und den noch ärmeren Schichten gegenüber zu verlieren. Die Speerspitze bildeten hier die Transportunternehmer, die bereits 1972 mit einem mehrwöchigen Streik die Versorgung des Landes blockiert hatten. Die Ursachen waren ökonomischer Art, doch konnte die Reaktion dem schnell eine politische, gegen die Regierung der Unidad Popular gerichtete, Stoßrichtung geben. In Chile, das über kein ausgebautes Eisenbahnnetz verfügt und dessen Küste äußerst schlecht schiffbar ist, geht der Großteil der Transporte über die Strasse. Hier hat sich eine für chilenische Größenverhältnisse ungeheure Zahl von 42000 Transportunternehmern ein ausreichendes und zufriedenstellendes Einkommen gesichert.
Mit der staatlich geplanten Entwicklung der chilenischen Industrie stand auch die Organisierung eines effektiven staatlichen Transportsektors auf der Tagesordnung, was natürlich eine existenzielle Bedrohung der Transportunternehmer bedeutete.
An diesen realen Ängsten der Transportunternehmer anknüpfend, forcierte die Reaktion immer mehr die Absetzung des dafür verantwortlichen Sekretärs im Transportministerium, Faivovich, und das Abblasen aller Sozialisierungskonzepte im Transportsektor.
Auf diesen Ausstand folgte ein Rattenschwanz von Aktionen der Kleinbourgeoisie, die an den entstandenen Versorgungsschwierigkeiten anknüpften und immer radikaler gegen die Regierung Stellung nahmen.
Desgleichen begannen immer stärker die Terrorbanden der Organisation "Patria y Libertad" gegen Exponenten der Regierung, der Gewerkschaft, linker Gruppen und der Volksbewegung, mit Mordanschlägen vorzugehen.
Gleichzeitig mit der Verschärfung der Angriffe der Reaktion verstärkten Teile der Arbeiterschaft, der Slumbewohner und der Landarbeiter ihre Forderung nach konsequenter Weiterführung und Verteidigung der Errungenschaften. Das Steckenbleiben der Wirtschaftsreform, der Sozialreformen und die Verschärfung der Versorgungssituation, zeigte ihnen immer deutlicher die Begrenzung des Legalismus, der Politik der Unidad Popular. Immer radikaler begannen sie daher Komitees, Milizen und Besetzungen von Landgütern zu organisieren. Diese Bewegung entwickelte sich hauptsächlich aus den von der Unidad Popular gebildeten Basiskomitees, von denen sich ein Teil aufgelöst hatte, der andere Teil aber unter Einfluß von Gruppen der sozialistischen Partei Allendes, von Angehörigen der MAPU und von der MIR immer konsequenter die Weiterführung, d.h. die Durchführung der revolutionären Änderung der Gesellschaft verlangte. Der MIR (Linke revolutionäre Bewegung) war es im Laufe des Jahres 1972 nicht nur gelungen, ihre Basis unter den Landarbeitern und Slumbewohnern zu festigen, sondern sie spielte bei den Fabriksbesetzungen der Arbeiter eine immer größere und wichtigere Rolle.

DIE KRISE DER UNIDAD POPULAR

In dieser Krise im Herbst 1972 zeigte sich erstmals ganz deutlich, wie die Politik der Unidad Popular zwischen zwei Mühlsteine gekommen war, zeigte sich in aller Klarheit, daß man nicht die Interessen der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen vertreten kann, ohne die Interessen der Bourgeoisie anzutasten, und umgekehrt, daß man sich nicht mit der Bourgeoisie auf guten Fuß stellen kann, ohne den revolutionären Prozeß einzubremsen. Die Hereinnahme der Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen in die Regierung der Unidad Popular beendete vorerst diese Krise, allerdings nur um sie aufzuschieben und dann mit vergrößerter Wucht losbrechen zu lassen. Das war das erste offene Zurückweichen der Unidad Popular vor der Bourgeoisie. Indem das Militär drei Schlüsselstellungen (verstaatlichter Bergbau, Innenministerium und öffentliche Arbeiten) besetzt hatte, war für die Bourgeoisie vorerst die Garantie gegeben, daß die Regierung nicht in der Beschneidung ihrer Interessen vorpreschen würde, und sie beruhigte sich etwas. Den Massen gegenüber mußte die Regierung dies als etwas Positives darstellen. Positiv wirkte sich das nur insofern aus, als die Krise in Chile unmittelbar bereinigt wurde, was aber genau damit verdeckt wurde, war, daß sich die Bourgeoisie einen besseren Ausgangspunkt für ihren Angriff gesichert hatte.
Jetzt trat ein Umschwung in Chile ein. Waren Heer und Polizei bisher relativ neutral und zurückhaltend gewesen, so gingen sie jetzt immer öfter gegen Landarbeiter, die ihr Land besetzt hatten, gegen Demonstrationen, die von den linken Revolutionären organisiert wurden, und gegen die Milizen der Bewohner der poblaciones vor. Sie handelten daher immer eigenmächtiger, wobei sie aber meist im Nachhinein die Deckung durch die Regierung erhielten. Zu dem Kampf gegen die Rechten der "Patria y Libertad" war immer stärker der Kampf gegen die "linken Anarchisten" der MIR getreten. Als Vorwand dazu diente die Ermordung eines ehemaligen Ministers, Zujovich, der Frei-Regierung durch Angehörige der VOP, einer angeblich revolutionären Organisation, die, wie sich etwas später herausstellte, von den Reaktionären unterwandert und für ihre Zwecke benützt wurde.
Bis zu den Wahlen im März 1973 blieb die Lage in Chile relativ ruhig. Die Reaktion beschränkte sich hauptsächlich auf die Propaganda in den Massenmedien, auf die stille Verstärkung der faschistischen Banden und hoffte auf die Wahlen, die der Unidad Popular Regierung das Garaus bereiten sollten. Als ihre weitere Stütze betrachteten sie die dauernde Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die durch den Wirtschaftsboykott und die Sabotage der Produktion und der Verteilung durch die Bourgeoisie und durch die wesentlich unveränderten kapitalistischen Strukturen herbeigeführt wurde. 1973 erreichte die Inflationsrate in Chile wieder ein Ausmaß, wie es während der Regierung des Christdemokraten Frei üblich gewesen war.
Doch die Wahlen vom März 1973 sollten die Bourgeoisie enttäuschen. Die Unidad Popular konnte ihre Positionen ausbauen und über 41 % aller abgegebenen Stimmen erreichen. Dies schuf der Bourgeoisie keine Handhabe, den Präsidenten und seine Regierung auf gesetzlichem WEg vor 1976 zu stürzen. Solange aber war sie nicht mehr bereit zu warten, bis sie wieder die alleinige politische Macht – die ökonomische hatte sie ja nie abgegeben – in Chile übernehmen könnte. Daher verschärfte sie ihre Angriffe auf allen Ebenen.

Dem verschärften wirtschaftlichen Boykott und der Wirtschafts-Sabotage setzte sie den allseitigen politischen Druck und Terror hinzu.

Die Unidad Popular versuchte dem hauptsächlich durch den Versuch der Stabilisierung der ökonomischen Lage beizukommen. Über die Autorität des Präsidenten, die er sicher innerhalb der breiten Volksmassen genoß, und den Einsatz der Gewerkschaften versuchte man die Arbeiterschaft, aber auch die Landbevölkerung für die "Produktionsschlacht gegen Imperialismus und Reaktion" zu gewinnen, das heißt Steigerung der Produktion in allen Bereichen der Industrie und Landwirtschaft.
Man wollte so wieder die schwankenden Schichten des Kleinbürgertums und Teile der Bourgeoisie für sich gewinnen. Doch das war jetzt bereits zu spät. Die Bourgeoisie hatte sich aus ihrer Zersplitterung immer mehr geeinigt und wollte die gesamte politische Macht, und nicht die Unidad Popular, die außerdem zunehmend immer weniger die Gewähr der Kontrolle des Prozesses der revolutionären Mobilisierung immer größerer Teile des Volkes garantierte. Der wahre Charakter des chilenischen Heeres kam bei dem mißglückten Putschversuch der 2. Panzerdivision im Juni 1973 zum Vorschein. Bei dieser Generalprobe für die militärische Machtübernahme wurde sichtbar, daß sich der Großteil des Heeres nicht an jede gewählte Regierung gebunden fühlt, sondern daß seine Loyalität eine Klasseloyalität gegenüber der Bourgeoisie, dem Großgrundbesitz und dem Imperialismus ist. Warum sich das Militär und die Polizei solange der Regierung der Unidad Popular gegenüber "loyal" und "patriotisch" gezeigt hat, lag sicher in der allgemeinen Krise und Unsicherheit der chilenischen Bourgeoisie begründet, nicht aber daran, daß die Militärs ihre gemeinsamen Interessen mit der Arbeiterklasse erkannnt hätten. Dafür gab es keinerlei Veranlassung. Sie stammten ihrer sozialen Herkunft nach aus der Bourgeoisie, und waren auch von ihr aufgebaut worden. Die chilenische Armee hatte auch die ganze Zeit der Unidad Popular Regierung nicht die Beziehungen zum US-Imperialismus abgebrochen. Ein Großteil der Offiziere wurde weiterhin in den US-Antiguerillaschulen in Panama ausgebildet, war mit den modernsten amerikanischen Waffen ausgerüstet und erhielt die ganze Zeit US-Militärhilfe, obwohl die USA alle Wirtschaftskredite für Chile gesperrt hatten. Die Armee war von der Regierung Allende unverändert, als gutbezahltes Berufsheer übernommen worden. Der einzige Eingriff bestand darin, daß einige wenige stockreaktionäre Brigadengeneräle vorzeitig in die Pension geschickt wurden. Sonst war es die gleiche Armee und die gleiche Polizei, die immer alle Kämpfe der Arbeiter und Bauern blutig unterdrückt hatte, die auch für die Massaker an Arbeitern, Landarbeitern und marginados (den Slumbewohnern) im Auftrag der Regierung Frei in den Jahren 1967 - 1969 ausgeführt, verantwortlich war.
Zu glauben, daß man eine solche Armee neutralisieren oder gar für sich gewinnen könnte, war der Illusionismus, den die Reformisten der Unidad Popular verbreiteten. (So schrieb die Volksstimme am 14.11. 1972 nach der Hereinnahme der Militärs in die Regierung einen Leitartikel unter dem Titel:" Chiles Volk gewann eine wichtige Schlacht" : "Diese Tatsache (die Arbeitsleistung der chilenischen Volksmassen) ist auch der Hauptgrund dafür, daß die Versuche der Reaktion, die Armee oder wenigstens Teile von ihr auf ihre Seite zu ziehen und mit ihrer Hilfe die Regierung unter Präsident Allende zu stürzen, völlig fehlschlugen. Die Heeresleitung wies nicht nur alle solchen Versuche öffentlich brüsk zurück, sondern ihre Vertreter traten in eine neue Regierung der Volkseinheit ein. Sie erklärten es als ihre patriotische Pflicht, die verfassungsmäßige Regierung und Chile gegen die innere und äußere Subversion zu schützen. ")
Sicherlich war es gelungen, einzelne Teile des Heeres und auch Teile des Offizierskorps für die Reformen der Unidad Popular zu gewinnen, aber dies bereits mit der Gewinnung der Armee zu verwechseln und so ihren Unterdrückungscharakter im Interesse der herrschenden Klassen nicht zu erkennen, bedeutete für die chilenische Arbeiterklasse und die Volksmassen eine Erfahrung, die sie blutig bezahlen mußten. Bestand die Politik der Unidad Popular bis zu zu dem Putschversuch im Juni in einem langsamen Zurückweichen vor den immer stärkeren Angriffen der Reaktion, so änderte sich dies danach. Die Regierung versuchte sich durch Versprechungen, Kompromisse und Schläge nach verschiedenen Seiten zu behaupten. Denn nicht nur die Reaktion hatte sich verstärkt, sondern auch die Volksmassen hatten begonnen, den Prozeß der gesellschaftlichen Veränderungen selbst in die Hand zu nehmen. Sie besetzten die Fabriken und bildeten eigene Organe der Volksmacht, die "Cordones industriales" heraus. Diese entstanden nahezu in jedem Industriebezirk in Chile und organisierten die Aufrechterhaltung und die Gestaltung der Produktion, die Beschaffung der Rohstoffe und vor allem die bewaffnete Verteidigung der Fabriken gegen faschistische Überfälle. Ähnliche Institutionen, die "Consejos Campesinos" auf dem Land und die "Comandos Comunales" in den Wohnbezirken, waren der Ausdruck der Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Kampfbereitschaft des chilenischen Volkes. Die Unidad Popular und die in ihr zusammengefaßten Parteien bezogen zu der Bewaffnung des Volkes, zu dessen immer fortschreitender Organisierung verschiedene entgegengesetzte Positionen. Während nicht unerhebliche Teile der MAPU und der Sozialistischen Partei von der Regierung die allgemeine Bewaffnung der Bevölkerung gegen den immer stärkeren Druck der Reaktion, gegen die verstärkten Terrorangriffe der Banden forderten, sprachen sich Allende, die KP Chiles und die Radikale Partei entschieden gegen die Bewaffnung aus und erklärten immer wieder, sich nur auf die bewaffneten Streitkräfte zur Erhaltung der Regierung zu stützen.
Mit dem zweiten Streik der Transportunternehmer, der bereits als politisches Kräftemessen mit der Unidad Popular Regierung begonnen wurde, der die Versorgungslage des Landes äußerst gefährdete, in dessen Gefolge die Taxi- und Busunternehmer, die Ärzte, die Piloten, die Bankangestellten und die Frauen der Bourgeoisie mit ihrem Marsch der "leeren Töpfe", vehement gegen die Unidad Popular auftraten, wurde der letzte Akt eingeläutet. Die Polizei und die Armee unterstützte die Regierung immer weniger im Kampf gegen die "Streiks", während sie immer häufiger Razzien in besetzten Fabriken und Landgütern durchführte, die angeblich der Suche von Waffenlagern der "Anarchisten der MIR" galten, aber nichts anderes als einen Versuch der Entwaffnung des Volkes bedeuteten. Die Regierung wurde immer mehr in die Defensive gedrängt und mußte dann nach längerem Lavieren, nach einigen mißglückten Versuchen der Verständigung mit den Christdemokraten, wieder das Militär, das nach den Wahlen vom März aus der Regierung ausgeschieden war, verstärkt um den Oberkommandierenden der Polizei, in die Regierung hineinnehmen. Jetzt aber genügte dies nicht mehr, um die Bourgeoisie und die Reaktion für eine bestimmte Zeit zu beruhigen. Jetzt sahen diese darin nur mehr die Schwäche einer Regierung, die sich an ihren eigenen Fehlern aufgerieben hatte, und die für sie weder nötig noch unüberwindlich war. Der Schlußstrich war dann der Mili-

tärputsch vom 11. September.
Doch das chilenische Volk ist nicht besiegt. Mit den Waffen, die sich die Arbeiterklasse und die anderen Teile des Volkes während der Regierungszeit Allendes erkämpft haben, leisten sie den Militärs erbitterten Widerstand. Dieser Kampf mag für eine bestimmte Zeit zurückgedrängt werden, doch der endgültige Sieg der Arbeiterklasse und der Volksmassen Chiles in ihrem Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung – der Sieg des Sozialismus – kann nicht verhindert werden.

Venceremos!



DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN FÜR SYMPATHISANTEN

Über die Grundlagen unserer Politik

Wir wollen mit diesen Diskussionsveranstaltungen allen Sympathisierenden die Gelegenheit geben, sich eingehender mit den politischen Grundlagen unserer Organisation auseinanderzusetzen und diese näher kennenzulernen. Es soll versucht werden, auf die Bedürfnisse der Teilnehmer weitgehend einzugehen. Damit die Diskussion nicht zerflattert, sollen bestimmte Texte herangezogen werden, die allen Teilnehmern eine Grundlage und einen Bezugspunkt für die Diskussion geben.
Es wird zwei thematische Gruppen geben, wobei sich die erste eher mit grundlegenden Fragen beschäftigen soll.

- Grundlagen des dialektischen und historischen Materialismus
Die dialektische Weltanschauung, ihre Anwendung auf die Geschichte, den Klassenkampf. Die Analyse der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, der allgemeine Gang der sozialistischen Revolution des Proletariats.

- Grundlagen des Leninismus
Die hauptsächlichen Widersprüche, die der imperialistische Kapitalismus hervorgetrieben hat, der Imperialismus als Ära der proletarischen Revolution, die Verbündeten des Proletariats im Imperialismus, der Gang der proletarischen Weltrevolution, die Grundlagen kommunistischer Taktik im Imperialismus.

MASSAKER IN MOZAMBIQUE:

Auch diese Verbrechen können einen Sieg im Volkskrieg nicht aufhalten!

AUS DER PRESSEERKLÄRUNG DER FRELIMO (Übersetzt aus: Mozambique Revolution Nr.55, Juni/ Juli 1973)

Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit richtete sich kürzlich - - mit einer Mischung von Entsetzen und Verachtung - auf einen Bericht von spanischen und englischen Geistlichen, in dem das Massaker portugiesischer Truppen an ungefähr 400 mozambquanischen Einwohnern eines Dorfes in der Provinz Tete beschrieben wird. Die FRELIMO begrüßt die internationale Anprangerung und Verurteilung dieses Völkermordes und weist darauf hin, daß dieses Massaker nicht isoliert betrachtet werden darf. Tatsächlich sind Massaker die normale Praxis der portugiesischen Truppen in Mozambique. Sie sind Bestandteil des portugiesischen Kolonialsystems. Schon 1960 wurden mehr als 500 Einwohner des Dorfes Mueda in Nord-Mozambique mit Granaten- und Maschinengewehrfeuer abgeschlachtet, als sie in einer friedlichen Demonstration von den portugiesischen Behörden die Unabhängigkeit forderten. Immer wieder hat die FRELIMO ausführliche Berichte über viele andere umfangreiche Greueltaten am Volk von Mozambique veröffentlicht. Diese Berichte, von denen einige in regelmäßigen Abständen der UNO - Menschenrechtskommission vorgelegt worden sind, beschreiben die Bombardierung und Zerstörung ganzer Ortsc haften, Plünderungen gewaltsame Umsiedlung der Bevölkerung, Folterung und Mord an Kriegsgefangenen und die Anwendung von chemischen Waffen durch die portugiesische Armee in den befreiten Gebieten.

DER "SINNESWANDEL" DER EUROPÄISCHEN IMPERIALISTEN

Kurz vor dem Besuch des portugiesischen Präsidenten in England tauchten in der Presse Berichte über das Massaker der Portugiesen in Wiriyamu, Mozambique auf, über das auch die österreichischen Massenmedien ausführlich berichteten. Kurz darauf folgten dann weitere "Enthüllungen" über Greueltaten der portugiesischen Kolonialisten. Weiters forderte Labour-Führer Wilson den Austritt Portugals aus der NATO, der deutsche "Entwicklungshile"minister Eppler äußerte sich dahingehend, daß "Portugal nicht die Beziehungen Europas in Afrika vergiften dürfe" und die SPD richtete kurz darauf eine Einladung an die FRELIMO.

Sind die europäischen Imperialisten plötzlich Freun de der unterdrückten Völker geworden? Keineswegs!
Alle diese Tatsachen sind auf ein und dieselbe Ursache zurückzuführen:
Auf die Erfolge des Volkes von Mozambique unter der Führung der FRELIMO im revolutionären Befreiungskampf.
Hinter der "Empörung" der bürgerlichen Presse von so eng mit den portugiesischen Kolonialisten liierten Staaten wie Großbritannien und der BRD steckt nämlich einerseits die Absicht, zu verschleiern, daß es gerade die umfassende militärtechnische, ökonomische und politische Unterstützung der NATO-Staaten ist, die es den portugiesischen Kolonialisten heute noch ermöglicht, die Völker in ihren afrikanischen Kolonien auszuplündern und ihre unausweichliche Niederlage durch beispiel-

lose Verbrechen hinauszuzögern. Andererseits stellt gerade der Versuch der SPD, sich an die Befreiungsbewegungen anzubiedern, den vorläufigen Höhepunkt der Strategie verschiedener imperialistischer Mächte dar, über eine "Unterstützung" der Befreiungsbewegungen den Völkern in den portugiesischen Kolonien den Weg zu einer neokolonialistischen Lösung offenzuhalten, durch die die Ausbeuterinteressen der Imperialisten gewahrt bleiben. Diese Absicht hat auch der SPD-Minister klar formuliert, als er sagte, die Chance, daß Mozambique einmal kommunistisch werde, sei um so größer, je "weniger sich der Westen um die Rebellen kümmere."

Dieser "Sinneswandel" der Imperialisten, wie er gegenwärtig am deutlichsten in der BRD festzustellen ist, geht also keineswegs darauf zurück, daß die sozialdemokratischen Sachwalter des BRD-Imperialismus oder andere imperialistische Mächte angesichts der portugiesischen Massaker moralische Bedenken gegen eine weitere Unterstützung des Faschisten Caetano bekommen hätten. Immer mehr müssen die an der Ausbeutung der afrikanischen Kolonien beteiligten imperialistischen Staaten zur Kenntnis nehmen, daß Portugal von Tag zu Tag weniger in der Lage ist, die Interessen des internationalen Kapitals in diesen Ländern Afrikas zu schützen und zu wahren. Deshalb bereiten sich derzeit die BRD-Imperialisten langsam darauf vor, das Pferd zu wechseln, in der Hoffnung, nach der Niederlage der Portugiesen, über ein von ihnen abhängiges afrikanisches Regime, an die Bodenschätze heranzukommen. Deshalb beginnen sie auch, Portugal mehr und mehr zu kritisieren und aufzufordern, "sich auf Europa zurückzubesinnen."

Die FRELIMO hat diese Manöver klar durchschaut, als sie schrieb "... jene Länder sehen, daß unser Kampf voranschreitet, sie sehen, daß Portugal zunehmend die Kontrolle über Angola, Guinea-Bissao und Mozanbique verliert; in einem gewissen Grad geben sie Portugal auf und erklären sich bereit, unsere Sache zu unterstützen. Aber sie tun dies in der Hoffnung daß wir ihre Interessen nach der Unabhängigkeit respektieren würden." (Mozambique Revolution Nr. 53, Okt.-Dez. 1972)

WIRIYAMU IST KEIN EINZELFALL

Das Massaker von Wiriyamu, das in der bürgerlichen Presse als mehr zufällig hingestellt und mit dem ebenfalls als "bedauerliche Entgleisung" hingestellten Massaker von My Lai in Vietnam verglichen wird (AZ 15.7.) steht, tatsächlich in der langen Kette von Gewalttaten der portugiesischen Kolonialarmee und ist keineswegs der bedauerliche Einzelfall, als den ihn die bürgerliche Presse darstellt, sondern der grausame Alltag des portugiesischen Kolonialkriegs in Afrika. Dies beweisen nicht nur die Presse-Erklärung der FRELIMO und die Veröffentlichungen der Befreiungsbewegungen in Angola und Guinea-Bissao, sondern auch der Bericht einer Arbeitsgruppe der UNO-Menschenrechtskommission, der auf mehr als 200 Seiten zahlreiche Beispiele für die Verbrechen der portugiesischen Kolonialisten anführt. Gegen diese Verbrechen, deren grundlegendstes die gewaltsame Niederhaltung und Ausplünderung der Arbeiter und Bauern ist, führen die Völker von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique seit mehr als 10 Jahren einen gerechten Volkskrieg. Auf die unaufhaltsamen Erfolge der Volksmassen in ihrem Kampf für nationale Unabhängigkeit und ein menschenwürdiges Leben wissen die Kolonialisten keine andere Antwort mehr als immer noch barbarischere Unterdrückungsmaßnahmen und Verbrechen.

ERFOLGE DER FRELIMO BEDROHEN DIE IMPERIALISTISCHEN INTERESSEN

Der portugiesische Missionar Luis Alfons da Costa gibt an, daß zwischen Mai 1971 und März 1972 allein in einem Bezirk der Provinz Tete 24 Massaker an der afri

kanischen Bevölkerung verübt wurden (Spiegel 13.8.73). Würden die Bourgeoisschreiberlinge sich um die Hintergründe für diese keineswegs "seltenen Fälle von Grausamkeiten", wie es eine österreichische Tageszeitung nannte, kümmern, so müßten sie zugeben, daß die afrikanischen Dorfbewohner aus nackter Profitgier und dem verzweifelten Bemühen, das überlebte portugiesische Kolonialsystem im Interesse des Imperialismus aufrechtzuerhalten, ermordet wurden. Das Beispiel des Dorfes Wiriyamu zeigt dies besonders deutlich.

Dieses Dorf liegt allen Gegenbeteuerungen zum Trotz in der Provinz Tete, wo auch der Cabora-Bassa-Staudamm von Konzernen verschiedener imperialistischer Staaten errichtet wird. Die Gewalttaten der portugiesischen Kolonialisten dort stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Staudamm, der von entscheidender ökonomischer, politischer und strategischer Bedeutung für die Aufrechterhaltung der rassistischen und kolonialistischen Regimes im Süden Afrikas ist. Er soll ein mächtiger Energielieferant für die von rassistischen Minderheiten beherrschten Länder Südafrika und Rhodesien werden, ihre Herrschaft über den Süden Afrikas stärken und sie noch enger im Kampf gegen die gerechten Freiheitsbestrebungen der Völker in diesem Raum zusammenschließen. Um den Staudamm herum soll nach dem Plan des portugiesischen Kolonialregimes das Land endgültig der afrikanischen Bevölkerung entrissen und an mehr als 1 Million weiße Siedler "verschenkt" werden, auf die sich die Kolonialisten in ihrem Kampf gegen die afrikanischen Bauernmassen stützen wollen. Seit Baubeginn ist das Staudammprojekt ein militärisches Ziel der Front für die Befreiung Mozambiques (FRELIMO), die die Funktion des Staudamms als imperialstisches Projekt klar durchschaut und den Kampf dagegen aufgenommen hat. Das massive Engagement deutscher Konzerne in diesem Projekt, deren Beteiligung durch Hermes-Bürgschaften der SPD-Regierung abgesichert wurde, erklärt auch die Tatsache, warum die SPD gerade jetzt ihre Fühler nach der FRELIMO auszustrecken beginnt, wo der Druck der kämpfenden Volksstreitkräfte auf die Provinz Tete und das Gebiet des Cabora-Bass-Staudammes immer stärker wird.

Die portogiesische Kolonialarmee versucht mit immer geringerem Erfolg, das Staudammprojekt abzusichern. Alle in diesem Gebiet lebenden Afrikaner wurden als Vorstufe zu ihrer endgültigen Vertreibung und um sie von der FRELIMO abzuriegeln, in Wehrdörfer gepfercht, ihre alten Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Alles, was in den Kampfgebieten des Landes nicht in den Städten oder den Wehrdorf-KZs lebt, wird von den Portugiesen als Feind betrachtet. Der Busch und der Urwald sind freie Feuerzone", dort wird hemmungslos gebombt und gemordet. Diese Strategie übernahmen die Portugiesen von den US-Imperialisten, die so vergeblich versucht haben, das vietnamesische Volk zu besiegen. Auch das Konzept der mit Stacheldraht und Wachtürmen umgebenen Wehrdörfer, "aldeamentos" genannt, die scharfen Ausweiskontrollen und die Brutalität, mit denen die Bevölkerung in diese Konzentrationslager gezwungen wird, ist aus dem Vietnamkrieg bekannt.

Die Portugiesen hoffen jedoch vergebens mit dieser Strategie die Bevölkerung von der FREMILO zu isolieren und diese dadurch aufreiben zu können. Die Brutalität mit der die portugiesischen Kolonialisten gegen die Bauern vorgehen, beweist am besten die Tatsache, die die portugiesische Regierung stets abzuleugnen versucht: daß das Volk von Mozambique die Kämpfer der FRELIMO aktiv unterstützt und in ihnen ihre wahren Vorkämpfer und Vertreter sieht. Die Portugiesen greifen zu ihren letzten verzweifelten Mitteln, um die Bevölkerung in

die Wehrdörfer zu zwingen. Sie schrecken vor den unvorstellbarsten Grausamkeiten nicht zurück, um sich durchzusetzen: sie treten Kinderköpfe ein, schlizten Schwangeren die Bäuche auf, zwingen die Bevölkerung zu Kannibalismus und prügeln Greise zu Tode. Denn freiwillig läßt sich die Bevölkerung nicht in die Wehrdörfer zwingen und freiwillig bleibt sie auch nicht dort. Nach jahrhundertelanger Ausbeutung und Unterdrückung, Landraub und Zwangsarbeit wissen die Volksmassen, daß ihre Interessen mit denen des Kolonialsystems unvereinbar sind. Sie wissen, daß die FRELIMO ihre Kampforganisation gegen Kolonialismus und Imperialismus ist, die ihren wahren Interessen dient. Deshalb schicken sie auch ihre besten Söhne und Töchter in die Reihen der Befreiungsorganisation und unterstützen den Kampf mit allen Mitteln. Diese enge im Kampfgefestigte Einheit der FRELIMO und der Volksmassen können den Koloniallisten und Imperialisten, für die die Bevölkerung immer nur ein beliebig manipulierbares Objekt darstellt, nicht begreifen. Was sie erkennen, ist nur die Ohnmacht gegenüber dieser Kampffront des Volkes, gegenüber dieser Logik des Volkes, die sich der Logik des Imperialismus siegreich entgegenstellt.

Das Massaker von Wiriyamu, blindwütige ziellose Schläge gegen die ganze Bevölkerung, Napalmbombardements, massiver Einsatz von Pflanzenvernichtungsmitteln, Völkermord - darin findet die Logik des Imperialismus immer wieder ihren Ausdruck, wenn er sich durch das Volk in die Enge getrieben sieht. Aber selbst durch solche barbarischen Gewalttaten werden die portugiesischen Kolonialisten ihre Herrschaft nicht erhalten, sondern damit nur noch mehr den Wiederstand des Volkes stärken, seine Entschlossenheit, die völlige Unabhängigkeit und Freiheit zu erkämpfen. Auch das gehört zur Logik des Imperialismus.

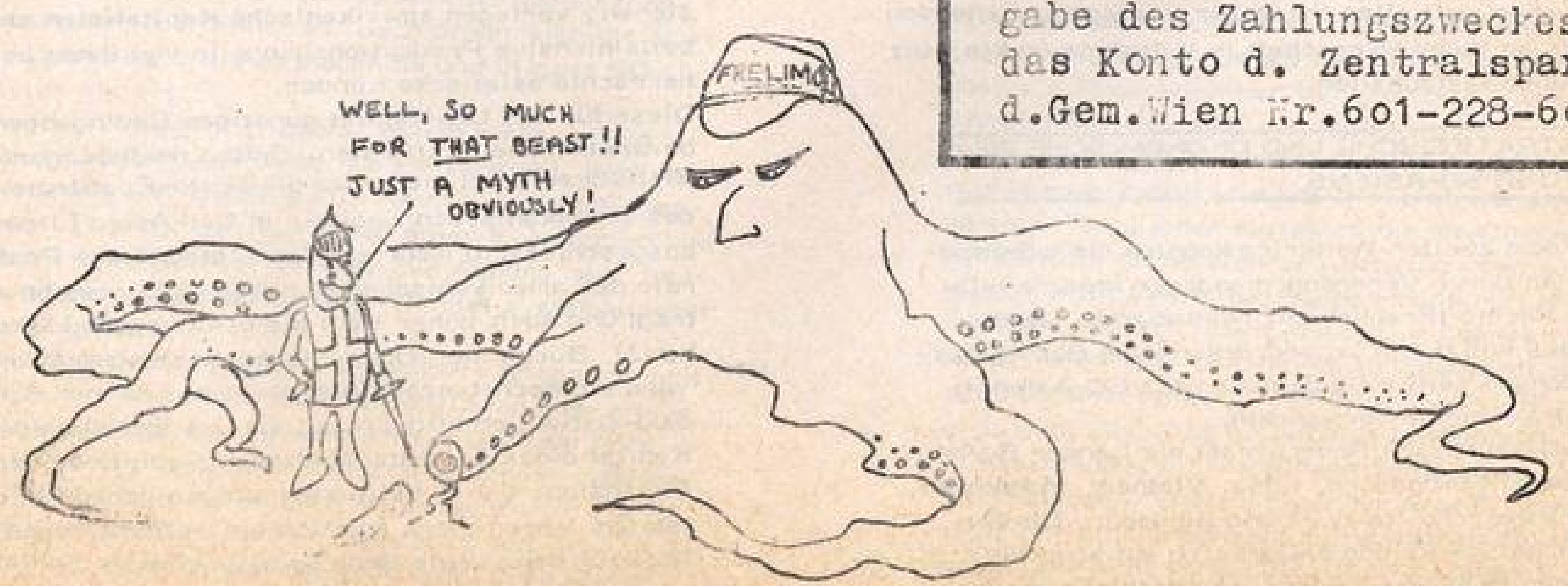
Deshalb müssen heute im Bezirk von Cabora Bsdds 21.000 feindliche Soldaten ständig stationiert sein, um das imperialistische Staudammprojekt zu schützen. Deshalb werden in den Bezirken von Caba Delgado, Niassa und Tete über eine Million Menschen in die Wehrdorf-KZs gezwungen und deshalb wurde ein dreifacher Verteidigungsring um den Staudamm gezogen. Das südafrikanische Rassistenregime, das durch einen ungeheuren Aufschwung der Volkskämpfe im eigenen Land immer mehr in Bedrängnis gerät, versucht die portugiesischen Kolonialherrn mit massiver militärischer Unterstützung vor einer Niederlage gegen das heldenhafte Volk von Mozambique zu bewahren, das den unterdrückten afrikanischen und anderen farbigen Völkern in Südafrika ein für die Rassisten immergefährlicheres Beispiel wird. Marcelino dos Santos, Vizepräsident der FRELIMO, erklärte dieses Jahr in London, daß drei Bataillone der Armee Südafrikas im Gebiet von Cabora Bassa zur Unterstützung der portugiesischen Kolonialarmee eingesetzt sind. Auch das Minderheitsregime in Rhodesien läßt den Portugiesen jegliche Unterstützung zukommen. So überschritten am 5.September 1971 rhodesische Rassisten die Grenze nach Mozambique und ermordeten acht Bewohner des Dorfes Suiga im Distrikt Mucumbura, wo auch die Portugiesen für zahlreiche Massaker an der Dorfbevölkerung verantwortlich sind.



SIEG DEM VOLKSKRIEG IN MOZAMBIQUE ! SIEG DER FRELIMO !

Die Isolierung der portugiesischen Kolonialisten und ihrer imperialistischen Hintermänner nimmt unaufhörlich zu. Die Siege der Volksmassen in Mozambique, Angola und Guinea-Bissau über ihre Unterdrücker und Ausbeuter zwingen bereits einige imperialistische Mächte zum Umdenken und zur Suche nach neuen Wegen, ihre Schmarotzerinteressen in Afrika zu wahren. Mit dem unaufhaltsamen Vormarsch des Volkskrieges in den portugiesischen Kolonien wächst auf der ganzen Welt die Solidaritätsbewegung aller fortschrittlichen und antiimperialistischen Menschen und ermutigt die kämpfenden Völker zu neuen Siegen. Sie werden sich auch durch die neuen Manöver der Imperialisten nicht irremachen lassen. Einem Volk, das durch seine eigene Kraft einen gerechten Krieg für seine Interessen führt, kann niemand den völligen Sieg steitig machen.

Solidarität mit dem kämpfenden Volk von Mozambique!
Sieg im Volkskrieg!
Sieg der FRELIMO!



INDOCHINA: Die US-Agression ist nicht zu Ende

Seit dem Abschluß des "Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" im Jänner dieses Jahres ist es den amerikanischen Imperialisten gelungen, einen Teil der fortschrittlichen Menschen, auch in Österreich über die Ziele ihrer Politik zu teuschen und so die Unterstutzungsbewegung für den Kampf der indochinesischen Völker zu schwächen. Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, als habe sich ihre Politik grundsätzlich geändert und als würden sie sich heute, langsam und "unter Wahrung ihres Gesichtes ", aber doch bestimmt aus Indochina zurückziehen. Dieses propagandistische Vorgehen bildet einen festen Bestandteil ihrer derzeitigen Taktik. Sie versuchen dabei, aus der Not, nämlich wegen der eigenen Schwäche Bodentruppen abziehen zu müssen, eine Tugend zu machen.

Die Heuchelei der US-Imperialisten wird von den reaktionären Kräften der ganzen Welt unterstützt. Die sowietischen Sozialimperialisten zum Beispiel, wollen weis machen, daß der Vietnamkonflikt bereits "friedlich geregelt " sei und daß einem entgültigen Frieden in Vietnam im Wesentlichen nur noch die " starre " Haltung der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNC) im Wege stehe, die nicht gemäß den Plänen der SU die Kambodschafrage "friedlich zu regeln", handelt. So schreibt die sowjetische Zeitung "Neue Zeit" Nr. 6, 1973, "die Einstellung des Krieges in Vietnam ist ein großer Sieg der Vernunft und des Realismus in den internationalen Beziehungen. "
In Österreich stoßen vor allem die KPÖ-Revisionisten und die "linken" Sozialdemokraten in dieses Horn. Sie legen Wert darauf, daß es jetzt v. a. darum gehe, materielle Hilfe für den Wiederaufbau zu leisten. Aus der Bewegung zur politischen Unterstützung des Kampfes der indochinesischen Völker gegen die fortgesetzte imperialistische Aggression sind sie ausgeschert.
Es ist aber heute notwendig, die internationale Solidarität weiter zu verstärken. Denn die amerikanischen Aggressoren sind durch die inneren Zwänge des imperialistischen Systems gezwungen, auch wenn sie schwere Niederlagen erlitten haben, zu versuchen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln an ihrer Herrschaft in Indochina und in ganz SO-Asien festzuhalten.

DIE STRATEGISCHE UND ÖKONOMISCHE BEDEUTUNG SO-ASIENS

Nach dem zweiten Weltkrieg konnten die US-Imperialisten durch Verdrängen anderer imperialistischer Mächte (Frankreich, Niederlande, Japan, England) und durch Unterdrückung von Befreiungsbewegungen zeitweilig beinahe ganz SO-Asien in ihre Neo-Kolonie verwandeln.
Der SO-asiatische Raum umfaßt die Länder Burma, Thailand, Kambodscha, Laos, Vietnam, Indonesien, die Philippinen, Malaysia und Singapur. Die Bevölkerung SO-Asiens beläuft sich auf etwa 270 Millionen Menschen. Schon wegen seiner großen Menschenreserven und seiner geographischen Lage als Verbindungsstück zwischen dem Pazifischen und Indischen Ozean hatte SO-Asien für die US-Imperialisten von jeher große strategische Bedeutung.
Es ist aber auch eine wichtige Rohstoffquelle für die amerikanischen Monopolkapitalisten. Das günstige Klima und der fruchtbare Boden ermöglicht in großem Maße den Anbau von Nahrungsmitteln und von Nutzpflanzen. An erster Stelle steht hier der Natur-Kautschuk, von dem 90 % der Weltproduktion aus SO-Asien stammen.
Der wichtigste strategische Rohstoff, der heute von den US-Imperialisten in SO-Asien ausgebeutet wird, ist jedoch das Erdöl. Nicht zuletzt wegen der Fortschritte des Kampfes der arabischen Völker gegen die Ausplünderung ihrer Ressourcen haben die Funde am Schelf von Süd-Vietnam, Kambodscha und Indonesien außergewöhnliche Bedeutung. Erdöl ist einerseits ein wichtiges strategisches Gut für die Aufrechterhaltung des imperialistischen Weltsystems, andererseits gehören die Erdölmonopole zu den profitabelsten kapitalistischen Unternehmen überhaupt. Deshalb fließen große Mengen amerikanischen Kapitals in die Erdölförderung in SO-Asien.
Das amerikanische Journal "Petroleum Engeneer" schreibt: "Der asiatische Pazifik scheint jenes Gebiet zu sein, wo sich der nächste internationale Boom ereignen wird. " (1) Das "Oil und Gas Journal" (25. 1. 71) schätzt, daß die USA gegen 1975 aus diesem Raum 450 000 barrels Öl pro Tag einführen werden (das ist ca. 1/3 der Fördermenge Kuweits).
Der gesamte Golf von Thailand und alle Meeresgebiete rund um Indonesien und Malaysia sind heute zwischen amerikanischen Monopolkapitalisten und einigen Monopolen anderer imperialisitischer Länder aufgeteilt. Aber auch Süd-Vietnam ist vielversprechend. Ein Geologe einer amerikanischen Öl-Gesellschaft behauptet: "Das Potential der (Erdöl-) Produktion Süd-Vietnams ist großer als das Indonesiens und wahrscheinlich vergleichbar mit den Hauptregionen der Produktion im mittleren Osten. " (2) Sowohl vor der Küste, als auch im MekongDelta wurden bedeutende Vorkommen entdeckt.
Neben Erdöl, Kautschuk und anderen wichtigen Rohstoffen wie Kupfer, Zink, Nickel etc. übt auch das vom Imperialismus überaus niedrig gehaltene Lohnniveau in den Süd-Ost-asiatischen Ländern eine große Anziehungskraft auf das amerikanische Kapital aus. Um im immer härter werdenden Konkurrenzkampf gegen andere imperialistische Mächte zu bestehen, verlegen amerikanische Kapitalisten arbeitsintensive Produktionsgänge in von ihnen beherrschte asiatische Länder.
Diese für das US-Kapital günstigen Bedingungen bewirken hohe Profitraten. Selbst nach bürgerlichen Statistiken zeigt sich, daß die Netto-Profitrate des amerikanischen Kapitals in Ost-Asien (Japan ausgeschlossen) mehr als das 1,6fache der Profitrate des amerikanischen Kapitals in Europa beträgt und auch höher liegt als etwa in Lateinamerika (3). Durch die verstärkte Ausbeutung des Erdöls wird sie noch beträchtlich steigen.
Süd-Ost-Asien bildet heute für das amerikanische Kapital eines der entscheidenden Gebiete seiner Expansion, die Investitionen steigen gerade in den letzten Jahren stark an. Von einem freiwilligen Rückzug kann keine Rede sein.

---

(1) zitiert nach Le Monde 2o. 3. 71

(2) Far Eastern Economic Review 5. 2. 71. s. 73

DIE NIXON DOKTRIN

Die wirtschaftlichen Pläne der US-Imperialisten in SO-Asien lassen sich nur verwirklichen, wenn die Unterdrückung der Völker dieses Gebietes aufrecht erhalten werden kann. Was auch immer aber die US-Aggressoren an politischen und militätischen Maßnahmen versucht haben, die Befreiungsbewegungen haben immer größere Siege errungen und die US-Imperialisten völlig in die Defensive gedrängt.

Der Versuch der amerikanischen Regierung unter Johnson, den Volkskrieg des vietnamesischen Volkes durch den direkten massiven Einsatz von US-Bodentruppen kombiniert mit Luftangriffen auf ganz Indochina zu besiegen, scheiterte. Die amerikanischen Interventionstruppen wurden von der vietnamesischen Volksarmee geschlagen. Die Tet-Offensive und die Offensive 1969 besiegelten die Niederlage der USA im "begrenzten Krieg".

Die US-Imperialisten mußten einsehen, daß die US-Armee bei weitem nicht stark genug war, um die Volksstreitkräfte zu schlagen. Der Einsatz der Bodentruppen kostete ungeheure Summen, erschütterte dadurch die amerikanische Wirtschaft und brachte die Stellung der USA im imperialistischen Weltsystem ins Wanken. Die zig-tausend in Vietnam gefallenen amerikanischen Soldaten verstärkten die Antikriegs-Bewegung in Amerika und vergrößerten den Widerwillen der Massen gegen die imperialistischen Machthaber. Durch die direkte Intervention wurde in Vietnam selbst, aber auch auf der ganzen Welt, der verbrecherische Charakter des Aggressionskrieges noch deutlicher: die Marionetten wurden noch mehr isoliert und die internationale Solidaritätsbewegung wuchs an.

In dieserSituation mußten die Imperialisten die Taktik bei der Fortführung ihrer Aggression ändern: die "Nixon-Doktrin" wurde geboren. Die "Nixon-Doktrin" ist also einerseits Ausdruck der Schwäche und der Niederlage des US-Imperialismus, andererseits aber eine neue, noch raffiniertere Aggressionstaktik. Der Inhalt der Doktrin ist ganz grob gesagt: sich militärisch hauptsächlich auf die Marionettenarmeen stützen, diese mit verstärkter amerikanischer Unterstützung gigantisch ausbauen, die verschiedenen Marionettencliquen der Region eng zusammenschließen, andere imperialistische Länder miteinbeziehen (in erster Linie Japan) und gleichzeitig die amerikanische Marine und Luftwaffe einsetzen. Paralell dazu wird die ökonomische Durchdringung der Neokolonien weiter verstärkt.

Wenn diese Doktrin auch schon schwere Niederlagen in Vietnam, Kambodscha und Laos davongetragen hat, so gibt sie doch auch heute noch die wesentlichen Leitlinien an, nach denen sich die amerikanische Politik in Indochina und in ganz SO-Asien richtet.

Freilich bringt die Nixon-Doktrin nichts völlig Neues. Die Maßnahmen, die sie vorsieht, sind im Wesentlichen traditionelle Methoden des US-Neokolonialismus, wie sie schon unter Eisenhower und Kennedy angewandt wurden. Sie werden aber heute in viel größerem Umfang und viel systematischer durchgeführt.

In den letzten Jahren, insbesondere knapp vor und nach dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens, wurden den Armeen Thieus und Lon Nols tausende Flugzeuge und andere modernste Waffen aller Art in einer solchen Menge übergeben, daß die vietnamesischen Marionetten zu den bestausgerüsteten Armeen der Welt gehören. Dies kommt den amerikanischen Imperialisten immer noch billiger als der Einsatz von Interventionstruppen. Ein einheimischer Soldat kostet nur den Bruchteil eines amerikanischen und die Marionettenarmeen brauchen auch keinen derart aufgeblähten logistischen Apparat wie die US-Truppen. Der Abzug der amerikanischen Bodentruppen bringt auch politische und propagandistische Vorteile. Insgesamt gesehen bedeutet allerdings das Umsatteln von US-Bodentruppen auf Marionettentruppen eine Schwächung der Position des Imperialismus. Denn die Marionettensoldaten, die meist zwangsweise rekrutiert werden müssen, sind sehr unzuverlässige Kämpfer für die Interessen der USA. Sie



Die Lon-Nol Clique rekrutiert Kinder für die imperialistische Aggression der USA

kommen aus dem Volk und können für den nationalen Befreiungskampf gewonnen werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Nixon-Doktrin ist der enge Zusammenschluß der Marionettencliquen. Die Marionettenarmeen werden wechselseitig in anderen Ländern eingesetzt. Schon vor einiger Zeit wurde die Armee Thieus nach Laos und Kambodscha, thailändische Marionettenstreitkräfte nach Vietnam entsandt, sie bildeten das Rückgrat der Aggression gegen Laos und sind bis heute in Kambodscha im Einsatz. Nach Abzug der amerikanischen Infanterie sollen sie noch stärker herangezogen werden. Sowohl die Thieu-Clique als auch die thailändischen Reaktionäre drohten im letzten Monat wiederholt, im Falle der Rückkehr Sihanouks bzw. eines Sieges der Volksstreitkräfte über die Phnom-Penher Verräterclique mit ihren Armeen in Kambodscha einzufallen.

Durch gegenseitige Unterstützung der Marionettenregimes versuchen die US-Imperialisten den Zusammenbruch jeder einzelnen dieser Cliquen zu verhindern. Denn die Marionettenarmeen stellen gegenwärtig ihre militärische Hauptkraft dar. Die Auflösung einer dieser Armeen und damit das Zerreißen der Kette der von ihnen gesteuerten Machtzentren bringt eine starke Schwächung ihrer strategischen Situation mit sich und beschleunigt den Zusammenbruch ihres ganzen Systems von Marionettencliquen. Das ist auch der Grund, warum sie trotz der katastrophalen militärischen Situation mit aller Macht versuchen, die Verräterclique von Phnom Penh zu halten.

---

(3) nach Etudes vietnamienne 35

Die Nixon-Doktrin bedeutet nicht den völligen Abzug der US-Truppen, sondern sie sieht eine Kombination der einheimischen Bodentruppen der Marionettenregierungen mit der amerikanischen Marine und Luftwaffe vor. Die Formel Marionettenbodentruppen plus US-Feuerkraft hat im Kampf der Volksstreitkräfte gegen die Luftangriffe auf Vietnam und Kambodscha bereits eine schwere Niederlage erlitten, aber die US-Imperialisten wissen keine bessere. So haben sie, abgesehen von etwa 20 000 US-Beratern in Vietnam "nur" noch 49 000 Mann Bodentruppen in Thailand und 15 000 Mann auf den Philippinen stationiert. Sie setzen auch immer noch ihre 7. Flotte – mit 69 000 Mann die stärkste Flotte der Welt – ein und ihre 7. Luftflotte ist immer noch in Thailand stationiert. Amerikanische Transportflugzeuge versorgen die Marionettenarmeen, amerikanische Aufklärer überfliegen ganz Indochina. Gleichzeitig sind die US-Streitkräfte in SO-Asien eingebettet in ein von den USA aufgezogenes aggressives politisches und militärisches System, in dem noch andere imperialistische Staaten (vor allem Japan) und andere vom Imperialismus besetzte Territorien, wie die chinesische Provinz Taiwan und der südliche Teil Koreas (Stützpunkt der 5. US-Luftflotte), eine wichtige Rolle spielen.

ALLIANZ MIT ANDEREN IMPERIALISTISCHEN STAATEN

Die militärische Schwäche der US-Armee hat sich in den bisherigen Kämpfen in Indochina deutlich genug gezeigt. Die US-Strategen sehen ein großes Hindernis für ihre aggressiven Pläne in der grossen Distanz zwischen der amerikanischen Westküste und Indochina. Sie bauen daher immer mehr Japan zu einer zentralen Ausgangsbasis und einem Hinterland für ihre Aggression aus. Neben den zahlreichen US-Stützpunkten auf Japan und der verstärkten Aufrüstung der japanischen Militaristen leistet auch Japans Rüstungsindustrie gute Dienste für die US-Imperialisten: ein nicht unbedeutender Teil der Ausrüstung und Munition der US-Armee und der Waffen, die an das Thieu-Regime und die Phnom-Penher Marionetten geliefert werden, wird in Japan hergestellt.

Die ökonomische Seite der Nixon-Doktrin ist die Verstärkung des Kapitalexports nach Indochina und ganz Ost-Asien. Dadurch soll dem wachsenden Bedürfnis des amerikanischen Monopolkapitals nach profitablen Anlagemöglichkeiten nachgekommen werden. Gleichzeitig versucht man damit, die unterdrückten Gebiete noch fester in den von den USA dominierten kapitalistischen Markt zu integrieren und wirtschaftlich noch stärker unter die Abhängigkeit der USA zu bringen. Für die größten und längerfristigen Investitionen, die dazu dienen, die Infrastruktur für die verstärkte Ausbeutung zu schaffen, werden auch hier andere imperialistische Länder herangezogen. Zu diesem Zweck wurden große internationale Bankorganisationen unter amerikanischer Dominanz geschaffen. Ein typisches Beispiel ist die 1966 gegründete Asian Developement Bank (ADB). Ihre Kredite gehen gerade in den letzten zwei Jahren in verstärktem Ausmaß an die Indochinesichen Marionettenregimes.

Die Kredite werden hauptsächlich für Projekte vergeben, die die Ausbeutung der nationalen [illegible] erleichtern, oder überhaupt erst möglich [illegible] chzeitig außerordentliche militär-strategische Bedeutung haben: Straßen, Häfen und Lageranlagen, Flughäfen, Kraftwerke etc. Gerade für die Zeit nach Kriegsende hat sich diese Bank besonders viel vorgenommen.

Die größten Kapitaleinlagen in diese Bank kommen sind daran beteiligt. Auch die österreichische Monopolbourgeoisie kommt zum Zug: Österreich hat immerhin einen Anteil von etwa einem Prozent an der ADB (genau: 0,953 %) (5).

DIE UNTERDRÜCKUNG IN DEN BESETZTEN GEBIETEN WÄCHST

Die Unterdrückung und die Versuche der "Befriedung" werden in den besetzten Gebieten verstärkt. Man versucht, die "Infrastruktur" der Befreiungsbewegungen zu zerstören. Die gigantischen Flächenbombardements in Vietnam und Kambodscha sollten unter anderem die Bauernmassen dazu zwingen, in die Konzentrationslager der Marionetten zu kommen oder sich in die größten Städte zu flüchten, wo sie die Imperialisten leichter kontrollieren zu können glauben. Heute versuchen die Imperialisten, mit allen Mitteln eine Rückkehr der Bauern zu verhindern. Die Gefängnisse und Konzentrationslager bleiben versperrt, die Städte dürfen nicht verlassen werden. In Vietnam versuchen die Marionetten heute in den von ihnen kontrollierten Gebieten bei der "Befriedung" Fortschritte zu erzielen, indem sie die Dörfer zerstören und immer mehr Menschen unter die direkte Aufsicht der Militärs und der Polizei bringen.

Die verelendeten Massen in den großen Städten sind zudem allen Formen der kulturellen Aggression ausgesetzt. Die Imperialisten versuchen, sie mit dem "american way of life", mit ihren Gangsterfilmen und Comics, mit ihren Bars und ihrem Verbrechen zu demoralisieren.

Die politischen Freiheiten werden unterdrückt: Das Volk soll keine Möglichkeit haben, sich zu äußern und zu organisieren. Gleichzeitig versuchen die US-Imperialisten Teile der nationalen Bourgeoisie zu sich hinüberzuziehen, indem sie die Schaffung von Betrieben fördern, in denen auch einheimische Kapitalisten Anteile haben.

DIE NIXON-DOKTRIN WIRD SCHEITERN DIE VÖLKER WERDEN DEN SIEG DAVONTRAGEN

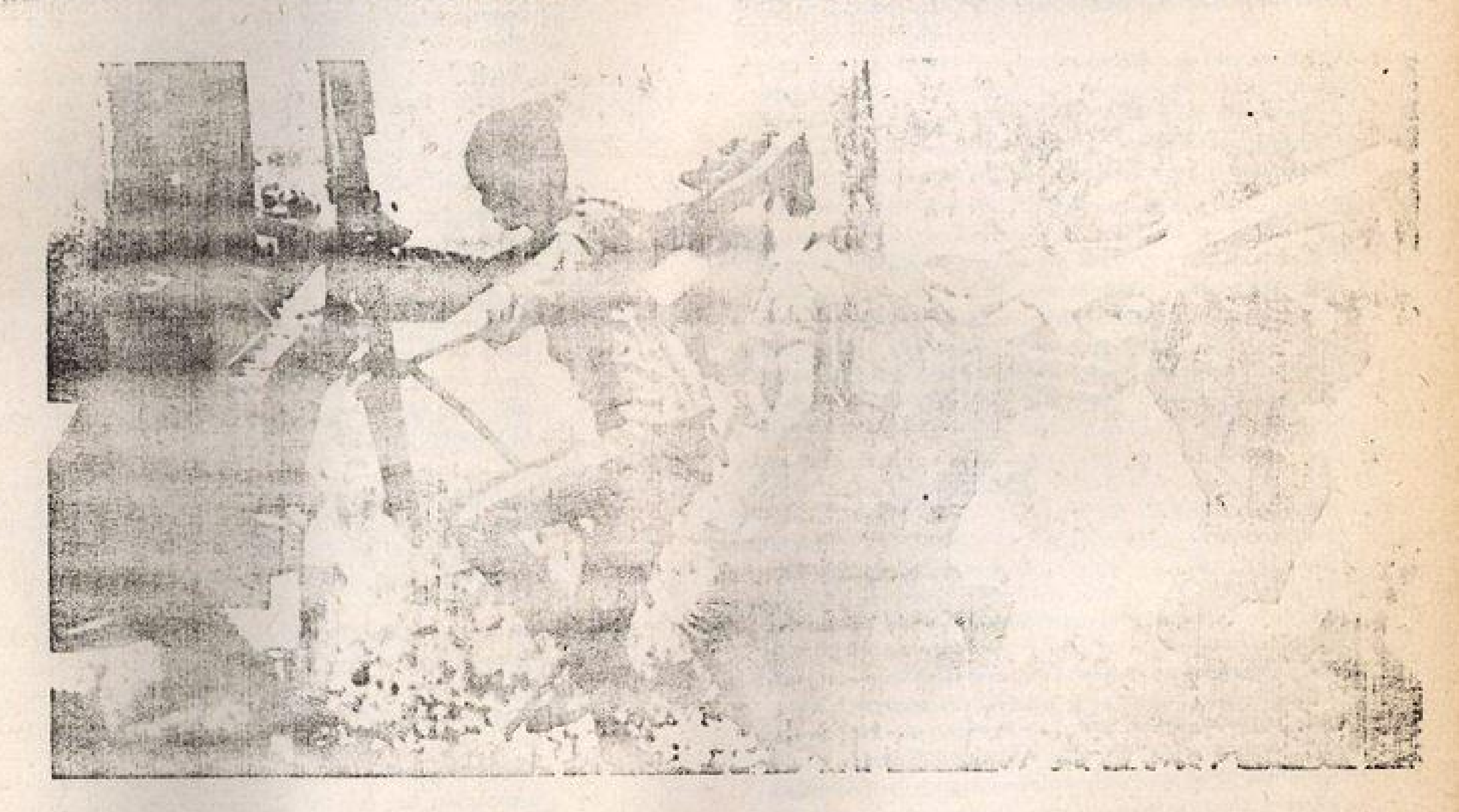
Das Zustandekommen des Pariser Vietnamabkommens und der Abbruch der Bombenangriffe auf Kambodscha bedeuteten bereits schwere Niederlagen für die US-Politik der "Nixon-Doktrin". Doch die US-Imperialisten verstärken nun ihre Bemühungen in den noch von ihnen besetzten Gebieten, um das Steuer doch noch herumzureißen. Sie hoffen immer noch, daß es ihnen ihre Taktik erlauben wird, die Lage zu konsolidieren und dann die Volkskräfte zurückzuwerfen. Die Monopolkapitalisten haben ehrgeizige Pläne für die Zukunft.

Die Imperialisten werden aber geschlagen werden, weil die indochinesischen Völker und ihre Befreiungsorganisationen, die unter der Führung der Kommunisten stehen, ihre Pläne sehr gut kennen, weil sie nicht in ihre Fallen gehen, und in ihrem revolutionären Kampf nachlassen, sondern auch in den noch besetzten Gebieten den Kampf bis zur völligen Besiegung des Imperialismus organisieren.

Die Befreiungsbewegungen geben sich nicht mit der Verteidigung der erzielten Positionen zufrieden, sondern sie sehen ihre Hauptaufgabe darin, die US-Aggressoren und ihre Marionetten in den Gebieten, die sie jetzt noch kontrollieren, zu schlagen, um ganz Indochina zu befreien.

KAMBODSCHA

Kambodscha stellte von Anfang an einen wunden Punkt in der Strategie der amerikanischen Neokolonialisten dar. Während es ihnen nach 1954 gelang in Vietnam, Laos und Thailand ein Marionettenregime zu errichten, gelang es ihnen in Kambodscha nicht, ein Regime der Kompradorenbourgeoisie an die Macht zu bringen. Patriotisch gesinnte Kreise in der Führung des Staates, an deren Spitze das Staatsoberhaupt Samdech Norodom Sihanouk stand, wiesen alle Versuche der Imperialisten, sie in ihr Lager zu ziehen, zurück, und nahmen mit der entschiedenen Unterstützung des ganzen Volkes den



Die Marionettentruppen auf der Flucht vor der Befreiungsbewegung

Kampf gegen den Neokolonialismus auf. Sihanouk schränkte die Tätigkeit der amerikanischen Agenturen in Kambodscha ein und reduzierte ihre "wirtschaftliche Hilfe", die dazu diente, die Kompradorenbourgeoisie zu stärken. Mit aller Schärfe trat er schon vor 1970 allen Erpressungsversuchen und militärischen Angriffen der US-Imperialisten entgegen, die darauf abzielten, Kambodscha ins amerikanische Lager zu bringen.

Wenn die Maßnahmen Sihanouks auch unzureichend waren, wenn er es auch unterließ, das Volk zum Sturz der Kompradorenbourgeoisie zu mobilisieren, und er den Imperialisten zu viel Spielraum zur politischen und ökonomischen Durchdringung des Landes gab, so ist es doch sein großes Verdienst, daß unter seiner Führung alle Klassen und Schichten des Volkes zum Kampf für ein unabhängiges Kambodscha zusammengeschlossen wurden.

Diese besondere Situation in Kambodscha ist die Ursache dafür, daß dieses Land heute das schwächste Glied in der Kette der vom Imperialismus beherrschten Länder Indochinas ist. Denn als die US-Imperialisten in einem von ihnen inszenierten Putsch die Lon-Nol Verräterclique in Phnom Penh an die Macht [illegible] sich auf [illegible] Aufruf Sihanouks das Volk mit einem Schlag zum bewaffneten Kampf.

Die Kommunisten waren schon vor 1970 die konsequen[illegible] [illegible] gegen [illegible]lismus gewesen, sie hatten begonnen, das Volk gegen die erstarkende Kompradorenbourgeoisie zu organisieren. Als Sihanouk zum Kampf gegen die US-Imperialisten und die Phnom Penher Verräterclique aufrief, schlossen sie sich sofort mit Sihanouk und den anderen fortschrittlicen Kräften zu einer Einheitsfront, der FUNK, zusammen.

Nach einigen Wochen war ein großer Teil des Landes befreit und die Verräterclique am Rande des Zusammenbruchs. In Kambodscha gibt es heute keine "dritte Kraft", keine patriotischen Kräfte außerhalb der Befreiungsbewegung. Die ganze Nation nimmt unter Führung ihrer legalen und legitimen Regierung am aktiven Widerstand teil. Das bedingt die besonder günstige Situation, die für den Kampf des Kambodschanischen Volkes besteht.

DER SIEG IN KAMBODSCHA IST VON ENTSCHEIDENDER STRATEGISCHER BEDEUTUNG FÜR GANZ INDOCHINA!

Kambodscha ist das erste Land Indochinas, in dem die US-Imperialisten vor ihrer vollständigen und endgültigen Niederlage stehen. Mit einem Sieg des Volkskrieges in Kambodscha wird eine Bresche in das System der Marionettenregimes geschlagen werden, die Möglichkeiten des Zusammenspiels der reaktionären Marionettenarmeen werden stark eingeschränkt. Durch den Sieg in Kambodscha wird das Thieu-Regime sowohl militärisch als auch politisch noch mehr isoliert werden. Ein unabhängiger neudemokratischer Staat an der Westgrenze Vietnams muß eine große Ermutigung für die Volkskämpfe in diesem Land sein. Er zeigt den Massen noch deutlicher die Perspektiven ihres Kampfes und die Schwäche des Imperialismus.

Die US-Aggressoren versuchen daher mit allen Mitteln eine Niederlage in Kambodscha zu verhindern. Sie haben Kambodscha heute zum Hauptschauplatz des Indochinakrieges gemacht. Militärisch stark angeschlagen, haben sie im letzten Jahr immer wieder versucht, einen Waffenstillstand zustandezubringen. Sie propagierten die Bildung einer "Ko-

alitionsregierung" um den Widerstand zu spalten. Für den Befreiungskampf würde eine solche Koalitionsregierung eine schwere Niederlage bedeuten, denn die Befreiungsbewegung steht ja bereits unter der Führung einer Regierung, in der alle patriotischen Kräfte vertreten sind und die vom ganzen kambodschanischen Volk und von zahlreichen Staaten der ganzen Welt als legale Regierung anerkannt wird. Diese Regierung kontrolliert heute über 90% des Territoriums, das Lon Nol Regime dagegen ist eine reine Schöpfung des US-Imperialismus. Es wird vom Volk bekämpft und auch in der internationalen Arena fast nur von den imperialistischen Mächten, allen voran die USA und die sowjetischen Sozialimperialisten, anerkannt.

Schon vor der Einstellung der US Bombenangriffe hat Nixon erklärt, er werde der Lon Nol -Clique "jede nur mögliche Unterstützung, die das Gesetz zuläßt" gewähren. Er hat nicht zu viel versprochen. Agence France Press vom 1. August meldet:"Die Vereinigten Staaten haben den Rhythmus ihrer Militärhilfe an das Lon Nol Regime verdoppelt. Der amerikanische Verteidigunsminister Schlesinger hat ganz offen zugegeben, daß die US Luftwaffe nach wie vor "Aufklärungsflüge über dem Territorium Kambodschas " und "Flüge mit Transportern zur Versorgung Kambodschas mit Nachschub und Kriegsmaterial " durchführt(6). Getreu der Nixon-Doktrin planen die US-Imperialisten den Einsatz der Marionettenarmeen der Nachbarländer Vietnam und Thailand. Die Zeitung des Thieu-Regimes stellte am 2. August fest:"Wenn Phnom Penh in die Hände der Kommunisten "(der kambodschanischen Volksstreitkräfte)fällt, wird Südvietnam "(das Thieu Regime)"die Entsendung seiner Truppen nach Phnom Penh ins Auge fassen, um seine eigene Sicherheit zu garantieren. "Der Außenminister des Thieu Regimes hat diese Stellungnahme später selbst wiederholt. Auch das Regime in Thailand hat eine Intervention angekündigt. Le Monde vom 24. August schreibt:General Fernadez, Chef der "republikanischen Truppen"(der Marionettentruppen)"hat in Phnom Penh behauptet, die Thailänder und Südvietnamesen lassen die Nordvietnamesen "(die kambodschanischen Befreiungsstreitkräfte)" Kambodscha nicht erobern, ohne zu intervenieren. "

Selbst die Wiederaufnahme der Bombenangriffe auf Kambodscha drohen die US-Imperialisten an. Der Verteidungsminister Schlesinger drückte das diplomatisch aus. Er stellte fest:"Ich bin nicht sicher, ob die Ereignisse in Kambodscha eine Ursache für eine Intervention bilden können. ;" (Le Monde 19-20. August)

Der Volkskrieg in Kambodscha ist noch nicht zu Ende, aber das kambodschanische Volk wird sich sicher nicht beirren lassen, bis der Imperialismus vollständig aus Kambodscha vertrieben ist. Heute greifen die Volksstreitkräfte die letzten Provinzhaupstädte an, die noch von den Marionetten besetzt sind. Die Bevölkerung von Phnom Penh bereitet sich auf die Koordinierung ihrer Aktionen mit den Volksstreitkräften zur Einnahme der Stadt vor. Das Volk wendet alle Kampfformen an:Demonstrationen, Streiks von Arbeitern und Schülern, Sabotage, bewaffneter Aufstand. Beispielsweise traten die 1500 Mönche der buddhistischen Universität in Phnom Penh am 11. August in eine Streik gegen die Verräterclique und die amerikanische Militärhilfe und lieferten der Militärpolizei der Marionetten Straßenschlachten. Unter der korrekten Führung der GRUNC und der FUNC, die jeden Kompromiß mit dem Imperialismus ablehnen und unterstützt durch alle fortschrittlichen Kräfte der Welt wird das kambodschanische Volk dem US-Imperialismus eine strategisch sehr bedeutende Niederlage zufügen.

VIETNAM

Die wirtschaftliche Lage in den vom Thieu-Regime beherrschten Gebieten

Kurz nach der Unterzeichnug des Pariser Abkommens flog Thieu nach Washington, um von seinem Freund Nixon finanzielle Unterstützung zu erbitten. Diese hatte er bitter nötig. In den 4 Jahren von 1969 bis 1972 vervierfachte sich das Budgetdefizit Saigons. Die im Umlauf befindliche Geldmenge steigt dauernd und seit 1971 ist die Inflation nach Einschätzung der UNO in den Thieu Gebieten die größte der Welt. Die Direktion des statistischen Amtes der Thieu-Regierung gab bekannt, daß die Lebenskosten in Saigon für die Arbeiter von Mai 1972 bis Mai 1973 um 57,2% gestiegen sind. Hohe Steuern ruinieren Handwerk und Kleinindustrie und die Zahl der Arbeitslosen steigt ständig(1/4 der Arbeiterfamilien sind arbeitslos). Südvietnam, früher Exporteur von Reis und anderen landwirtschaftlichen Produkten, muß diese nun selbst einführen. Das Handelsbilanzdefizit ist gigantisch, nach UPI vom 27. Mai 73 beträgt der jährliche Import an dringend benötigten amerikanischen Waren 600-700 Millionen Dollar, der Export hingegen nur 30 Millionen Dollar.

Um die Importe auf diesem Niveau halten zu können, braucht Thieu die finanzielle Hilfe der USA. Nach offiziellen Angaben erhielt Thieu 1971 Unterstützungen von 376,7 Millionen Dollar, 1972 386 Millionen und soll 1973 nach dem US Auslandshilfegesetz 586 Millionen Dollar bekommen. Aber Nixon kann auch nicht so großzügig sein, wie er gern möchte. Auf Grund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Amerika selbst schätzen amerikanische Funktionäre in Saigon , daß Thieu heuer doch nur 450 Millionen erhalten wird, was ihn in enorme finanzielle Sorgen zu stürzen droht. Diese geringere Steigerung der US-Hilfe versucht Thieu auf anderem Gebiet auszugleichen. Am 10. Juli fand in Saigon eine Versteigerung von 8 Parzellen des Gebietes vor der südvietnamesischen Küste statt, in dem Öl gefunden worden war. Die Bieter waren Vertreter der großen westlichen Erdölgesellschaften. Pro Parzelle wurden 2 Millionen Dollar Kaution erlegt. Aber auch dieser Ausverkauf Südvietnams, der sich sicher noch an anderen Stellen des Festlandsockels Südvietnams fortsetzen wird, kann den wirtschaftlichen und politischen Ruin Thieus nicht aufhalten.

DIE VERLETZUNGEN DES PARISER ABKOMMENS DURCH DIE USA UND IHRE MARIONETTEN

Vom 28. Jänner 1973 bis zum 7. Mai hat die Saigoner Verwaltung buchstäblich alle ihre regulären Kräfte, die Zivilgarde und die Miliz mit Infanterie, Panzertruppen, Artillerie, Luftwaffe und Marine mobiliesiert und mehr als 20.000 Operationen durchgeführt. Das Ziel dieser Operationen war es, Teile der befreiten Gebiete zu erobern. Auch nach der Unterzeichnung des Vietnam-Zusatzprotokolls vom 13. Juni 1973, in dem die Bestimmungen des Pariser Abkommens bekräftigt werden, gab die Saigoner Clique die Waffenstillstandsverletzungen nicht auf. Vom 15. Juni bis 25. Juli gab es 42.000 (!) Verletzungen.

Aber nicht nur gegenüber den befreiten Gebieten, sondern auch gegenüber der Bevölkerung in den von ihm beherrschten Gebieten weigert sich Thieu beharrlich, die Bestimmungen des Abkommens durch-

zuführen.

Die USA selbst haben in Südvietnam Zehntausende der Mitglieder ihres Militärpersonals zurückgelassen, die als Zivilisten getarnt wurden. Auch aus westlichen Presseberichten erfährt man näheres über diese Leute: daß es sich um einen seit längerer Zeit überlegten Plan handelt, um die "Präsenz der USA" aufrechtzuerhalten (Le Monde Diplomatique vom März 73); daß sich diese Mitglieder des getarnten Militärpersonals "die meistens vom Pentagon bezahlt werden", aus amerikanischen Offizieren zusammensetzen, die "an Ort und Stelle demobilisiert wurden" (Le Monde v. 28. 2. 1973). Was die konkreten Handlungen dieser Militärs betrifft, so arbeiten sie wie ein "Generalstab verschiedener Waffengattungen auf nicht offizielle Art" (UPI v. 3. 11. 73). Sie arbeiten auch direkt an den Plänen für Überfälle gegen die befreiten Gebiete mit: Nach einer Information der Nachrichtenagentur Giai Phong schickte z.B. der Kommandeur der Saigoner Truppen am 22. März 1973 20 in Zivil gekleidete amerikanische Militärberater in den Militärabschnitt Ben Tre, um dort Pläne für Polizeiaktionen und Überfälle auszuarbeiten! Das sind alles klare Verletzungen des Pariser Abkommens.

Thieu versucht mit allen terroristischen Mitteln, die er von den USA gelernt hat, die demokratischen Freiheiten zu unterdrücken. Die Gewährung dieser Freiheiten ist ein wichtiger Punkt des Pariser Abkommens. Thieu verhindert die Durchführung dieses Punktes, weil die Gewährung politischer Freiheiten das Ende seiner Herrschaft bedeuten würde.

Ganz offen sagt der Pressesprecher der Thieu-Administration Bui Bao Truc am 14. Juni: " Die Regierung der Republik Vietnam behält sich das Recht vor, die demokratischen Freiheiten zu beschränken!"

Die Saigoner Verwaltung hat sich ihrer Verpflichtung entzogen, die gefangenen Zivilpersonen zu entlassen und hat zu zahlreichen hinterlistigen Manövern gegriffen: Verlegung der Häftlinge von einem Gefängnis ins andere; Streuung der Gefangenen in verschiedene Haftanstalten; Klassifizierung der militärischen Gefangenen und der politischen Häftlinge als Kriminelle; Druck auf die Häftlinge, damit sie "Entlassungsbescheinigungen" unterzeichnen; vorgetäuschte Übergaben und Entsendung an unbekannte Orte usw. In der Thieu-Zone gibt es ca 200.000 politische Gefangene in mehr als 1000 Gefängnissen. Die Lage der Gefangenen gibt ein Bericht in der US-Wochenschrift Times sehr gut wieder (v. 19. 3. 73): "Es ist nicht mehr angebracht, sie als Menschen zu bezeichnen... Infolge der regelmäßigen Verabreichung von Schlägen sowie von Sand und Kieselsteinen in ihrem täglichen Reis, infolge des Durchfalls usw. sind Krankheiten wie Tuberkulose und chronische Magenstörungen etwas ganz Alltägliches. Das Wasser ist begrenzt auf 3 Schluck pro Tag, wodurch die Gefangenen gezwungen sind, Urin zu trinken... besonders schlimm sieht es seit dem Waffenstillstand aus. Bei der Nachricht über das Pariser Abkommen haben sich die Häftlinge gefreut, sie wurden aber sofort mit angespitzten Bambusstöcken geschlagen. Einer von ihnen sagte: wir hatten gehofft, das neue Jahr würde mit etwas Glück beginnen, aber mein neues Jahr begann mit einem Bad von Exkrementen, mit denen man mich überschüttete."

Die Zahl der Häftlinge vermehrt sich ständig, da Thieu jeden, der nur im Verdacht steht, für nationale Unabhängigkeit und Frieden zu sein, ins Gefängnis wirft.

Die Arbeiterklasse in den von Thieu kontrollierten Gebieten führt erbitterte Kämpfe gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit. Am 5. Juli wurden der Präsident der Öl- und Chemiearbeitergewerkschaft, der Präsident der Gewerkschaft der Angestellten der Privatbanken und der Generalsekretär der Eisenbahnarbeitergewerkschaft von einem Militärtribunal zum Tode verurteilt, mit der Begründung, sie hätten "die öffentliche Ordnung sabotiert und die Staatssicherheit gefährdet."

Die Handwerker und kleinen Händler wehren sich gegen die ständige Bedrohung ihrer Existenz durch neue Steuern durch Eingaben an die Saigoner Verwaltung und Demonstrationen.

Die Zeitungen Saigons werden zensuriert und, wenn die Zensur etwas übersieht und ein Artikel über die "Verwirklichung" des Abkommens durch Thieu hineinrutscht, beschlagnahmt. Einige wurden sogar überhaupt verboten.

Die Thieu Clique war auch bisher zu keinen ernsthaften Verhandlungen über die Bildung eines Konsultativrates bereit. 2 Vorschläge der PRR, die bei den Verhandlungen der 2 südvietnamesischen Parteien vorgelegt wurden und die Lösung der Probleme des Landes im Geiste des Abkommens vorsehen, wurden von Thieu schroff zurückgewiesen.

DIE POLITIK DER PRR

Die PRR mobilisiert das ganze Volk im Süden gegen die Verletzungen des Pariser Abkommens durch Thieu. Sie kämpft aber keinesfalls für eine Aufrechterhaltung des status quo! Die PRR ist die einzige Vertreterin des vietnamesischen Volkes im Süden, die Saigoner Verwaltung hingegen ein Instrument des US-Neokolonialismus. Das bestimmt auch ihre Politik. Sie muß die demokratischen Freiheiten unterdrücken, sie muß gegen das ganze Volk vorgehen, da sie ein verlängerter Arm der USA ist. Darüber ist sich die PRR völlig im Klaren.
Sie führt das Volk, immer in Übereinstimmung mit dem Pariser Abkommen, zum Kampf gegen die US-Marionette Thieu, zum Kampf für demokratische Freiheiten, nationale Unabhängigkeit und nationale Eintracht. Dazu der Präsident der FNL, Nguyen Huu Tho in einem Interview mit der Hanoier Zeitung Thong Nhat von Anfang Juni: "Das Volk, die FNL und die PRR der RSV haben als unmittelbare Aufgabe den Kampf für die Errichtung eines echten Friedens und dessen Aufrechterhaltung sowie für die Beachtung und rigorose Anwendung der Bestimmungen des Pariser Abkommens über Vietnam. Die FNL und die PRR mobilisieren zu diesem Zweck fest entschlossen die Bevölkerung und die bewaffneten Kräfte und fordern von den USA und Saigon den Waffenstillstand, die Übergabe der politischen Gefangenen, die Garantie der demokratischen Freiheiten, das Verbot der Ruckkehr zu Terror, Repressalien und Diskriminierung gegenüber Personen, die vorher mit der einen oder anderen Seite zusammengearbeitet haben, zu verwirklichen.
Weiters fordern sie die ernsthafte Weiterführung der Verhandlungen in einem Geist der Aussöhnung und nationalen Eintracht, um zur Abhaltung allgemeiner, freier und wirklich demokratischer Wahlen unter internationaler Kontrolle zu kommen und dem südvietnamesischen Volk zu gestatten, über seine Regierungsform selbst zu entscheiden.
Andererseits mahnen die FNL und die PRR zu dauernder Wachsamkeit. Das Volk und die Streitkräfte werden sich energisch den Eroberungsoperationen widersetzen und jede von Seiten Washingtons und Saigons verabredete Torpedierung des Pariser Abkommens und jede Sabotage des Frie-

dens in Vietnam brandmarken und zum Scheitern bringen!"

VERSTÄRKEN WIR DIE AKTIVE UNTERSTÜTZUNG DES KAMPFES DER INDOCHINESISCHEN VÖLKER GEGEN DEN IMPERIALISMUS

Die amerikanischen Imperialisten setzen heute große Hoffnungen darauf, ihre fortgesetzte Aggression gegen Indochina vor der Weltöffentlichkeit verbergen zu könnrn und so die internationale Solidaritätsbewegung zu schwächen.

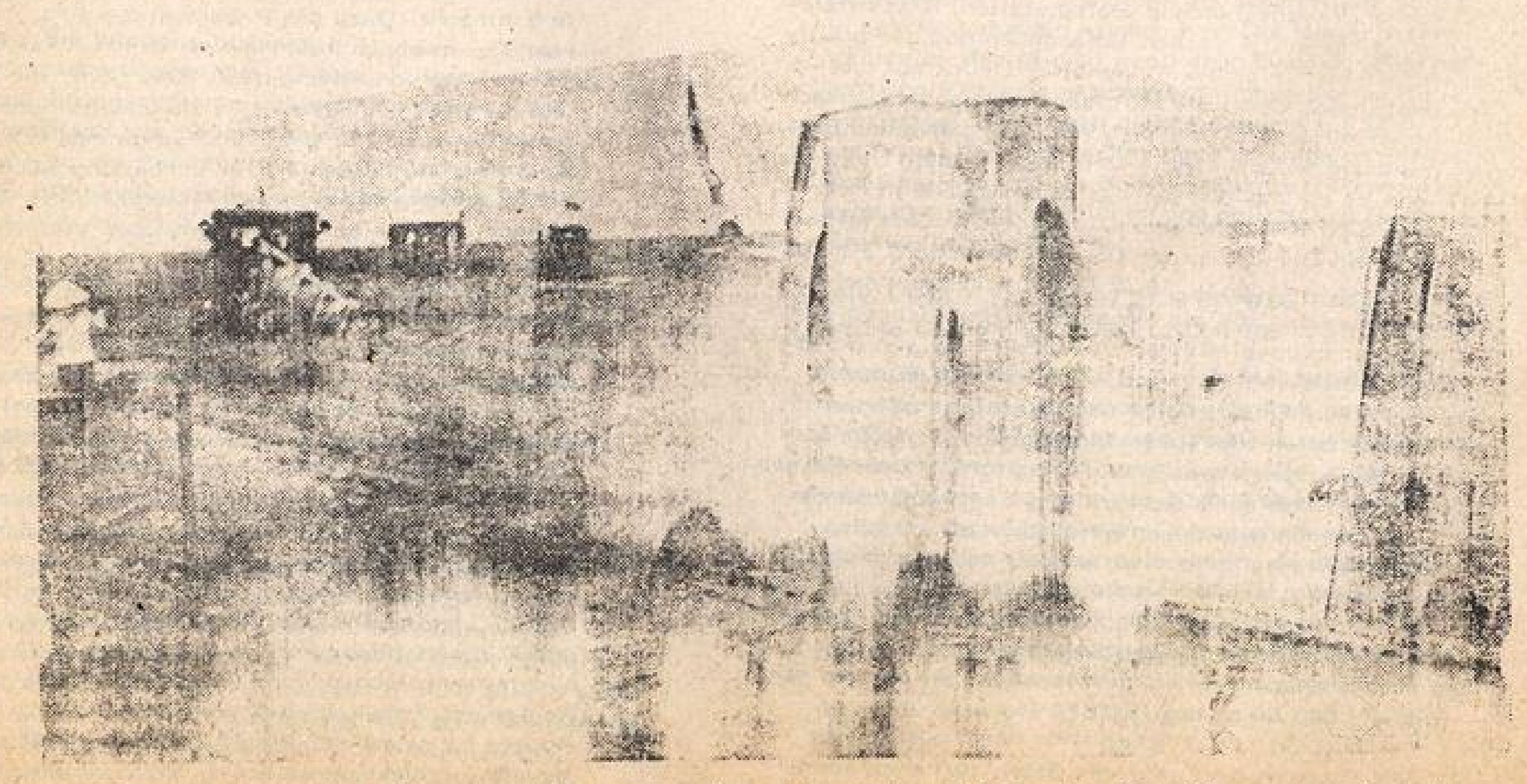
Die internationale Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker Indochinas ist für die US-Imperialisten sehr gefährlich, denn er treibt sie in mehrfacher Hinsicht in die Isolation.

Erstens in den unterdrückten Ländern Indochinas: Durch die weltweite Unterstützung der Befreiungsbewegung und der legitimen Regierungen der unterdrückten Völker wird das Prestige der Marionettencliquen in Indochina selbst weiter erschüttert. In dem Zusammenhang kommt auch dem Kampf für die diplomatische Anerkennung der Volksregierungen große Bedeutung zu. Wenn sich zeigt, daß die Marionettenregimes nur noch von wenigen reaktionären Staaten, die besonders eng mit dem US-Imperialismus verbunden sind, anerkannt werden, so entlarvt sich vor den Völkern SO-Asiens ihr antinationaler Charakter noch mehr, und ihre Isolation verstärkt sich weiter. Auch wir müssen daher von der österreichischen Regierung fordern, die Königliche Regierung der nationalen Einheit von Kambodscha und die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Süd-Vietnam anzuerkennen, bzw. die Beziehungen zur Lon Nol - Clique und Thieu - Clique abzubrechen.

Zweitens treibt die Solidaritätsbewegung die Volkskämpfe in den USA selbst voran. Sie vertieft die Kluft zwischen dem amerikanischen Volk und der US-Regierung, indem sie den imperialistischen Charakter des Regimes in den USA deutlich macht.

Drittens isoliert sie die US-Imperialisten weltweit. Nicht nur Länder der dritten Welt treten gegen die US-Aggression auf, auch imperialistische Regierungen geraten in Widerspruch zu den amerikanischen Imperialisten. Die Unterstützungsbewegung treibt die Volkskämpfe in ihren eigenen Ländern voran und klärt die Bevölkerung über die Ursache der imperialistischen Aggression auf. Wenn die Zusammenarbeit der einzelnen imperialistischen Regierungen mit den USA und ihr eigener imperialistischer Charakter klar wird, so richtet sich der Kampf direkt gegen sie. Um einem Erstarken der Solidaritätsbewegung in ihrem Land zu begegnen, sind sie gezwungen, die offene Unterstützung der US-Imperialisten einzuschränken oder oft sogar gegen sie Stellung zu nehmen.

Worauf es heute bei der Unterstützung ankommt, ist möglichst viele Menschen für die Solidaritätsbewegung zu gewinnen. Nur wenn die internationale Solidarität Massencharakter hat, kann sie erfolgreich sein. Daher ist es heute das Wichtigste, breite politische Aufklärung zu betreiben. Wir müssen alle Aktionsformen anwenden, die es ermöglichen einer möglichst großen Anzahl von Menschen die Notwendigkeit des Kampfes der Indochinesischen Völker und die Ziele dieses Kampfes klarzumachen. Das heißt: Kundgebungen und Demonstrationen durchführen, öffentliche Diskussionen und Teach-ins veranstalten, Informationsstände in verschiedenen Stadtteilen aufstellen und so weiter. Alle Manöver, die die gegenwärtige Situation in Indochina verschleiern und den Eindruck erwecken der Kampf sei im wesentlichen schon beendet und das Indochina-Problem sei bereits "fridlich geregelt", sind schädlich, auch wenn sie unter dem Deckmantel der "materiellen Unterstützung durchgeführt werden.



Di[illegible] kommen in di[illegible] kürzlic[illegible], um d[illegible] i der [illegible]rnte zu helf[illegible].